

Die Kämpfende MACIEJ KORCUĆ
Republik

Polen
1939–1945



INSTYTUT
PAMIĘCI
NARODOWEJ

Rezensenten

Prof. Dr. Marek Wierzbicki

Dr. habil. Zdzisław Zblewski

Übersetzung aus dem Polnischen von:

IURIDICO Legal & Financial Translations Sp. z o.o. im Auftrag des Außenministeriums
der Republik Polen

Korrektur

Team

Umschlaggestaltung

Elżbieta Waga-Krajewska

Layout

Team

Satz und Umbruch

Team

ISBN 978-83-8229-713-3 (Druck)

ISBN 978-83-8229-746-1 (Pdf)

© Institut für Nationales Gedenken

Kommission für die Strafverfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation, 2023



Wydawnictwo
Instytutu Pamięci
Narodowej

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
I. Die Ordnung von Versailles	7
II. 1939: Krieg in Isolation statt alliierter Zangenoperation	13
III. Ein Staat trotz der Besatzungen	33
IV. Besatzungsterror und Völkermord	47
V. Der Polnische Untergrundstaat	81
VI. Ein feindseliger „Alliierter“	93
VII. Freiheit – aber nicht für die Polen	105

VORWORT

Im Mai 1945 feierte Westeuropa den Sieg über Deutschland. Zu dieser Zeit befand sich Mittel- und Osteuropa bereits unter der vollständigen Kontrolle der Sowjetunion. Die polnische Gesellschaft genoss weder Freiheit noch einen unabhängigen Staat.

Als die Vereinten Nationen in San Francisco gegründet wurden, ließ Stalin nicht zu, dass Polen durch seine legitimen staatlichen Behörden vertreten wurde. Die freie Welt konnte sich jedoch so eine Situation nicht vorstellen, dass zu den Gründungsmitgliedern dieser Organisation nicht der heutige Staat gehören würde, der als erster bewaffneten Widerstand gegen die Aggression des Deutschen Reiches von Adolf Hitler leistete. Infolgedessen wurde Polen – als einziges Land der Welt – zu den Gründungsmitgliedern der UNO gezählt, auch wenn es nicht da vertreten war.

Im Jahr 1939 mussten die Polen allein gegen die kombinierte Aggression totalitärer Staaten kämpfen: Deutschland und der Sowjetunion. Polen wurde besiegt, kapitulierte aber nicht. Es legte die Waffen nicht nieder. Es wartete nicht untätig auf die Unabhängigkeit.


Die polnischen Streitkräfte haben sich für Norwegen und Frankreich eingesetzt. Danach kämpften sie in Afrika und haben 1944 bei dem Befreiungszug um Italien, Frankreich, Belgien und die Niederlande gekämpft. In dem besetzten Land wurde der zivile und bewaffnete Kampf von den Strukturen des polnischen Untergrundstaates angeführt. Die Exilregierung war gemeinsam mit den Alliierten an der Mobilisierung der internationalen Öffentlichkeit beteiligt, um auf die deutschen Verbrechen und den massenhaften Völkermord, einschließlich der Verbrechen des Holocausts, zu reagieren.

Die Polen glaubten, dass nach dem Sieg der Alliierten ihr Beitrag zum Sieg über dem Deutschen Reich ihrem Heimatland den ihm zustehenden Platz in der Familie der freien Nationen verschaffen würde. Diese Hoffnungen gingen nicht in Erfüllung. Am Kriegsende – im Schatten des Abkommens von Jalta – zwang die Sowjetunion Polen in eine neue kommunistische Versklavung.

In diesem Buch geht es um die Besonderheit der polnischen Erfahrungen in den Kriegsjahren. Aus dem Widerstand gegen die Jalta-Ordnung erwachsen in den folgenden Jahrzehnten die polnischen Aufstände gegen die Versklavung sowie die Solidarność-Bewegung, die maßgeblich zum Zusammenbruch des Kommunismus beitrug.

In einer Welt voller neuer Kriege und Bedrohungen können die polnischen Unabhängigkeitsbestrebungen immer noch eine Inspiration für alle sein, die für die Freiheit kämpfen.

Dr. Karol Nawrocki
Präsident des Instituts für Nationales Gedenken



Der Zweite Weltkrieg begann im Jahre 1939 mit der Aggression zweier totalitärer Mächte gegen Polen. Am 1. September 1939 griff das Deutsche Reich an. Gut zwei Wochen später, am 17. September, die Sowjetunion. Die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit leitete die Katastrophe ein, welche die Geschichte Polens auf eine nicht wiedergutzumachende Weise umpflügte. Nur für Westeuropa brachte das Kriegsende eine neue Periode der Freiheit. Polen dagegen trug es eine neue Periode der Versklavung unter sowjetischer Vorherrschaft ein. Eine Generation Polen nach der anderen kämpfte trotz aller schweren Erfahrungen hartnäckig weiter um Freiheit und um den eigenen unabhängigen Staat. Beides wurde erst mit dem Sturz des Kommunismus 1989 erreicht – ein halbes Jahrhundert nach den Tragödien des Jahres 1939.

Obwohl seitdem viele Jahre vergangen sind, prägt die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs immer noch die polnische Identität. Dabei ist die Haltung der Republik Polen während des ganzen Kriegs ein bis heute nicht angemessen gewürdigtes Element des Erbes des polnischen Staats. Sie ist auch ein wichtiger Bezugspunkt in der Diskussion über die Geschichte Europas in der Epoche der totalitären Aggressionen, von Verbrechen und Völkermord.



I

DIE ORDNUNG VON VERSAILLES

UNABHÄNGIGKEIT

1918 kehrte Polen nach 123 Jahren der Unfreiheit auf die politische Landkarte Europas zurück. Der Erste Weltkrieg und innere Umstürze führten zum Zusammenbruch aller drei Teilungsmächte (Österreich, Preußen und Russland), die Ende des 18. Jahrhunderts das Land der polnischen Adelsrepublik geraubt hatten. Unter diesen Umständen gelang es dank den langjährigen Bemühungen zahlreicher Polen, die immer wieder an ihr Recht auf Freiheit und Selbständigkeit erinnert hatten, eine Wiedergeburt des unabhängigen polnischen Staats zu erreichen. Entschiedenheit bei der Verteidigung der neuen Grenzen und besonders die großen militärischen Siege Polens über die Bolschewisten bei Warschau und an der Memel 1920 retteten nicht nur Polen vor dem neuerlichen Verlust der Unabhängigkeit, sondern auch den größten Teil des europäischen Kontinents vor dem Kommunismus.

1939 umfasste Polen über 389.000 qkm und war eines der größeren Länder Europas. Gleichwohl blieben seine Fläche, demographisches und wirtschaftliches Potential erheblich hinter den Nachbarstaaten Deutschland oder Sowjetunion zurück. Der letztere war immerhin der größte Staat der Welt. Am Vorabend des Krieges lebten in Polen 35 Millionen Menschen. Nach den detaillierten Angaben der Volkszählung von 1931 waren nur 69 Prozent von ihnen ethnische Polen. Die zahlenmäßig stärkste nichtpolnische Nationalität waren die Ukrainer mit 14 Prozent der Bevölkerung, die hauptsächlich im Südosten des Landes lebten. Die zweitstärkste nationale Minderheit waren mit knapp 9 Prozent der Bürger

DIE 2. REPUBLIK POLEN IN DER ZWISCHENKRIEGSZEIT



Tomasz Ginter

der Republik Polen die Juden, die sich auf das ganze Land verteilten, insbesondere aber in den Städten wohnten; weitere ins Gewicht fallende Minderheiten im Vorkriegspolen waren Weißrussen (etwas über 3 Prozent) und Deutsche (mehr als 2 Prozent).

Die in der Sowjetunion herrschende Kommunistische Partei und ihre Führer gaben ihre Pläne, das sowjetische Imperium durch die Ausdehnung der Revolution auf andere Länder Europas und andere Kontinente zu erweitern, niemals auf. Die kommunistische Ideologie sollte die ganze Welt beherrschen und Grundlage für die globale Sowjetmacht werden, die Abschaffung der Grenzen ermöglichen und den Bau einer neuen politischen und sozialen Realität von totalitärem Charakter fördern.

Die Existenz eines selbständigen Polens war ein Hindernis für die Umsetzung dieser langfristigen Pläne zum Umbau des Kontinents. Die polnische Gesellschaft war stolz auf die 1918 wiedererlangte Unabhängigkeit und hatte starke Bindungen an die Ideale der Bürgerfreiheit; sie wurde so zum natürlichen Schutzwall gegen die Entwicklung der totalitären Staaten als Verkörperung der modernen Sklaverei.

„LEBENSRAUM“

Beim Wiederaufbau der Machtstellung des Reiches war Adolf Hitler zunächst gezwungen, die Existenz des polnischen Staates hinzunehmen. 1934 stimmte er sogar der Unterzeichnung einer Gewaltverzichtserklärung zu. Im engeren Kreis deutscher Entscheidungsträger verbargte er jedoch nicht, dass er Polen als größeres Hindernis bei der Verwirklichung der deutschen Fernziele ansah. Schon am 5. November 1937 sagte er auf einer Beratung in der Reichskanzlei mit den Ministern für Krieg und Äußeres sowie den Oberbefehlshabern der einzelnen Teilstreitkräfte unter anderem, dass das ständige Bevölkerungswachstum bei gleichzeitig mangelnder Ackerfläche das Reich zwingt, spätestens in den vierziger Jahren die Gewinnung von „Lebensraum“ im Osten Europas in Angriff zu nehmen.

Im Grunde hatte Hitler dasselbe auch schon in *Mein Kampf* geschrieben. Dort hatte er sich gegen den Gedanken ausgesprochen, Deutschland müsse seine ehemaligen außereuropäischen Kolonien zurückgewinnen. Sinnvoller sei dagegen die Gewinnung von Kolonialland in räumlicher Nähe Deutschlands, östlich von ihm: „Der Gewinn neuer Gebiete zur Ansiedlung einer wachsenden Zahl von Deutschen bringt enorme Vorteile mit Blick nicht nur auf die Gegenwart, sondern vor allem auf die Zukunft. Die einzige Hoffnung auf einen Erfolg dieser Territorialpolitik sind heute Eroberungen in Europa, nicht in irgendeinem Kamerun. Unser Existenzkampf ist ein natürliches Bestreben [...] Deshalb liegt die einzige Hoffnung Deutschlands auf eine gesunde Territorialpolitik im Erwerb neuen Landes

in Europa“¹. Nur im Osten des Kontinents wollte Hitler „heimatnahe“ Ländereien sehen, die „zur Ansiedlung von Europäern in großem Maßstab“ geeignet seien. In diesen Plänen gab es keinen Platz für ein von Deutschland unabhängiges 35-Millionen-Volk, das die eigenen Interessen des polnischen Staats wahren und Deutschland von seinem „Lebensraum“ abtrennen würde.

Das Bestehen eines freien Polens war mit dieser Konzeption völlig unvereinbar. Jede Art von Koexistenz Polens mit dem totalitären, imperialen und mächtigen Deutschen Reich, das seine utopische Lebensraumpolitik realisierte, war für die Existenzgrundlagen Polens eine tödliche Bedrohung. Die Geschichte hat gezeigt, dass Zugeständnisse, um die Freundschaft Hitlers zu gewinnen, den Weg zu vollkommener Abhängigkeit bereiteten und diejenigen, die so vorgingen, dem totalitären Moloch auf Gnade und Ungnade ausgeliefert waren.

„HINDERNIS“

Die bolschewistische Revolution sollte den Anfang einer neuen Weltordnung machen. Darin bestand ihr ideologischer Sinn. Lenin und Stalin ging es nicht darum, einen oder mehrere kommunistische Staaten zu schaffen, sondern um eine Weltrevolution, die das soziale, wirtschaftliche und kulturelle Antlitz aller Länder und Nationen grundsätzlich ändern sollte. Schon das *Kommunistische Manifest* von Marx und Engels hatte davon gesprochen, und die Bolschewisten wiederholten es vielfach. Der globale Charakter dieser Utopie kam im Staatswappen der UdSSR ausgezeichnet zum Ausdruck: Hammer und Sichel vor dem Hintergrund der Weltkugel, über der ein roter Stern herrscht. Wladimir Lenin hat eindeutig erklärt, dass Streitkräfte zur Verwirklichung der „Weltrevolution des Proletariats und zur Schaffung einer sozialistischen Weltrepublik“ erforderlich seien. Noch die Verfassung der UdSSR von 1924 sprach von der „Vereinigung aller Länder zur Weltweiten Sozialistischen Sowjetrepublik“. Diese Absichten gaben die Kremherren während der Zwischenkriegszeit keine Minute lang auf. Josef Stalin knüpfte an die utopischen Visionen seines Vorgängers an. Der Aufbau des Kommunismus auf dem Gebiet des einstigen russischen Imperiums sollte nur eine Etappe auf dem Weg zum Ziel sein.

¹ [Anmerkung des Übersetzters] Alle Zitate sind Rückübersetzungen aus dem Polnischen, die wegen fehlender Quellenangaben im Original nicht mit dem deutschen, russischen oder englischen Originaltext abgeglichen sind.

In den sowjetischen Konzeptionen sollte die Vereinigung der Revolutionen in Russland und Deutschland den Schlüssel zum Sieg des Bolschewismus auf dem ganzen eurasischen Kontinent sein. Dass die Sowjetunion den Krieg mit Polen 1920 verlor, war von grundlegender Bedeutung dafür, dass die Fortschritte der Revolution aufgehalten wurden. Es war Polen, das dem sowjetischen Besitzstand in Europa Grenzen setzte. Die Bolschewisten hatten keine Zweifel, dass dies ihre Absicht zum Scheitern brachte, die bisherige politische und soziale Ordnung in ganz Europa umzustürzen. Lenin sagte noch nach der Niederlage der Roten Armee in den Schlachten bei Warschau und an der Memel am 2. Oktober 1920: „Wenn wir die polnische Armee zerschlagen, zerschlagen wir die Ordnung von Versailles, auf dem das ganze System der heutigen internationalen Beziehungen beruht. Wenn Polen sowjetisch würde, würde das ganze Versailler System umgestürzt und das nach dem Sieg über Deutschland errichtete internationale System würde zusammenfallen“. Er fuhr fort: „Noch einige Tage siegreichen Vormarsches der Roten Armee, und nicht nur Warschau wäre erobert worden (was nicht so wichtig gewesen wäre), sondern der Frieden von Versailles wäre zusammengebrochen. Darin besteht die internationale Bedeutung des polnischen Krieges.“ Zusammenfassend schrieb er: „Darin besteht gegenwärtig die Quelle unserer neuen Schwierigkeiten. Als – wie Sie wissen – uns ein kleines bisschen mehr an Kraft fehlte, um nach Warschau zu marschieren, als unsere Armee nach unerhörten und nie vorgekommenen heldenhaften Anstrengungen am Ende ihrer Kräfte war – trat die militärische Niederlage ein.“

Stalin hatte also schon gute Gründe, Polen ein „Hindernis“ zu nennen. Ende der 1930er Jahre sollten die über Jahre auf Kosten der gesamten Gesellschaft ausgebauten Streit- und Polizeikräfte der UdSSR bereit sein, zum richtigen Zeitpunkt in den europäischen Konflikt einzusteigen. Die Erfahrung schien zu lehren, dass jedes vom Krieg hervorgerufene Chaos die Revolution begünstige. Die Beschlüsse der Komintern vom 20. August 1935 hat der erste amerikanische Botschafter in Moskau, William C. Bullitt, treffend kommentiert: „Russlands großes Ziel ist es, einen allgemeinen Brand hervorzurufen, an dem es selbst bescheidenen, abgesehen von einem kleinen Bombardement aus großer Entfernung, Anteil nimmt, aber nach dem es wie ein Phönix aufersteht... und die Weltrevolution durchführt“.

Die Situation des zwischen zwei aggressiven totalitären Staaten gelegenen Polens wurde unter diesen Bedingungen dramatisch. Beide militärischen Großmächte waren bestrebt, die als Folge des Ersten Weltkriegs entstandene internationale Ordnung umzustürzen und ihre jeweils eigenen langfristigen Ziele zu erreichen: Deutschland wollte „Lebensraum“ im Osten, Stalin die kommunistische Weltrevolution. Beiden stand das unabhängige und zur Verteidigung des Status quo entschlossene Polen im Weg.

II

1939: KRIEG IN ISOLATION STATT ALLIIERTER ZANGENOPERATION

DER DEUTSCHE MARSCH IN DEN KRIEG

Polen war das erste Land, das sich dem von Hitler regierten Dritten Reich bewaffnet entgegenstellte. Hitlers bisherige Erfolge beim straflosen Wiederaufbau der deutschen Armee und der Erweiterung des Territoriums hatten den Führer selbstsicher gemacht. Ähnlich wie die Bolschewisten begann Hitler schnell, den Grundsatz der Unterzeichnung internationaler Verträge und Abkommen je nach aktuellem Bedarf im Interesse kurzfristiger (manchmal auch nur propagandistischer) Ziele anzuwenden. Und sofort – unabhängig von den bisherigen Verpflichtungen – formulierte er weitere Ziele.

So war es auch bei der Münchner Konferenz von 1938, als Hitler die Zustimmung der westeuropäischen Mächte zur Annexion der Grenzgebiete der Tschechoslowakei erhielt. Danach erklärte er sich zum Hauptgaranten der Stabilität und der Grenzen des soeben beschneidenden Staates. Tschechische Kalkulationen, durch Zugeständnisse und den Verzicht auf die Grenzgebiete die Achtung und Freundschaft des stärkeren Nachbarn zu erwirken, erwiesen sich als gegenstandslos. Obwohl die neue Regierung der sog. Zweiten Republik auf verschiedene Weisen versuchte, Berlin in der Innen- und Außenpolitik entgegenzukommen, besetzte Hitler schon wenige Monate später das ganze Land und schloss es in die Grenzen des Reiches ein.

Nach der erfolgreichen Remilitarisierung des Rheinlandes, dem Anschluss Österreichs, der in zwei Stufen vollzogenen Annexion Böhmens und Mährens und der Besetzung des litauischen Memellandes wandte sich Hitler eindeutig gegen Polen. Formal galten seine Forderungen nur dem Gebiet der Freien Stadt Danzig und des Territoriums polnischen Pommerns. In Wahrheit zeigte Hitlers Vorgehen schon klar, dass die Erfüllung dieser Forderungen nur die Vorstufe zu weiteren Ansprüchen bis hin zur völligen Unterordnung Polens unter die Politik und die Ziele des Dritten Reiches geworden wäre. Denn für den Führer bestand die „Polenfrage“ darin, dass „Polen in einem solchen Maße zerschlagen werden muss, dass man in den nächsten Jahrzehnten mit ihm als politischem Faktor nicht mehr zu rechnen braucht“. So erklärte er es am 25. März 1939 in einem Gespräch mit dem Oberbefehlshaber des Heeres, Walther von Brauchitsch.

POLEN GEGEN HITLER

Was hätten Zugeständnisse an Deutschland für Polen gebracht? Diese Frage stellten sich schon damals Polen und nicht nur sie. Das Problem erkannten Politiker, Journalisten und gewöhnliche Bürger. Am 10. August 1939 notierte William Shirer, amerikanischer Korrespondent in Berlin, in seinem Tagebuch: „Hält Deutschland seine wirklichen Pläne für später bedeckt? Jeder Dummkopf weiß schließlich, dass Danzig sie überhaupt nicht interessiert. Es ist nur der Vorwand. Der in Parteikreisen offen vertretene Standpunkt der Nazis ist der, dass Deutschland sich nicht leisten könne, einen militärisch starken Staat an seiner Ostgrenze zu haben. Daher müsse nicht nur Danzig ... besetzt werden, sondern auch der Korridor, Posen, und Oberschlesien und Polen müsse in seiner heutigen Gestalt beseitigt werden. Polen soll ein Rumpfstaat und Vasall Deutschlands werden“.

In einer solchen Atmosphäre wies am 5. Mai 1939 der polnische Außenminister Józef Beck in einer Rede vor dem Parlament im Namen Polens die deutschen Forderungen zurück. Er bezeichnete sie als „einseitig“, und das deutsche „Angebot“ bestehe nur darin, Polen das zu garantieren, was ihm ohnehin schon „de iure und de facto unstrittig gehöre“. Am Ende seiner Ansprache sagte Beck eindeutig: „Der Frieden ist etwas Wertvolles und Wünschenswertes. Unsere Generation, die blutige Kriege erlebt hat, verdient den Frieden sicherlich. Aber wie alles auf der Welt hat auch der Frieden seinen Preis, er ist hoch, aber zu beziffern. In Polen kennen wir nicht den Begriff des »Friedens um jeden Preis«. Es gibt nur eines, was im Leben von Menschen, Nationen und Staaten unschätzbar ist: das ist die Ehre“.



- „Deutsche Hände weg vom polnischen Boden“. Antideutsche Demonstration 1939 (H. Zieliński, *Historia Polski 1914–1939*, Wrocław 1982, S. 278)

Das in den dreißiger Jahren vergrößerte Deutschland war 1939 nach Bevölkerung und Territorium deutlich größer als Polen. Polen hatte erst knapp 20 Jahre Zeit gehabt, nach über einem Jahrhundert der Teilung sein eigenes Wirtschaftspotential aufzubauen. Deutschland besaß nach Jahrzehnten freier Entwicklung eine starke und entwickelte Industrie, die die Infrastruktur der forcierten Aufrüstung darstellte und der deutschen Volkswirtschaft enorme Gewinne einbrachte.

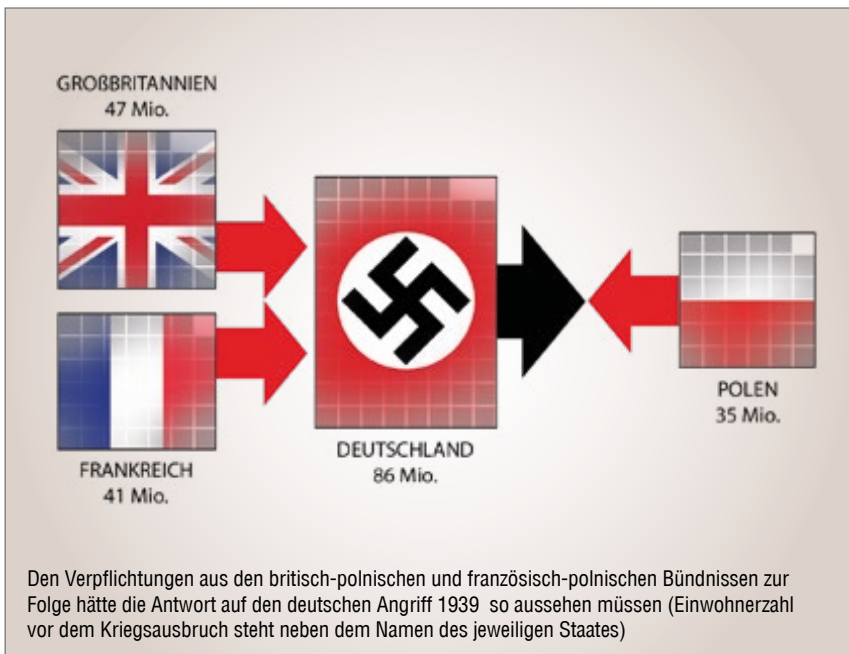
Trotzdem war Polen entschlossen, seine Freiheit und Souveränität zu verteidigen. Die Regierung der Republik wurde in diesem Punkt von der überwältigenden Mehrheit der Gesellschaft unterstützt. Der Nation war am tschechischen Beispiel klargeworden, was es bedeutete, auf die eigene Unabhängigkeit zu verzichten.

DIE WESTLICHEN ALLIIERTEN

Als es die deutschen Territorialforderungen eindeutig zurückwies, war Polen durchaus nicht von vornherein zu einer Niederlage verdammt. Denn es war 1939 verbündet mit Frankreich und Großbritannien, den mächtigsten europäischen Staaten unter denen, die an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Versailler Ordnung interessiert waren.

Die Bündnisverpflichtungen waren hart, eindeutig und beruhten auf Gegenseitigkeit. Für den Fall eines Krieges garantierten die Vereinbarungen gegenseitige Militärhilfe und dass Hitlers Staat in die Zange genommen werden sollte. Nach der polnisch-französischen Militärkonvention von 1939 sollten die französischen Streitkräfte bei einem deutschen Angriff auf Polen unverzüglich Luftangriffe einleiten und nach drei Tagen zu „Offensiven mit begrenzten

VERPFLICHTUNGEN DER VERBÜNDETEN FÜR DEN FALL EINES DEUTSCHEN ANGRIFFES 1939

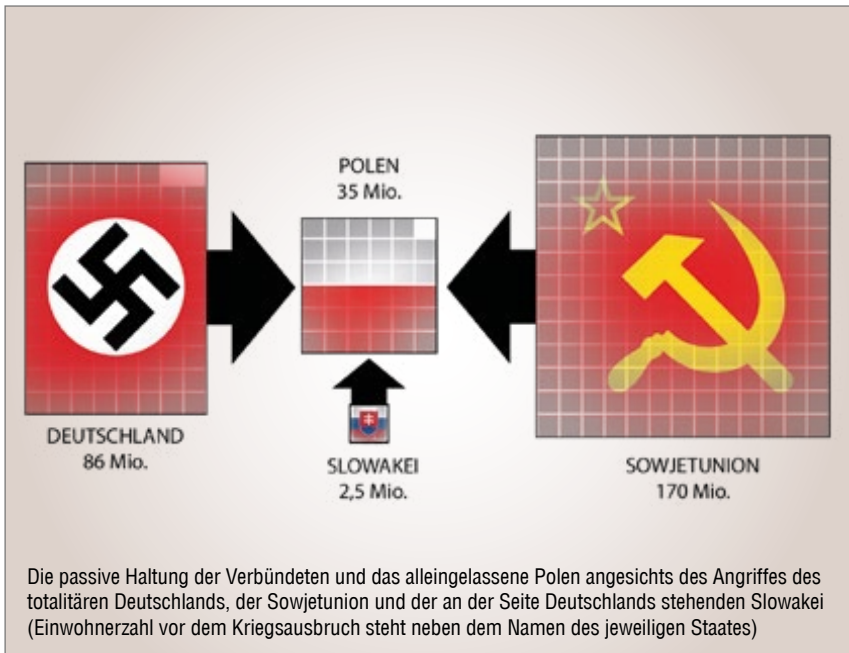


Zielen“ antreten. Nach fünfzehn Tagen war Frankreich verpflichtet, mit seinen „Hauptkräften Angriffsoperationen gegen Deutschland zu beginnen“.

Ergänzend zu diesen Vereinbarungen galten die Bestimmungen des polnisch-britischen Vertrags vom 25. August 1939. Dessen Artikel 1 stellte eindeutig fest, dass Großbritannien „unverzüglich“ dem angegriffenen Polen „alle ihm zu Gebote stehende Unterstützung und Hilfe“ gewähren sollte. Und umgekehrt: Polen verpflichtete sich zu aktivem Eingreifen im Fall eines deutschen Angriffs auf die Westmächte. Im Falle eines Angriffs im Westen sollte Polen von Osten aus angreifen und Deutschland so zur Aufspaltung seiner Kräfte zwingen. Und Polen war entschlossen, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

Die Bündnisse Frankreichs und Großbritanniens mit Polen galten nur für den Fall eines deutschen Angriffs. Eine Beteiligung am Kampf gegen eine sowjetische Aggression war nicht vorgesehen.

DIE TATSÄCHLICHE LAGE 1939



Auszug aus der polnisch-französischen Militärkonvention vom 19. Mai 1939

Im Fall einer deutschen Aggression gegen Polen oder bei einer Bedrohung lebenswichtiger Interessen Polens in Danzig, auf die Polen mit bewaffneten Aktionen reagieren würde, werden die Streitkräfte Frankreichs automatisch in folgender Weise eingreifen:

1. Frankreich beginnt unverzüglich mit Luftoperationen...
2. Sobald ein Teil der französischen Streitkräfte kampfbereit ist (etwa am dritten Tag I+ [d.h. nach dem ersten Tag der allgemeinen Mobilmachung – M.K.]), geht Frankreich stufenweise zu offensiven Operationen mit begrenzten Zielen über.
3. Sobald sich abzeichnet, dass der Hauptstoß Deutschlands sich gegen Polen richtet, beginnt Frankreich mit seinen Hauptkräften offensive Operationen gegen Deutschland (ab dem 15. Tag ab der Generalmobilmachung).

[...] Umgekehrt im Falle, dass das Gros der deutschen Kräfte Frankreich angreift, insbesondere über Belgien oder die Schweiz, und dies die Aufnahme von Kampfhandlungen durch die französischen Streitkräfte nach sich zieht, wird die polnische Armee alles in ihrer Macht Stehende tun, um möglichst starke deutsche Kräfte zu binden. Einzelheiten werden unter den militärischen Befehlshabern geregelt.

Auszug aus dem Abkommen über gegenseitige Hilfe zwischen der Republik Polen und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland vom 25. August 1939

Artikel 1 [...] Falls eine der Parteien dieses Abkommens infolge eines Angriffs einer europäischen Macht in Kriegshandlungen gegen diese verwickelt werden sollte, wird die andere vertragsschließende Partei derjenigen, welche in Kriegshandlungen verwickelt ist, unverzüglich alle in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung gewähren.

Quelle: *Abschlussprotokoll der französisch-polnischen Stabsbesprechungen vom 15.–17. Mai, Paris, 19. Mai 1939* [in:] W.T. Kowalski (Hg.), *Polska w polityce międzynarodowej (1939–1945). Zbiór dokumentów*, t. 1: 1939 [Polen in der internationalen Politik 1939–1945. Dokumentensammlung, Bd. 1: 1939], Warszawa 1989, S. 264–265. Abkommen über gegenseitige Hilfe zwischen der Republik Polen und dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, London, 25. August 1939, *ebda.*, S. 470.

DER HITLER-STALIN-PAKT

Unterdessen hatten die jeweiligen Pläne zu territorialer Expansion Deutschland und die Sowjetunion zu einer Ad-hoc-Interessengemeinschaft gegen Polen und die kleineren Staaten der Region zusammengeführt. Schon bald zeigte sich, dass das Bestehen eines freien Polens auch der Schlüssel zur Erhaltung der Freiheit der anderen Länder zwischen Ostsee und Schwarzem Meer war. Aus Hitlers Perspektive war das Bündnis mit Stalin eine zusätzliche Erfolgsgarantie: es erhöhte die Chancen auf einen schnellen Sieg über Polen.

Auszug aus dem geheimen Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Moskau, 23. August 1939

Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung in den zu den baltischen Staaten (Finnland, Estland, Lettland, Litauen) gehörenden Gebieten bildet die nördliche Grenze Litauens zugleich die Grenze der Interessensphären Deutschlands und der UdSSR. Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseits anerkannt.

Für den Fall einer territorial-politischen Umgestaltung der zum polnischen Staate gehörenden Gebiete werden die Interessensphären Deutschlands und der UdSSR ungefähr durch die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San abgegrenzt. Die Frage, ob die beiderseitigen Interessen die Erhaltung eines unabhängigen polnischen Staates erwünscht erscheinen lassen und wie dieser Staat abzugrenzen wäre, kann endgültig erst im Laufe der weiteren politischen Entwicklung geklärt werden. In jedem Falle werden beide Regierungen diese Frage im Wege einer freundschaftlichen Verständigung lösen.

Hinsichtlich des Südostens Europas wird von sowjetischer Seite das Interesse an Bessarabien betont. Von deutscher Seite wird das völlige politische Desinteresse an diesen Gebieten erklärt.

Dieses Protokoll wird von beiden Seiten streng geheim behandelt werden.

Für die deutsche Reichsregierung
v. Ribbentrop

Moskau, den 23. August 1939
In Vollmacht der Regierung der UdSSR
W. Molotow

Quelle: *Das geheime Zusatzprotokoll zum Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der Sowjetunion, Moskau, 23. August 1939* [in:] W.T. Kowalski (Hg.), *Polska w polityce międzynarodowej (1939–1945). Zbiór dokumentów*, t. 1 [Polen in der internationalen Politik 1939–1945. Dokumentensammlung, Bd. 1: 1939], Warszawa 1989, S. 464.

Am 23. August 1939 wurde in Moskau ein deutsch-sowjetisches Abkommen geschlossen, das im deutschen Sprachgebrauch als Hitler-Stalin-Pakt bezeichnet wird, obwohl keiner dieser beiden Politiker unmittelbar an der Aushandlung beteiligt war. In Polen nennt man es nach den beiden Außenministern, die den Text unterzeichneten, den Ribbentrop-Molotow-Pakt. Diese Einigung der beiden totalitären Mächte eröffnete den Weg zum Kriegsausbruch.

Die angestrebten Gebietsgewinne beider Seiten wurden in einem geheimen Zusatzprotokoll zu diesem „Nichtangriffspakt“ festgelegt. Es ging von der Aufteilung Polens entlang den Flüssen Narew, Weichsel und San aus und grenzte auch die Einflussphären des Deutschen Reiches und der Sowjetunion in Mittel- und Osteuropa gegeneinander ab. Außer dem östlichen Polen sollte zur sowjetischen Einflussphäre auch Finnland, Estland, Lettland und das rumänische Bessarabien gehören. Deutschland sollte den Westteil Polens, Litauen und das polnische Gebiet um Wilna übernehmen.

DER URSPRÜNGLICHE PLAN DER AUFTEILUNG DER STAATEN ZWISCHEN DEUTSCHLAND UND UDSSR NACH DEM GEHEIMEN ZUSATZPROTOKOLL ZUM MOLOTOW-RIBBENTROP-PAKT VOM 23.08.1939



Staatsgrenzen
im August 1939



Grenze der zur sowjetischen Interessensphäre erklärten Gebiete



Grenze der zur deutschen Interessensphäre erklärten Gebiete



Molotow-Ribbentrop-Linie

LINIE DER AUFTEILUNG POLENS UND DER NACHBARSTAATEN UNTER UDSSR UND DEUTSCHLAND NACH DER KORREKTUR DES MOLOTOW- -RIBBENTROP-PAKTES VOM 28.09.1939



Staatsgrenzen
im August 1939



Grenze der zur
sowjetischen
Interessensphäre
erklärten Gebiete



Grenze der zur
deutschen Inte-
ressensphäre
erklärten Gebiete



Molotow-
-Ribbentrop
-Linie nach
Korrekturen
vom 28.09.1939

Maciej Korkuć/Maciej Mikulski



Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden die deutschen Führer vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg wegen Verbrechen gegen die Menschheit, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen den Frieden angeklagt. Es gab den Versuch, das Geheimprotokoll zum Ribbentrop-Molotow-Pakt zu den Prozessakten zu nehmen, denn es war ein harter Beweis für die Verantwortung des Deutschen Reiches für die Eröffnung des Krieges und seine Rolle als Angreifer. Für alle, die den Inhalt des Dokuments zur Kenntnis nahmen, war klar, dass es auch die identische Rolle der Sowjetunion bestätigte: die eines für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs mitverantwortlichen Aggressorstaates. Die sowjetische Seite, die in Nürnberg als einer der Ankläger auftrat, verstand schnell, dass die Wahrheit über das geheime Zusatzprotokoll zum Ribbentrop-Molotow-Pakt aufdecken würde, dass auch der Platz der Sowjetunion eigentlich auf der Anklagebank gewesen wäre. Sie unternahm daher alles, damit das Dokument weder zu den Verfahrensakten genommen, noch veröffentlicht wurde. In der UdSSR und den von ihr nach dem Krieg versklavten Satellitenstaaten (zu denen auch Polen gehörte) war es bis Ende der 1980er Jahre nicht nur verboten, den Inhalt dieses Dokuments bekannt zu machen, sondern sogar, seine Existenz zu erwähnen. Zuwiderhandelnden drohten die kommunistischen Regimes mit schweren Repressionen.

DIE DEUTSCHE AGGRESSION

Am 1. September 1939 griff Deutschland Polen von Westen, Norden und – gemeinsam mit der Slowakei – von Süden an. Die Streitkräfte des Reiches zählten über 1,6 Millionen Soldaten, die mit etwa 10.000 Geschützen und Granatwerfern, über 2700 Panzern und 1300 Kampfflugzeugen ausgerüstet waren.

Polen besaß eine relativ starke Armee, die aber – wegen der bereits erwähnten Unterschiede der Potentiale beider Länder – wesentlich weniger umfangreich war als die deutsche. Im Rahmen der nicht abgeschlossenen Mobilmachung traten etwa 1 Million Soldaten zum Kampf an. Die polnischen Streitkräfte besaßen 4300 Geschütze und Granatwerfer, etwa 880 Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie 400 Kampfflugzeuge.

Man ging davon aus, dass dies ein Krieg der drei verbündeten Staaten gegen die Aggression des Dritten Reichs sein wird. Die Gefahr eines Angriffs von Seiten Frankreichs und Großbritanniens sollte Hitler zwingen, sich auf einen Zweifrontenkrieg einzustellen. So wie im Fall des russischen Angriffs auf den Osten des Reichsgebiets 1914 hätte dies die deutschen Träume vom Blitzkrieg vereitelt.

ANGRIFFE AUF POLEN IM SEPTEMBER 1939



Polen erfüllte seine Bündnispflichten vom ersten Augenblick des Krieges an. Es leistete entschiedenen Widerstand und erwartete bewaffnete Aktionen der Verbündeten. Die Polen kämpften im September 1939 im vollen Bewusstsein, dass nur gemeinsame Anstrengungen der gesamten Koalition die strategische Situation in ihrem Kampf mit Deutschland wenden können.



- Beschuss der Westerplatte durch deutsche Schiffe im September 1939 (NAC)

Der entschiedene Widerstand Polens gegen die deutsche Aggression zwang die Alliierten zu eindeutigen Schritten. Nachdem Hitler ein Ultimatum der Westmächte zurückgewiesen hatte, erklärten am 3. September 1939 Frankreich und Großbritannien dem Deutschen Reich offiziell den Krieg. Der Erklärung Londons schlossen sich Neuseeland und Australien an. Unabhängig davon, wie sich die Situation weiter entwickelte, war dies die erste Niederlage Hitlers: es war ihm nicht gelungen, den Angriff auf Polen in seinen Auswirkungen lokal zu begrenzen und ihn als bilateralen Konflikt auszutragen.

ALLE REICHSKRÄFTE NACH OSTEN

Die Kriegserklärungen durch die Westmächte hätten für Hitler ein Alarmsignal sein können. Das militärische Potential der drei europäischen Verbündeten war gemeinsam deutlich größer als das deutsche. Zumal Deutschland den Hauptteil seiner Streitkräfte für den Angriff auf Polen einsetzte, während die Westgrenzen des Reichs praktisch ungedeckt blieben. An der Grenze zu Frankreich waren verhältnismäßig wenige Divisionen stationiert, die überdies



schlecht ausgerüstet waren. Ihnen fehlten insbesondere schwere Waffen. Die deutsche Panzerwaffe, die Artillerie und die Luftwaffe wurden fast vollständig gegen Polen eingesetzt.

Die polnische Verteidigungsplanung sah vor, den Kampf entlang der Grenzen aufzunehmen und sich allmählich ins Landesinnere auf die Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San zurückzuziehen. Hier sollten die Auswirkungen der militärischen Aktionen der französischen und der britischen Armee abgewartet werden, von denen man sich eine Entlastung der kämpfenden Polen erwartete. Ingeheim waren große Lager mit Flugbenzin sowie Flugplätze für britische Flugzeuge angelegt worden, die rotierend deutsche Truppen angreifen und anschließend in Polen zwischenlanden wollten. Von Tag zu Tag erwartete Polen hoffnungsvoll die Erfüllung der Bündnisverpflichtungen durch Paris und London.

Deutschland war bewusst, wie groß damals die Gefahr eines Angriffs aus Westen war. Die Deutschen waren daher bestrebt, die polnischen Einheiten schnell einzukesseln, bevor sie sich noch hinter die Weichsel zurückziehen konnten, und sie nutzten dafür den für die deutsche Taktik günstigen Verlauf der deutsch-polnischen Grenze aus. Es gelang ihnen zwar nicht, diesen Plan zu verwirklichen, aber gleichwohl stießen deutsche Panzerkeile tief in polnisches Territorium vor. Nach erbitterten Grenzkämpfen im nördlichen Masowien, Pommern (im deutschen Sprachgebrauch: Westpreußen), Oberschlesien und in Südpolen mussten sich die polnischen Einheiten zurückziehen. Es war allerdings den Deutschen nicht gelungen, die Hauptkräfte Polens im ersten Schlag zu vernichten. Am 8. September 1939 begann die langdauernde Verteidigung der polnischen Hauptstadt. Einen Tag später starteten polnische Einheiten am westlich von Warschau gelegenen Fluss Bzura einen zunächst erfolgreichen Gegenangriff auf die attackierenden Deutschen. Damit begann eine etwa zweiwöchige Schlacht, eine der größten des polnischen Verteidigungskrieges von 1939. Der polnische Gegenschlag zwang die Deutschen, ihre Pläne zu korrigieren und das Angriffstempo herabzusetzen. Die Wende der militärischen Situation in Polen wäre immer noch möglich gewesen, falls die Deutschen gezwungen worden wären, einen Teil ihrer Truppen an die Westfront abzuziehen.



■ Die Verteidiger Warschaus am Wrack eines abgeschossenen deutschen Flugzeuges im September 1939 (Foto: Julien Bryan/AIPN)



▪ Durch die polnische Kavallerie im September 1939 wurden Pferde vor allem als Beförderungsmittel eingesetzt. Gekämpft wurde meistens zu Fuß mit Panzerabwehrwaffen auch gegen die deutschen Panzerkampfwagen. Auf dem Foto: einige von mehreren Dutzend zerstörten Panzern der 4. Panzerdivision, der bei Mokra die Truppen der Kavallerie-Brigade von Wolhynien standhalten konnten (gemeinfrei)

Es hätte im eigenen Interesse der westlichen Bündnispartner Polens gelegen, ihre Verpflichtungen gegenüber den Polen zu erfüllen und unverzüglich Kampfhandlungen zu beginnen. Dies hätte Hitler gezwungen, einen Teil der deutschen Einheiten von der Ostfront abzuziehen. Der erbitterte Widerstand Polens eröffnete Frankreich und Großbritannien die Möglichkeit, den Konflikt mit dem Deutschen Reich schnell und siegreich abzuschließen. Die Entwicklung der militärischen Situation und die deutschen Erfolge an der Front hingen davon ab, mit welcher Entschlossenheit und in welchem Tempo die Alliierten im Westen den Kampf aufgenommen hätten. Der im September durch die Deutschen vom Zaun gebrochene Krieg hätte nicht zu einer den ganzen Kontinent und die Welt erfassenden Katastrophe werden müssen.

EINE SELBSTMÖRDERISCHE ENTSCHEIDUNG

Franzosen und Briten hätten möglichst schnell gegen die Deutschen zuschlagen müssen. Aber trotz der Kriegserklärung gegenüber Deutschland blieben die französischen Landstreitkräfte, die wesentlich zahlreicher waren als die deutschen, beinahe tatenlos. Auch die Briten versäumten es, ihre Bündnispflichten gegenüber Polen zu erfüllen. Obwohl sie Deutschland den Krieg erklärt hatten, entschied die britische Führung schon am 5. September, die Royal Air Force nur in Bereitschaft zu halten. Am 12. September 1939 traf sich in der



■ Soldaten der Polnischen Armee 1939 (NAC)

nordfranzösischen Stadt Abbeville erstmals der französisch-britische Oberste Kriegsrat. Damals trafen die Alliierten eine Entscheidung mit tragischen Folgen. Sie bestätigten übereinstimmend ihren Beschluss, Polen in seinem Kampf gegen Hitler allein zu lassen und jede wirksame militärische Hilfe von ihrer Seite zu unterlassen. Statt die Gelegenheit auszunutzen, ermöglichten sie Deutschland, seinen Krieg im Osten ungehindert fortzusetzen – in der katastrophalen Grundannahme, die Kriegsentscheidung werde später im Westen fallen.

Auf diese Weise ließen Frankreich und Großbritannien zu, dass die antideutsche Koalition um die eine Million Mann starke polnische Armee schrumpfte. Diese Kurzsichtigkeit besiegelte nicht nur die Tragödie Polens und seiner Bürger, sondern sie wurde auch in gewisser Weise zur Ursache der späteren Tragödie Frankreichs und unbeabsichtigt des Gemetzels, das in den kommenden Jahren fast den ganzen Kontinent heimsuchte.

Der Chef des deutschen Generalstabs und Mitautor der Angriffspläne gegen Polen, General Alfred Jodl, machte den Punkt sehr klar: „Vor 1939 hätten wir selbstverständlich allein Polen niederwerfen können. Aber niemals, weder 1938 noch 1939, hätten wir einem konzentrierten Angriff dieser Staaten [d.h. Großbritanniens, Frankreichs und Polens] standhalten können. Und wenn wir 1939 keine Niederlage erlitten haben, ist dies allein dem Umstand zuzuschreiben, dass während des Polenfeldzugs etwa 110 französische und britische Divisionen gegenüber 23 deutschen völlig passiv blieben“.

DIE SOWJETISCHE AGGRESSION

Hitler setzte alles auf eine Karte. Nachdem seine Kalkulation, Frankreich und Großbritannien aus den Ereignissen in Polen heraushalten zu können (schließlich hatten diese Länder Deutschland ja doch den Krieg erklärt), fehlgeschlagen war, konnte er auch nicht völlig sicher sein, dass diese nicht doch noch Kampfhandlungen aufnehmen würden. Umso mehr lag ihm daran, den Polenfeldzug schnell abzuschließen. Die Spannung stieg dadurch, dass der sowjetische Bündnispartner des Reichs sich vollkommen ruhig verhielt. Unsicher, wie sich Frankreich und Großbritannien verhalten würden, drängte Hitler immer ungeduldiger darauf, dass die UdSSR Polen von Osten her angreifen solle.

Daher wurden die Ereignisse des 17. September 1939 in Berlin mit Erleichterung aufgenommen. An diesem Tag überschritt die Rote Armee auf ganzer Länge die polnisch-sowjetische Grenze; sie traf nur auf vereinzelt Widerstand des polnischen Grenzschutzes (polnisch: Korpus Ochrony Pogranicza, KOP) sowie einiger weniger polnischer Armee – und Freiwilligeneinheiten. Polen hatte möglichst starke Kräfte zur Abwehr des deutschen Angriffs mobilisiert. Über 600.000 sowjetische Soldaten setzten sich, ausgestattet mit Panzern und Artillerie und unterstützt von der Luftwaffe, in Richtung Mittellauf der Weichsel in Marsch. Dort sollte laut dem Ribbentrop-Molotow-Pakt die neue deutsch-sowjetische Grenze verlaufen, wobei das links der Weichsel gelegene Warschau Hitlers Beute sein sollte, und die Stadtteile am rechten Ufer unter sowjetische Verwaltung kommen.

Unter diesen Umständen war selbst der erbitterte Widerstand von Einheiten des Grenzschutzes, einzelner Armeeeinheiten sowie der Zivilbevölkerung nicht in der Lage, die abgestimmt mit den Deutschen vordringenden sowjetischen Invasoren aufzuhalten. Einige polnische Einheiten erreichte noch der Befehl des polnischen Oberbefehlshabers, der – um Verluste zu vermeiden – angewiesen hatte, den Kampf mit den Bolschewisten nur im Falle eines direkten Angriffs und beim Versuch, die Einheiten zu entwaffnen, aufzunehmen. Dies war aber die Regel beim Vorgehen der sowjetischen Aggressoren auf dem ganzen Tätigkeitsgebiet der Roten Armee. Die größten Kämpfe mit den sowjetischen Truppen führten Einheiten des Grenzschutzes bei Szack (29.–30. September) und Wytyczno (1. Oktober).

Der Überfall der Roten Armee bildete die östliche Zange der Aggression gegen das alleingelassene Polen. Die einzigen Grenzen der Republik, die nicht angegriffen wurden, waren kurze Abschnitte zu Litauen und Lettland, Rumänien und Ungarn (im Transkarpaten-

gebiet). Diesen Krieg hätte unter diesen geographisch-strategischen Rahmenbedingungen kein Staat gewinnen können, nicht nur Polen. Keiner der damals existierenden Staaten hätte Schläge ausgehalten, wie sie Polen 1939 trafen.

Trotz ihrer verzweifelten Situation kämpften die Polen bis zum Schluss. Der sowjetische Angriff vereitelte polnische Pläne, alle noch nicht zerschlagenen Einheiten im Südosten des Landes zu sammeln. Deutschland nahm mit Genugtuung die Todesstille an der „Front“ entlang der gesamten französischen Grenze zur Kenntnis. Während die polnische Armee von den beiden totalitären Angreifern niedergedrückt wurde, warfen alliierte Flugzeuge auf deutsche Städte lediglich... Propagandaflugblätter ab.

DIE LETZTEN KÄMPFE

In den nächsten Tagen kamen die Kämpfe im Westen Polens zum Erliegen. Die Situation hatte sich so entwickelt, dass sogar erfolgreiche taktische Operationen das Blatt nicht mehr hätten wenden können. Nach anfänglichen Erfolgen in der Schlacht an der Bzura wurden die Einheiten der polnischen Armee letztlich zerschlagen. Nachdem die Schlacht am 22. September zu Ende gegangen war, gelang es nur einem Teil der kämpfenden Einheiten noch, das sich weiter verteidigende Warschau zu erreichen. Seit dem 12. September verteidigte sich Lemberg erfolgreich. In den großen Schlachten bei Tomaszów Lubelski (17.–20. und 21.–26. September) unterlagen zwei polnische Armeen und Truppen, die sich in Richtung des verbündeten Rumänien zurückziehen versuchten, den Deutschen. Aber nach wie vor verteidigten sich polnische Truppen an einigen Stellen der Ostseeküste, in der Festung Modlin (bis zum 29. September) und auch in der Hauptstadt, die sich unter enormem Einsatz der Zivilbevölkerung bis zum 28. September den Deutschen entgegenstellte. Lemberg, das alle Angriffe deutscher Truppen abgewiesen hatte, wurde am 22. September den von Osten eindringenden sowjetischen Truppen übergeben. Die letzte große Schlacht von Polens Verteidigungskrieg war die für Polen (bis zum Ausgehen der Munition) erfolgreiche Schlacht bei Kock zwischen dem 2. und dem 5. Oktober 1939.

Polen hatte, obwohl es die Verbündeten seinem Schicksal und der Willkür der Aggressoren überlassen hatten, über fünf Wochen lang entschlossen und unter dramatischen Umständen Widerstand geleistet. Die Deutschen erlitten in Polen so hohe Verluste an Kriegsmaterial, dass sie nicht in der Lage gewesen wären, unmittelbar nach dem Ende der Operationen im Osten den Krieg an der Westfront aufzunehmen. Auch dieser Umstand wurde von den Franzosen



- Warschau konnte bis zum 28. September 1939 dem Angriff der Deutschen standhalten. Auf dem Bild: nach einem deutschen Bombenangriff steht das Königsschloss in Warschau in Brand (NAC)

und den Briten nicht ausgenutzt. Sie sahen der Entwicklung generell passiv zu. Deutschland nutzte die kommenden Monate, um seine Armee beschleunigt wieder aufzubauen, die Verluste auszugleichen und ihr militärisches Potential zu stärken; dazu trugen auch Rohstofflieferungen aus der mit ihm verbündeten Sowjetunion bei. Nachdem Deutschland seine Ostgrenze hatte sichern können, begann es im Frühjahr 1940 mit der Besetzung West- und Nordeuropas.

Erst die Niederlage Frankreichs 1940 lieferte den Kontext, um das wirkliche Ausmaß der polnischen Verteidigungsanstrengungen von 1939 zu würdigen. Die Französische Republik hatte, obwohl ihre geostrategische Lage weit besser war als die Polens, sie über eine deutlich stärkere Armee verfügte und gemeinsam mit den Verbündeten Großbritannien, Belgien und den Niederlanden handeln konnte, nur sechseinhalb Wochen lang gekämpft, also kaum länger als das alleingelassene Polen, das von allen Seiten her durch totalitäre Mächte angegriffen worden war.

Polens entschiedener Widerstand 1939 machte Schluss mit der Kette leicht errungener Siege, die die Macht Hitlers gestärkt hatten. Obwohl Deutschland 1939 noch nicht die Erfahrung einer Niederlage machen musste, weil die Alliierten Polens passiv geblieben waren, hatte der polnische Widerstand doch den Konflikt auf eine internationale Ebene gehoben. Und hierin lag, unabhängig von allem anderen, der Anfang der letztlichen Niederlage des Deutschen Reichs und seines nationalsozialistischen „Führers“.



III

EIN STAAT TROTZ DER BESATZUNGEN

OHNE KAPITULATION

Die Republik Polen hat nie kapituliert: weder vor den Deutschen noch gegenüber den Sowjets. Die Polen waren entschlossen, gegen die deutschen und sowjetischen Aggressoren weiterzukämpfen. In dieser Überzeugung überschritten in der Nacht des 17./18. September 1939, also schon nach der sowjetischen Aggression, der polnische Staatspräsident und die Regierung die Grenze zwischen Polen und Rumänien. Sie rechneten damit, dass die rumänischen Verbündeten ihnen die Weiterreise nach Frankreich ermöglichen würden, wo sie den Kampf der Nation weiter leiten wollten. Allerdings entschieden die Rumänen unter dem Druck der Ereignisse und deutscher Drohungen, den Präsidenten, die Regierung und den militärischen Oberbefehlshaber, der sich ebenfalls in Rumänien befand, zu internieren.

In dieser Situation benannte Präsident Ignacy Mościcki gemäß der polnischen Verfassung vom April 1935 seinen Nachfolger. Am 30. September 1939 wurde Władysław Raczkiewicz neuer polnischer Staatspräsident, also höchster rechtlicher Repräsentant des polnischen Staates und seiner Bürger. Hieran änderte sich bis zum Kriegsende nichts. Raczkiewicz blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1947 Präsident. Die neue Regierung der Republik Polen fand einen provisorischen Sitz im verbündeten Frankreich, und nach der Niederlage Frankreichs wechselte sie nach Großbritannien. Die rechtliche Kontinuität des polnischen Staates wurde aufrechterhalten. Auf internationaler Ebene blieb die Republik Polen der einzige legale Inhaber des polnischen Territoriums

und rechtlicher Vertreter der polnischen Staatsbürger. Der polnische Historiker Andrzej Ajnenkiel hat dies unterstrichen: „Handlungsgrundlage für die Regierung der Republik blieb weiter die Aprilverfassung. Nur sie bot sowohl vom Standpunkt des inneren Rechts wie auch des Völkerrechts die legale Grundlage für das Bestehen polnischer Behörden und ihre Anerkennung als Inhaber der rechtlichen Kontinuität des unabhängigen Polens. Dies aber war ein absolut wesentlicher Bestandteil der staatlichen Kontinuität“.



DER STAAT EXISTIERTE WEITER

Die Republik Polen blieb eine kämpfende Partei und war vom ersten bis zum letzten Tag des Krieges Teil der antideutschen Koalition. Dank der Verlegung des Sitzes ihrer Regierung in alliierte Länder existierte der polnische Staat ohne Unterbrechung trotz der Besetzung seines Territoriums durch die Aggressoren. Diese aufrechterhaltene Kontinuität von den Institutionen der Zweiten Republik zu denen der Exilregierung zog auch die staatsrechtliche Legalität der von letzterer geschaffenen Untergrundbehörden im besetzten Polen nach sich.

Die erste von Präsident Raczkiewicz eingesetzte Exilregierung wurde von General Władysław Sikorski geleitet. Nach seinem tragischen Tod bei Gibraltar im Juli 1943 trat der Führer der Bauernpartei, Stanisław Mikołajczyk, an seine Stelle. Ab November 1944 übte der Sozialist Tomasz Arciszewski das Amt des Ministerpräsidenten aus. 1939 übernahm Ministerpräsident Sikorski auch die Funktion des Oberbefehlshabers der Streitkräfte der Republik Polen. Nach Sikorskis tragischem Tod übertrug der Präsident dieses Amt General Kazimierz Sosnkowski. Nach dessen Rücktritt ging diese Funktion ab September 1944, also während des Warschauer Aufstands, an den Oberkommandierenden der Heimatarmee (Armia Krajowa), General Tadeusz Komorowski (Kampfname „Bór“) über, der sich in der kämpfenden Hauptstadt aufhielt. Anschließend übernahm die Aufgabe des Oberbefehlshabers für die Zeit der Gefangenschaft Komorowskis in Deutschland nach der Niederlage des Aufstands General Władysław Anders.

- Władysław Raczkiewicz – der Präsident der Republik Polen in den Jahren 1939–1947 (NAC)

Die Exilregierung der Republik Polen war eine Koalitionsregierung verschiedener politischer Richtungen: von der Linken über das Zentrum bis zur Rechten. Sie war bemüht, de facto eine Regierung der Nationalen Einheit zu sein, die Vertreter aller politischen Richtungen des Vorkriegspolens einschloss. Als „Regierung der Nationalen Einheit“ bezeichnete sich die Regierung in vielen Fällen selbst.

KOALITION UND ISOLATION

Die Republik Polen behielt die Möglichkeit, an der internationalen Politik teilzunehmen, die Rechtsfähigkeit zum Abschluss von Verträgen und zum Eingehen von Verbindlichkeiten im Namen der polnischen Gesellschaft. Sie blieb auch Mitglied des Völkerbundes. Dies kam ausdrücklich dadurch zum Ausdruck, dass eine polnische Delegation an der Versammlung des Völkerbundes am 11. Dezember 1939 teilnahm. Auch die polnischen Botschaften und Gesandtschaften in verschiedenen Ländern arbeiteten ununterbrochen weiter.

Die Exilregierung ging davon aus, dass sie künftig als Teil der Koalition der Sieger über das Schicksal des besiegten Deutschlands mitentscheiden werde: über Veränderungen seiner Grenzen, die zu verhängenden Strafen und die neue Ordnung Europas. „Hauptaufgabe der Regierung der Republik Polen ist es, das Vaterland zu befreien und Polen den ihm zustehenden Platz in der Familie der freien Völker zu verschaffen“, hieß es später in einer programmatischen Erklärung der Regierung. Polen sollte trotz des verloren gegangenen Verteidigungskrieges und der erlittenen Verluste letztlich gestärkt aus dem Krieg hervorgehen – sowohl politisch, als auch territorial (infolge von Korrekturen der Grenzen zu Deutschland). Und vor allem auch moralisch gestärkt: als das Land, das als erstes den Kampf mit Hitler aufgenommen hatte und das seinen Bündnisverpflichtungen in vollem Umfang nachgekommen war.

Allerdings war die Situation Polens kompliziert, und zwar nicht nur wegen der Besetzung und der Tätigkeit der Regierung im Exil. Zwischen 1939 und 1941 war die Republik Polen faktisch



■ General Władysław Sikorski – der Premierminister der Republik Polen und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte in den Jahren 1939–1943 (IPMS/KARTA)

im Kriegszustand mit zwei totalitären Mächten: Deutschland und der Sowjetunion. Beide Kriege hatten die Angreifer nicht formal erklärt, beide waren die Folge nicht provozierter Aggressionen.

Gleichwohl machten die Briten und Franzosen der polnischen Exilregierung auch unter den neuen Bedingungen, als die militärische Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der UdSSR schon auf der Hand lag, eines sehr deutlich: gemeinsames Problem sei der Krieg gegen Deutschland. Der polnisch-sowjetische Krieg dagegen sei ein ausschließlich polnisches Problem. Im Grunde gingen beide Staaten über den polnisch-sowjetischen Konflikt zur Tagesordnung über.

Als Ergebnis wurde auf einer der Kabinettsitzungen der Exilregierung formuliert, dass unter den Staaten Europas „nur Polen sich im Kriegszustand mit den Sowjets befinde“. Und diese Isolation bekam Polen deutlich zu spüren.

Obwohl die Aggression der UdSSR gegen Polen in Erfüllung von Bündnisverpflichtungen Moskaus gegenüber dem Dritten Reich erfolgt war, obwohl sie das internationale Recht ebenso brach wie zweiseitige Verträge (darunter den polnisch-sowjetischen Nichtangriffspakt von 1932), gelang Stalin etwas, woran Hitler gescheitert war: den sowjetisch-polnischen Konflikt auf einer rein bilateralen Ebene zu belassen.

POLNISCHE STREITKRÄFTE IM WESTEN

Polen blieb ein Teil des alliierten Lagers. Trotz der Erfahrungen mit dem Verhalten der französischen und britischen Verbündeten im Jahre 1939 setzten die Polen alle ihre Hoffnungen auf eine Wende ihres Schicksals auf den letztlichen Sieg der Westmächte über Deutschland. Nach dem September 1939 blieben Frankreich und Großbritannien ihrer Sache sicher, obwohl sie damals eine Möglichkeit verspielt hatten, eine günstige strategische Situation auszunutzen und sich die eine Million Mann starke polnische Armee zu erhalten.

In der Erwartung einer Offensive der Alliierten hatte Polen nicht die Absicht, dem Gang der Ereignisse passiv zuzusehen. Die polnische Exilregierung begann unverzüglich, ihre Streitkräfte neu aufzubauen. Aus Teilnehmern des Verteidigungskrieges von 1939, die sich auf verschiedenen Wegen nach Frankreich durchgeschlagen hatten, und aus polnischen Emigranten wurden neue Einheiten aufgestellt. Nach nur wenigen Monaten umfassten sie über 85.000 Soldaten.

Schon um die Jahreswende 1939–1940 bot sich eine Chance, die Isolation Polens gegenüber dem sowjetischen Aggressor zu durchbrechen. Nach dem Angriff auf Finnland im November 1939 wurde die UdSSR aus dem Völkerbund ausgeschlossen. Immer



- Soldaten der Selbständigen Brigade der Podhale-Schützen. Die Brigade wurde aufgestellt, um an dem sowjetisch-finnischen Krieg im Rahmen des französisch-britisch-polnischen Korps zur Unterstützung Finnlands teilzunehmen. Die Brigade wurde bei der Verteidigung von Norwegen vor den Deutschen 1940 eingesetzt (NAC)

deutlicher wurde, dass beide totalitäre Staaten (das Deutsche Reich und die UdSSR) aufgrund ihrer jeweiligen imperialen Ideologien gemeinsam bemüht waren, einen weltweiten Konflikt zu entfachen und nicht nur die Herrschaft über diejenigen Gebiete anzustreben, die sie im Ribbentrop-Molotow-Pakt untereinander aufgeteilt hatten, sondern auch andere Nationen des europäischen Kontinents auf Dauer zu dominieren.

Das Bewusstsein dafür, dass beide totalitäre Staaten Gegner der freien Welt waren, reifte langsam heran. Es entstand der Plan, ein internationales Expeditionskorps aus britischen, französischen und polnischen Kräften zur Unterstützung Finnlands zu entsenden. Die Regierung der Republik Polen erblickte hierin eine Chance, nicht nur Finnland zu helfen, sondern auch das Problem der sowjetischen Aggression zu internationalisieren. An dem Expeditionskorps sollte von polnischer Seite die Selbständige Brigade der Podhale-Schützen teilnehmen. Allerdings zogen sich die Vorbereitungen der Alliierten in die Länge. Schließlich wurde die Absicht aufgegeben, als Finnland nach Monaten heldenhaften Widerstands im März 1940 einen Friedensvertrag mit der UdSSR abschloss. Der Feldzug hatte im Übrigen alle Schwächen der sowjetischen Armee ans Tageslicht gebracht.

Wieder war Polen mit der sowjetischen Aggression allein.

DIE VERTEIDIGUNG NORWEGENS, FRANKREICHS UND GROSSBRITANNIENS

Im Frühjahr 1940 ging Deutschland, gestärkt u.a. durch sowjetische Rohstofflieferungen, an der Westfront zur Offensive über. Wieder triumphierte Hitler. Am 9. April besetzte die Wehrmacht im Verlauf eines einzigen Tages ganz Dänemark. Unmittelbar danach begannen deutsche Truppen die Besetzung Norwegens, an dessen Verteidigung sich polnische See- und Landstreitkräfte beteiligten (u.a. in der Schlacht um Narvik im Mai–Juni 1940).

Im Juni 1940 kämpften polnische Soldaten bei der Verteidigung Frankreichs. Sie waren auf verschiedene französische taktische Verbände verteilt und beteiligten sich an den Kämpfen mit den Deutschen u.a. an der Saar, am Marne-Rhein-Kanal, bei Lagarde, an der Somme und in der Champagne. Polnische Kampfflieger verteidigten Belgien und Nordfrankreich



■ Die Jagdflieger der Staffel 303 – einer der polnischen Staffeln, die an der Luftschlacht um Großbritannien teilgenommen haben (Imperial War Museums)

und deckten u.a. Paris. Seit 1939 beteiligten sich Schiffe der polnischen Marine am Schutz alliierter Versorgungskonvois auf dem Atlantik sowie an Operationen im Mittelmeer. Wegen des schwindelerregenden Tempos des deutschen Vormarsches gelang es allerdings nur einem Teil der gerade wieder aufgebauten polnischen Einheiten, sich aus dem Chaos auf dem französischen Kriegsschauplatz nach Großbritannien zu retten.

Nach dem Fall Frankreichs wurde Polen trotz seiner erneuten Schwächung für mehrere Monate der wichtigste europäische Verbündete Großbritanniens. Präsident Raczkiewicz wurde vom britischen König mit allen Ehren empfangen. Jeder Soldat war wertvoll. Ein weiteres Mal begann der Wiederaufbau der polnischen Armee, die nun über 30.000 Soldaten erreichte.

Als besonders wichtig erwies sich in dieser Phase des Krieges die Anwesenheit von über 9000 polnischen Kampffliegern auf den britischen Inseln. Es wurden polnische Jagd- und Bombergeschwader aufgestellt, die schon bald erfolgreich an der Luftschlacht über England teilnahmen und anschließend an Kämpfen und Luftangriffen an verschiedenen Stellen Europas. Jeder achte Abschuss deutscher Flugzeuge über Großbritannien ging auf das Konto polnischer Piloten. Auch polnische See- und Landstreitkräfte beteiligten sich an der Verteidigung Großbritanniens gegen eine drohende deutsche Invasion.

POLEN STREICHEN


Völlig anders stellte sich die Lage für die Bevölkerung Polens dar. Sowjets und Deutsche nahmen einvernehmlich Korrekturen an dem geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt vor. Am 28. September 1939 trafen sich die Außenminister des Reiches und der Sowjetunion erneut. Die beiden Staaten, die den Kriegsausbruch zu verantworten hatten, änderten jetzt in bestem Einvernehmen die Aufteilung der besetzten Gebiete Polens untereinander. Die deutsch-sowjetische Demarkationslinie wurde von der ursprünglich vereinbarten Linie der Flüsse Narew, Weichsel und San ein Stück nach Osten verschoben auf die Linie Narew-Bug-San. Deutschland „erhielt“ auf diese Weise das östliche Masowien und die Region Lublin. Im Gegenzug verleihte die Sowjetunion ihrer Einflussosphäre das damals noch unabhängige Litauen sowie das polnische, aber von den Bolschewisten besetzte, Gebiet um Wilna ein.

Zum Abschluss ihres gemeinsamen Feldzuges veranstalteten beide Aggressoren eine symbolische gemeinsame Militärparade in der an der neuen „Freundschaftsgrenze“ gelegenen Stadt Brest.


BESETZUNG DER GEBIETE DER REPUBLIK POLEN IN DEN JAHREN 1939–1941




Tomasz Ginter


 Grenzen Polen vom 1. September 1939


Deutsche Besetzung:

 Direkt an das Deutsche Reich angegliederte Gebiete


 Generalgouvernement

Sowjetische Besetzung

 Bezirk Wilna wurde durch die UdSSR an Litauen übertragen und zusammen mit Litauen der UdSSR im Jahre 1940 angegliedert


 Slowakische Besetzung
Linie der Aufteilung Polens unter die UdSSR und Deutschland:

 Demarkationslinie aus dem Molotow-Ribbentrop-Pakt vom 23. August 1939


 Demarkationslinie vom 28. September 1939


BESETZUNG DER GEBIETE DER REPUBLIK POLEN IN DEN JAHREN 1941–1944



 Grenzen Polens vom 1. September 1939


Deutsche Besetzung:

 Direkt an das Deutsche Reich angegliederte Gebiete

 Generalgouvernement

 Bezirk Bialystok

 In den Reichskommissariat Ukraine und den Reichskommissariat Ostland eingegliederte Gebiete

 Deutschland vor dem 1. September 1939

 Slowakische Besetzung

So erklärten Hitler und Stalin die Streichung Polens von der Landkarte Europas. Deutschland hatte von Westen aus die knappe Hälfte der Staatsfläche besetzt: 188.000 Quadratkilometer. Die nördlichen und westlichen Randgebiete dieser Territorien gliederte Hitler ins Reich ein (Westpreußen, Großpolen, das Gebiet um Suwałki, das nördliche und westliche Masowien, Łódź und Umgebung, den polnischen Teil Oberschlesiens und den Westteil der Region Kleinpolen). Sie wurden in ihrer Verwaltungsstruktur den bisherigen deutschen Gauen angeglichen. Den Süden und Osten des eingenommenen Raumes dagegen machten sie zu einem Nebenland des Großdeutschen Reiches, dem sogenannten Generalgouvernement.

DIE SOWJETISCHE BESATZUNG

Die Sowjetunion hatte sich mehr als die Hälfte des polnischen Territoriums angeeignet: insgesamt über 201.000 km². Die Ostgebiete Polens wurden der Belarussischen bzw. Ukrainischen Sowjetrepublik einverleibt. Formal wurde die Annexion nach einer Tragikomödie verkündet, die Moskau in den polnischen Gebieten angeordnet hatte: den sogenannten Wahlen zu den sogenannten Volksversammlungen. Dabei handelte es sich um eine großangelegte Propaganda-Inszenierung vermeintlich demokratischer Verfahren, die in einer Atmosphäre von Terror und Präparierung der Ergebnisse unter Aufsicht der sowjetischen politischen Polizei (NKWD) stattfand. All dies fand unter Bruch der elementarsten Grundsätze des Völkerrechts statt.

Im Oktober 1939 erzwang die sowjetische Regierung von Litauen die Zustimmung zur Stationierung von Truppen der Roten Armee auf seinem Territorium. Dafür erhielt Litauen „als Geschenk“ das Gebiet um Wilna. Das war eine Region, auf die Litauen vor dem Krieg Anspruch erhoben hatte, obwohl das Gebiet zu einer überwältigenden Mehrheit von Polen bewohnt war.

Für die UdSSR stellte die Übergabe des Wilna-Gebiets an Litauen nur einen „durchlaufenden Posten“ auf dem Weg zur Vergrößerung des sowjetischen Imperiums dar. Stalin war sich völlig klar darüber, dass nach dem Untergang Polens und angesichts der Vereinbarungen mit Deutschland die kleinen baltischen Republiken von seiner Gnade oder Ungnade abhängig waren. Deshalb wurden schon im Frühjahr und Sommer 1940 – während im Westen des Kontinents Frankreich fiel – sowohl ganz Litauen, als auch Lettland und Estland von der Roten Armee besetzt und kurz danach zu neuen „Sowjetrepubliken“ erklärt.

DAS GENERALGOUVERNEMENT

Von 1939 bis 1945 existierte auf polnischem Boden nach dem Willen Hitlers das sogenannte Generalgouvernement (GG). Es wurde auf Grundlage eines innerstaatlichen Erlasses des „Führers und Reichskanzlers“ vom 12. Oktober 1939 errichtet. Platz für irgendeine Form polnischer Staatlichkeit, und sei sie symbolisch gewesen, war hier nicht vorgesehen. In den Kriegsjahren gab es keinerlei Organe einer polnischen Kollaborationsregierung. Die gesamte Verwaltung des GG war Teil der Besatzungsstrukturen des Deutschen Reiches.



- An das Deutsche Reich angegliederte polnische Gebiete. Eine deutsche Familie zieht in ein Haus ein, aus dem Polen vertrieben worden waren (AIPN)

An die Spitze dieses Gebildes trat ein Deutscher, Hans Frank, der als Generalgouverneur direkt Hitler unterstand. Die lokalen Strukturen wurden im Rahmen des Besatzungsstaats so umgestaltet, dass die Deutschen volle Kontrolle über sie hatten.

In den zur raschen Verschmelzung mit dem Reich vorgesehenen West – und Nordgebieten Polens nahmen die Deutschen schon in den ersten Monaten ihrer Herrschaft massenhafte Vertreibung von Polen und Juden vor. Schon damals erreichte die Gesamtzahl der aus ihren bisherigen Wohnorten vertriebenen Bürger Polens über 900.000. In diesen Gebieten wurden nicht nur die polnischen Schulen geschlossen; unter Androhung strenger Strafen wurde sogar verboten, in der Öffentlichkeit Polnisch zu sprechen. Eine andere Sache ist, dass im GG die Deutschen ebenfalls ihre Sprache zur Amtssprache machten; hier blieb das Polnische aber eine „zulässige Sprache“.

Das Territorium des Generalgouvernements war ein Platz auf der Landkarte des Reiches, wo Polen und Juden einstweilen noch bleiben durften (auch diejenigen, die aus den sofort vollständig ins Reich eingegliederten Gebieten ausgesiedelt worden waren). Es sollte das Reich mit landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen sowie billigen Sklavenarbeitern versorgen. Daher wurde jede Form von Schulausbildung oberhalb des Grundschulniveaus verboten; die polnischen Hochschulen und Gymnasien wurden aufgelöst; es blieben nur „allgemeine Schulen“ mit einem äußerst eingeschränkten Lehrplan erhalten. Auch die polnische Presse wurde vollständig eingestellt. Die polnischsprachigen Zeitungen, die im GG erschienen, waren von vorn bis hinten Werkzeuge deutscher Propaganda.

Auszug aus einem Erlass des Höheren SS- und Polizeiführers Posen vom 12. November 1939: Abschiebung von Juden und Polen aus dem Reichsgau „Wartheland“

- 1) Der Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei hat in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums angeordnet, dass aus den ehemals polnischen Gebieten, die nunmehr zum Reich gehören,
 - a) alle Juden und
 - b) alle diejenigen Polen abgeschoben werden, die entweder zur Intelligenz gehören oder aber auf Grund ihrer nationalpolnischen Einstellung eine Gefahr für die Durchsetzung und Festigung des Deutschtums darstellen können. Kriminelle Elemente sind diesen gleichzustellen.

Ziel der Abschiebung ist:

- a) die Säuberung und Sicherung der neuen deutschen Gebiete,

b) die Schaffung von Wohnungen und Erwerbsmöglichkeiten für die einwandernden Volksdeutschen.

Diesen Zielen muss die Evakuierungsaktion unbedingt entsprechen, grundsätzlich ohne Rücksicht auf alle Belange sonstiger Art.

2) Auf Grund einer Besprechung beim Generalgouverneur in Krakau erstreckt sich der Abtransport aus dem „Warthe-Gau“ für die Zeit vom 15.11.1939 bis 28.02.1940 auf zunächst 200.000 Polen und 100.000 Juden.

3) Als Unterbringungsraum für die von hier aus Abgeschobenen sind die Bereiche südlich Warschau und Lublin bestimmt.

4) Es sind im Rahmen dieser Erstaktion abzuschieben aus den Landkreisen alle Juden, außerdem aus den kleinsten Kreisen mindestens 2000 Polen, aus den größeren eine entsprechend höhere Zahl.

Die nachfolgenden kreisfreien Städte haben zur Abschiebung bereitzustellen:

Posen: etwa 35.000 Polen und alle Juden

Łódź: etwa 30.000 Polen und etwa 30.000 Juden

Gnesen: etwa 2300 Polen und alle Juden

Hohensalza: etwa 2300 Polen und alle Juden.

Die bei den kreisfreien Städten und Landkreisen für die Abschiebung von Polen und Juden in Aussicht genommenen Kontingente kommen innerhalb des unter Ziffer 2) genannten Zeitpunkts zum Abtransport. Mit den vorbereitenden Maßnahmen ist umgehend zu beginnen. Es muß dabei berücksichtigt werden, dass die Zahl der Abgeschobenen vorläufig größer ist als die Zahl der umzusiedelnden Volksdeutschen aus dem Baltikum, Generalgouvernement und Wolhynien. Die Säuberung und Sicherung des Bereiches ist mit allen Konsequenzen erst dann erreicht, wenn die geistig führende Schicht, die gesamte Intelligenz sowie alle politischen und kriminellen Elemente entfernt sind. Alle bewusst polnisch fühlenden Personen sind gleichfalls abzuschieben. Bei der Intelligenz braucht der Tatbestand der politischen oder deutschfeindlichen Betätigung nicht gegeben zu sein. Darüber hinaus muss der Gesichtspunkt der Schaffung von Wohn- und Arbeitsplätzen für die einwandernden Reichs- und Volksdeutschen in jeder Hinsicht berücksichtigt werden.

Quelle: Bundesarchiv Berlin, R 70 Polen/198, veröffentlicht in: J. Böhler, K.-M. Mallmann, J. Matthäus, *Einsatzgruppen in Polen*, Darmstadt 2008, S. 190f.

VORLÄUFIGKEIT

Die Entscheidung über die Bildung des GG verhüllte die wirklichen Absichten des Führers des Reiches gegenüber der polnischen Nation und seine Zukunftspläne. Sie war nur ein Zwischenstadium auf dem Weg der Verwirklichung weitgehender Pläne zur Umgestaltung des Ostteils des europäischen Kontinents gemäß dem Konzept der „Erweiterung des Lebensraums“ des deutschen Volkes. Spätere Pläne, wie sie nach dem deutschen Angriff auf

die Sowjetunion präzisiert ausgearbeitet wurden, gründeten auf Massenaussiedlungen fast der gesamten nichtdeutschen Bevölkerung nach Sibirien (Generalplan Ost). Hierfür mussten aber zunächst die Voraussetzungen in Gestalt eines vollständigen militärischen Sieges Deutschlands geschaffen werden. Das gesamte Gebiet sollte im Rahmen des „deutschen Lebensraums“ durch die Heranziehung deutscher Ansiedler anstelle von Polen, Juden und anderen Nationalitäten vollständig „eingedeutscht“ werden.

Unterdessen fehlte Deutschland das Personal, um die Verwaltungsstrukturen auf dem Gebiet des Generalgouvernements vollständig besetzen zu können. Daher wurde, teilweise unter Zwang, ein Teil des polnischen Verwaltungspersonals zur Ausführung der deutschen Befehle herangezogen. Eine neue Verwaltungsstruktur wurde gegründet. Die Basisebene der deutschen Zivilverwaltung wurden die Landräte; diese Funktionen wurden mit Deutschen besetzt, die oft aus dem Reichsgebiet herangezogen wurden. Die polnische territoriale Selbstverwaltung aus der Vorkriegszeit wurde schon im Juni 1940 praktisch beseitigt. Die Bürgermeister, Ortsvorsteher und Schultheißen wurden zu reinen Befehlsempfängern deutscher Beamten degradiert, die unter der strengen Aufsicht der Verwaltungsbehörden zu agieren hatten.

Nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR kam schnell das Gesamtgebiet Polens unter deutsche Besatzungsherrschaft. Hitler gliederte dem Generalgouvernement das ehemalige Ostgalizien mit der Hauptstadt Lwów (Lemberg) als neuen Distrikt des Generalgouvernements ein; dasselbe geschah mit der Region um Białystok (Bezirk Białystok). Den Rest der polnischen Ost- und Nordostgebiete verleibten die Deutschen den Reichskommissariaten Ukraine bzw. Ostland ein, wobei letzteres auch Weißrussland und die baltischen Länder umfasste. Dieser Zustand blieb bis 1944 bestehen.

Ab Januar 1944 drang die Rote Armee von Osten aus erneut in die Ostgebiete Polens ein. Obwohl Polen Teil der Antihitlerkoalition war, gliederten die Sowjets diese Territorien mit Gewalt in die Sowjetunion ein. Damit begann ein neuer Abschnitt der Versklavung.

IV



BESATZUNGSTERROR UND VÖLKERMORD

ALLTÄGLICHKEIT DES VERBRECHENS

Die größte Tragödie für die staatlichen Strukturen der Republik Polen nach der Niederlage im ungleichen Kampf gegen die Invasoren bestand darin, dass sie keine Möglichkeit mehr besaß, ihren dem Terror der beiden Besatzerstaaten unterworfenen Bürgern wirksam Sicherheit zu garantieren. Denn jedes Gebiet, das die totalitären Aggressoren sich einverleibt hatten, unterlag einer brutalen Terrorpolitik, die sich gegen praktisch alle Schichten und nationalen Gruppen der polnischen Gesellschaft richtete. Einen relativ geringen Anteil machten im Vergleich zu den großen Gebieten, die Deutschland und die UdSSR an sich gerissen hatten, die von der Slowakei besetzten Regionen aus. Denn der im März 1939 nach der Besetzung der Tschechoslowakei unter deutscher Protektion entstandene Slowakische Staat hatte als Anerkennung für seine Beteiligung an der deutschen Invasion von Hitler die Grenzregionen der polnischen Zips und Arwa erhalten. Dort realisierte die Slowakei ihre eigene zunächst antipolnische und später auch antijüdische Nationalitätenpolitik.

Die Rechte der Polen wurden schon in den ersten Tagen der Besatzung drastisch eingeschränkt und der skrupellosen Dominanz der deutschen Behörden unterworfen. Die Deutschen haben hingegen den jüdischen Staatsbürgern der Republik Polen jeglichen Rechtsschutz entzogen und sie damit ganz unten an der sozialen Leiter platziert. Ab Anfang an wurde die jüdische Bevölkerung durch die Deutschen erniedrigt. Gegen Individuen und Gruppen gerichtete Akten von

Verbrechen und Gewalt waren seit Kriegsanfang Bestandteil des alltäglichen Terrors, welcher auf der Allmacht des deutschen Besatzers beruhte und gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet war.

Von den ersten Wochen der Besatzung an waren die Deutschen mit besonderer Rücksichtslosigkeit bemüht, die Vertreter der polnischen Intelligenz auszuschalten. Es ging ihnen darum, die „polnische Führungsschicht“ zu beseitigen, um aus den Polen eine Nation ohne Eliten zu machen. Dabei scheuten sie auch vor offener Heimtücke nicht zurück: Die Professoren der Krakauer Hochschulen wurden z.B. direkt im Auditorium Maximum der Universität festgenommen und in Konzentrationslager deportiert, nachdem sie zuvor zu einem Vortrag eines Vertreters der deutschen Behörden geladen worden waren.

Im Frühjahr und Sommer 1940 nahmen die Deutschen in allen Distrikten des Generalgouvernements die *Außerordentliche Befriedungsaktion* (AB-Aktion) vor, welche gegen die polnische Gesellschaft gerichtet war. Sie hatte das Ziel, etwa 6500 Menschen festzunehmen, denen die Deutschen den Widerstand zutrauten sowie generell die Vertreter der polnischen Intelligenz eliten.

Schon seit Herbst 1939 hatten die Deutschen kollektive Morde und Massenerschießungen durchgeführt, zu deren Opfern gezielt ausgewählte Personen gehörten, die sich um den Staat verdient gemacht hatten, außerdem politisch Tätige, Wissenschaftler, Priester und Angehörige patriotischer Veteranenverbände. Einer der Orte, wo die Deutschen diese Massenmorde



▪ Terror in besetzten Gebieten. Hinrichtung von Polen durch Deutsche in Bochnia im Dezember 1939 (AIPN)

verübten, war die Ortschaft Palmiry bei Warschau. In den umliegenden Wäldern wurden etwa 1700 Menschen erschossen. Im ins Reich eingegliederten „Reichsgau Danzig-Westpreußen“ erlangten die Wälder von Piaśnica westlich von Gdynia traurige Berühmtheit als Ort von Massenhinrichtungen. Hier wurden in den Jahren 1939–1940 weit über 10.000 Polen umgebracht. Von Monat zu Monat kamen weitere Opfer von Einzel- oder Massenmorden hinzu.

Die Lebensbedingungen, die die Deutschen im besetzten Polen erzwangen, waren unvergleichlich viel schlechter als diejenigen, die in den späteren Kriegsjahren die vom Deutschen Reich eroberten Länder Westeuropas zu erdulden hatten. Es ist kennzeichnend, dass die französische Kollaborationsregierung gegenüber ihren Bürgern das Gewähren von Zugeständnissen an die Deutschen mit dem Argument zu rechtfertigen suchten, anderenfalls drohten „polnische Verhältnisse“.

Im besetzten Polen behandelten die Deutschen nicht alle Gruppen gleich schlecht. Sie sortierten die Bevölkerung nach eigenen rassischen Kriterien und verfolgten sie mit unterschiedlicher Intensität. Bestehende nationale Antagonismen wurden angestachelt, andere Gegensätze versuchten die Besatzer mit Hilfe barbarischer Bestimmungen ihres Pseudorechts zu schaffen.

Von allen nationalen Minderheiten des Vorkriegspolens suchten die Deutschen vor allem die Ukrainer mit Hilfe verschiedener Versprechungen für sich zu gewinnen. Allerdings blieben ihre Konzessionen immer weit hinter den Erwartungen der ukrainischen Nationalisten zurück.

„DIE HERRENRASSE“

Privilegiert waren auf den von Deutschland besetzten Gebieten nicht die Angehörige der herrschenden Partei (wie in den von der Sowjetunion okkupierten Regionen). Die deutsche Propaganda stellte die Parole der Deutschen vorbehaltenen Mitgliedschaft in der NSDAP nicht so sehr in den Vordergrund, wie vielmehr die vermeintliche Höherwertigkeit der Angehörigen der deutschen Nation.

Die deutschen Besatzungsbehörden sorgten für eine entsprechende Bevorzugung der Deutschen. Das galt sowohl für diejenigen, die im Vorkriegspolen als nationale Minderheit gelebt hatten, als auch für diejenigen Verwaltungskräfte, die mitsamt ihren Familien aus dem Reich geholt wurden. Alle wurden zum „Herrenvolk“ erklärt.

Im Generalgouvernement gab es spezielle Stadtviertel, Parks, Cafés und Verkehrsmittel *Nur für Deutsche*, die diese Aufschrift ostentativ trugen. In den Städten des GG diente

8

8



▪ Straßenbahn mit einem Schild „Nur für deutsche Fahrgäste“ im besetzten Krakau 1941 (NAC)

der bequemere Triebwagen für Deutsche reserviert, im Anhänger dagegen drängten sich die übrigen Reisenden. Die Rechtsvorschriften des GG behandelten „Deutschtum“ und die Deutschen als besonderen Status mit außergewöhnlichen Privilegien. (Ein charakteristisches Detail illustriert die Richtung des deutschen Vorgehens: verschiedene deutsche Rechtsakte mussten zwangsläufig ins Polnische übersetzt werden. Im Polnischen gibt es die Regel, dass alle Nationalitätenbezeichnungen mit Großbuchstaben zu schreiben sind, gewöhnliche Adjektive aber mit kleinen. In den Übersetzungen deutscher Verfügungen ins Polnische dagegen wurden sämtliche Wörter, die die Wurzel „deutsch“ enthielten, automatisch groß geschrieben, selbst wenn es nur um abgeleitete Adjektive ging; dagegen wurde das Wort „Pole“ sogar als substantivische Nationalitätsbezeichnung manchmal klein geschrieben). Verschiedene Anordnungen legten fest, dass Polen und Juden vor Deutschen den Bürgersteig freizumachen und vor ihnen die Kopfbedeckung abzunehmen hätten. Diese vermeintlich nichtigen Elemente des Alltags waren Absicht: sie zielten darauf, die nichtdeutsche Bevölkerung zusätzlich zu erniedrigen und in den Deutschen die Überzeugung zu festigen, dass sie durch die Siege Hitlers tatsächlich zu einer bevorzugten „Herrenrasse“ geworden seien.

BEFRIEDUNGEN UND HINRICHTUNGEN

Schon am 31. Oktober 1939 erließ Generalgouverneur Hans Frank eine Verordnung, die allen nichtdeutschen Bewohnern des GG mit der Todesstrafe für jede erdenkliche Handlung drohte, die als gegen Deutsche oder die deutschen Behörden gerichtet angesehen wurden. Das galt zum Beispiel für jede Form von Ungehorsam gegenüber Anordnungen der deutschen Behörden und für unangemessenes Verhalten gegenüber Deutschen, ihrem Vermögen oder gegen „Arbeitsmittel“ der deutschen Behörden. Auch schon der Aufruf zu solchem Ungehorsam war mit dem Tode bedroht, selbst wenn es um die drakonischsten Verfügungen der Besatzungsbehörden ging. Dieselbe Strafe drohte auch denjenigen, die von solchem geplanten Ungehorsam Kenntnis erhielten, ihn aber nicht meldeten.

Die Todesstrafe für verschiedene Vergehen von „Nichtdeutschen“ wurde auch in anderen Rechtsakten des GG angedroht, etwa in der Verordnung von Hans Frank vom 2. Oktober 1943 „Über die Bekämpfung von Anschlägen auf das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement“. Solche Verordnungen dienten praktisch dazu, eine Atmosphäre der Straflosigkeit für Verbrechen zu schaffen, die Deutsche gegenüber polnischen Bürgern in den besetzten Gebieten verübten.



- Hinrichtung von Polen in Leszno am 21. Oktober 1939 – Tötung der Verwundeten (AIPN)

Deshalb wendeten die Deutschen in polnischen Dörfern und Kleinstädten systematisch das Prinzip der Kollektivhaftung an. Oft wurden Unschuldige schlicht zur Einschüchterung ermordet. Insgesamt führten die Deutschen mehrere tausend Befriedungsaktionen durch, in deren Verlauf sie auch wehrlose Anwohner ermordeten, die keinerlei Widerstand geleistet hatten. Viele wurden nur deshalb umgebracht, weil sie Polen waren. Hunderte Dörfer im Generalgouvernement wurden niedergebrannt, über siebzig wurden vollständig zerstört. Was in Tschechien (die Ermordung der Einwohner von Lidice) oder in Frankreich (die Zerstörung von Oradour-sur-Glane) gelegentlich vorkam, war in Polen ein häufig angewandtes Mittel des deutschen Terrors. So ermordeten die Deutschen in Michniów in der Region Kielce über 200 Einwohner, darunter 48 Kinder, in der Ortschaft Krasowo-Częstki im Nordosten Polens 250, darunter 97 Kinder, in Szczecyn in der Region Lublin 368, darunter 71 Kinder, in Skłoby über 260 Menschen. Es können wesentlich mehr Beispiele solch eines Verhaltens genannt werden. Während hunderten von derartigen Pazifizierungsaktionen, die in polnischen Dörfern durchgeführt wurden, ermordeten die Deutschen zigtausende von Menschen. Viele der Opfer waren Kinder. In aller Regel endeten solche Aktionen damit, dass die betroffenen Dörfer niedergebrannt wurden.

Oft griffen die Deutschen im Zuge der Kollektivhaftung auch zum Mittel der Erschießung von Geiseln oder zufällig ausgewählten Gefangenen. In vielen Städten und Ortschaften wurden öffentliche Hinrichtungen veranstaltet, bei denen die Opfer erhängt oder erschossen wurden. Überall auf den polnischen Straßen hingen die sogenannten Todesplakate,

also Listen erschossener Gefangener und Geiseln. Ziel war, die ganze Gesellschaft in Todesangst zu versetzen und jeden Widerstand zu ersticken.

Gleichzeitig mit ihren größten militärischen Triumphen begannen die Deutschen, Pläne zu verwirklichen, die die völlige Beseitigung der nichtdeutschen Bevölkerung in ganzen Landstrichen vorsahen. Als Experimentierfeld wurde die Gegend um die Stadt Zamość südlich von Lublin gewählt. Hier wurde die polnische Bevölkerung kollektiv vertrieben, um Platz für herangeführte deutsche Ansiedler zu schaffen.

GHETTOS

Kaum war Polen besetzt, dehnten die Behörden des Reichs ihre antijüdische Gesetzgebung auf die außerdeutschen Gebiete aus und führten für die jüdischen Bürger neue Beschränkungen ein. Auch wenn in den ersten zwei Jahren der Besatzung von der vollständigen physischen Vernichtung der jüdischen Gesellschaft noch keine Rede war, gehörten zum deutschen Vorgehen doch schon ab September 1939 – neben den Verbrechen gegen die polnischen staatlichen und kommunalen Eliten – Grausamkeiten gegen die jüdische Bevölkerung und Morde an Juden. Mit solchen Handlungen begannen schon die nach Polen eindringenden Einheiten der Wehrmacht; ihnen folgten auf dem Fuße die Einsatzgruppen, die systematisch Juden ermordeten. Auch wer zunächst überlebte, war vielfältigen Erniedrigungen im Alltag ausgesetzt.

Die deutsche Politik gegenüber den jüdischen Bürgern Polens lief darauf hinaus, sie jeden Rechtsschutzes zu berauben und sie für vogelfrei zu erklären. Als Juden galten dabei sowohl Polen jüdischen Bekenntnisses als auch Polen anderer Religionszugehörigkeit mit jüdischen Vorfahren. Dies entsprach den sogenannten Nürnberger Rassegesetzen. Schnell wurden besondere Stadtviertel (jüdische Wohnbezirke) geschaffen, in welche die ganze jüdische Bevölkerung – gemäß den deutschen Kriterien – zusammengepfercht wurde. Nach und nach wurden viele von ihnen ummauert und abgesperrt. Für Juden galt ein absolutes Verbot, das Ghetto ohne Sondererlaubnis zu verlassen; für Verstöße drohte die Todesstrafe. Nichtjüdischen Polen wurde der Zutritt zu den Ghettos verboten.

Das erste Ghetto in Polen schufen die Deutschen schon im Oktober 1939. Das größte entstand mit einer knappen halben Million Einwohnern in Warschau. Entlang der festgelegten Grenze wurde eine Mauer errichtet. Schon im November 1940 schlossen die Deutschen die Grenze zum Warschauer Ghetto.



- Eine Straße im von den Deutschen eingerichteten Warschauer Ghetto (Żydowski Instytut Historyczny)

Im Rahmen der Lebensmittelrationierung waren die Zuteilungen für Polen, die als Menschen zweiter Klasse galten, um ein Mehrfaches niedriger als die für Deutsche. Die jüdischen „Rationen“ lagen noch darunter und betrugen nur acht Prozent derjenigen für Deutsche. Die Schaffung extrem schwieriger Lebensbedingungen in den Ghettos war eine Vorstufe zur späteren physischen Vernichtung der jüdischen Bevölkerung.

Als Hilfsbehörden für den Umgang mit der jüdischen Bevölkerung – auch derjenigen, die schon in die Ghettos gesperrt war – schufen die Deutschen sogenannte Judenräte. Sie waren gegenüber den Deutschen verantwortlich und erhielten Befehle auch von Funktionären der SS und der deutschen Polizei.

TODESSTRAFE FÜR HILFE

Nur ein kleiner Teil der jüdischen Bevölkerung versuchte, außerhalb der Ghettos zu überleben. Unter ihnen waren auch Juden, die aus den Ghettos geflohen waren. Das Überleben außerhalb der Ghettos war deswegen schwierig, weil Polen flächendeckend dem rücksichtslosen Terror der Besatzer ausgesetzt war. Nur ein Teil der Flüchtlinge überlebte – in der Regel

war dies nur dank der Hilfe von Seiten der nichtjüdischen Bevölkerung möglich, die außerhalb der Ghettos lebte. Die Deutschen, denen solche Fälle bekannt wurden, führten die obligatorische Todesstrafe für jede Art der Hilfe für sich versteckende Juden ein. Schon am 15. Oktober 1941 erließ der Generalgouverneur eine formale Verordnung, wonach nicht nur sich versteckende Juden selbst, sondern auch jeder, der sie in irgendeiner Form unterstützte, mit der Todesstrafe bedroht wurde. Diese Anordnung wurde in den einzelnen Distrikten des Generalgouvernements vielfach wiederholt. Der Tod drohte nichtjüdischen Polen nicht nur für das Verstecken von Juden, sondern auch für das vorübergehende Gewähren von Nachtlager, die Über-



▪ Die Familie von Wiktoria und Józef Ulm aus dem Dorf Markowa. Im Jahre 1944 wurde von den Deutschen entdeckt, dass sie zwei jüdische Familien versteckten. Die Familie Ulm einschließlich sieben Kinder sowie die von denen versteckten Juden wurden von den Deutschen ermordet (Foto: aus der Sammlung von Mateusz Szpytma)

lassung von Lebensmitteln, den Transport von Ort zu Ort und sogar dafür, dass Juden irgendetwas aus ihrem Besitz abgekauft oder ihnen etwas verkauft wurde. Oft galten als „schuldig“ im Sinne dieser Verordnung nicht nur die Wohnungseigentümer, sondern alle Hausbewohner, sogar Nachbarn, die davon erfahren hatten. Nach Schätzungen sind über 1000 Polen für Hilfe an Juden getötet worden. Stellvertretend sei die Familie von Józef und Wiktoria Ulm aus dem südostpolnischen Dorf Markowa erwähnt, die einschließlich aller ihrer Kinder dafür ermordet wurde, dass sie zwei jüdischen Familien geholfen und sie – im Sinne der deutschen Vorschriften – illegal auf ihrem Dachboden untergebracht hatten. Im Versteck aufgefundene Juden erschossen die Deutschen in der Regel an Ort und Stelle.

Ähnliche Verbrechen beging vielerorts auch ein Teil der im deutschen Auftrag dienenden „blauen“ polnischen Polizisten sowie Angehörige der Ukrainischen Freiwilligen Hilfspolizei.

Text einer der deutschen Verordnungen über die Androhung der Todesstrafe für jede Art von Hilfe für die jüdische Bevölkerung:

BEKANNTMACHUNG

Betr.: Todesstrafe für Unterstützung von Juden, die die jüdischen Wohnbezirke unbefugt verlassen haben.

In der letzten Zeit haben sich zahlreiche Juden aus den ihnen zugewiesenen jüdischen Wohnbezirken unbefugt entfernt. Sie halten sich z. Zt. noch im Distrikt Warschau auf.

Ich weise darauf hin, dass durch die Dritte Verordnung des Generalgouverneurs über Aufenthaltsbeschränkung im Generalgouvernement vom 15.10.1941 (Vbl. GG. S. 595) nicht nur die Juden, die in dieser Weise unbefugt den ihnen zugewiesenen Wohnbezirk verlassen haben, mit dem Tode bestraft werden, sondern dass die gleiche Strafe jeden trifft, der solchen Juden wissentlich Unterschlupf gewährt. Dazu gehört nicht nur die Gewährung von Nachtlager und Verpflegung, sondern auch jede anderweitige Unterstützung, z. B. durch Mitnahme in Fahrzeugen aller Art, durch Ankauf jüdischer Sachwerte usw.

Ich richte hiermit an die Bevölkerung des Distrikts Warschau die Aufforderung, jeden Juden, der sich unbefugt ausserhalb eines jüdischen Wohnbezirks aufhält, sofort dem nächsten Polizeirevier oder Gendarmerieposten zu melden.

Wer einem Juden Unterstützung hat zuteil werden lassen oder z. Zt. noch zuteil werden lässt, hiervon aber bis zum 9.9.42, 16 Uhr, der nächsten polizeilichen Dienststelle Mitteilung macht, wird STRAFRECHTLICH NICHT VERFOLGT WERDEN.

In der gleichen Weise wird gegen denjenigen von einer Strafverfolgung Abstand genommen, der die von einem Juden erworbenen Sachwerte bis zum 9.9.42, 16 Uhr, in Warschau, Niskastr. 20, abliefern oder bei dem nächsten Polizeirevier bzw. Gendarmerieposten Meldung erstattet.

Der SS- und Polizeiführer
im Distrikt Warschau

Warschau, den 5. September 1942

Quelle: M. Edelman, *Getto walczy [Das Ghetto kämpft]*, Lublin 1993, S. 36.

BEKANNTMACHUNG

Betr.: Todesstrafe für Unterstützung von Juden, die die jüdischen Wohnbezirke unbefugt verlassen haben.

In der letzten Zeit haben sich zahlreiche Juden aus den ihnen zugewiesenen jüdischen Wohnbezirken unbefugt entfernt. Sie haben sich z. B. noch im Distrikt Warschau auf.

Ich weise darauf hin, dass durch die Dritte Verordnung des Generalgouverneurs über Aufenthaltsbeschränkung im Generalgouvernement vom 15.10.1941 (VH. GG. S. 585) nicht nur die Juden, die in dieser Weise unbefugt den ihnen zugewiesenen Wohnbezirk verlassen haben, mit dem Tode bestraft werden, sondern dass die gleiche Strafe jeden mitl, der solchen Juden wissenschaftliche Unterstützung gewährt. Dazu gehört nicht nur die Gewährung von Nachläger und Verpflegung, sondern auch jede anderweitige Unterstützung, z. B. durch Mitnahme in Fahrzeuge oder Art, durch Ankauf jüdischer Sachwerte usw.

Ich richte Mermi an die Bevölkerung des Distrikts Warschau die Aufforderung, jeden Juden, der sich unbefugt ausserhalb eines jüdischen Wohnbezirks aufhält, sofort dem nächsten Polizeivier oder Gendarmerieposten zu melden.

Wer einem Juden Unterstützung hat zuteil werden lassen oder z. B. noch zuteil werden lässt, hiervon aber bis zum 9.9.42, 16 Uhr, der nächsten polizeilichen Dienststelle Mitteilung macht, wird **STRAFRECHTLICH NICHT VERFOLGT** WERDEN.

In der gleichen Weise wird gegen denjenigen von einer Strafverfolgung Abstand genommen, der die von einem Juden erworbenen Sachwerte bis zum 9.9.42, 16 Uhr, in Warschau, Plock, 20, ablässt oder bei dem nächsten Polizeivier bzw. Gendarmerieposten Meldung erstattet.

Warschau, den 5. September 1942.

**Der $\#$ - und Polizeiführer
im Distrikt Warschau.**

OBWIESZCZENIE

Dotyczy kary śmierci za wspieranie żydów, którzy przekroczyli bez uprawnienia granic dzielnic żydowskiej.

W ostatnim czasie wielkie ilości żydów wyjechały z ich terenów przełamując granice dzielnic żydowskiej. Ci zostali nie dopięt w obrębie warszawskiej.

Przypominam, że zgodnie z trzecią rozporządzeniem Generalnego Gubernatora z dnia 15.10.1941 (VH. GG. S. 585) przewidziane, że nie tylko żydzi zostają skazani na śmierć za przekroczenie granicy dzielnic żydowskiej, ale każdy, kto w jakikolwiek sposób dopomaga im w ukrywaniu się. Znacząco, że nie pomoc udzieloną żydom, ale przede wszystkim ich i wyżywienie, ale również prowadzenie ich i jakikolwiek środków lekarskich, kopowanie od nich rzeczy wartościowe, i t. p.

Zwracam się do ludności okręgu warszawskiego z wezwaniem, aby każdego żyda, który bez uprawnienia przekroczył granic dzielnic żydowskiej, niezwłocznie zgłosić w najbliższym posterunku policyjnym występującemu.

Kto udzieli pomocy żydom albo jeszcze dopomaga, a do dnia 9.9.1942 r. poda 16-te numerów w najbliższym posterunku policji lub kradmie, nie podlega odpowiedzialności karnej.

Straszy się podlega odpowiedzialności karnej ten, kto do dnia 9.9.1942 r., godz. 16-tej, odda rzeczy zdobyte od żydów pod adresem Warszewo, Niek 20 albo zwróciła o tym najbliższym posterunku policji wgl. znakomym.

Warschau, dnia 5 września 1942 r.

**Kierownik $\#$ - i Policji
na Okręgu Warszawskiego**

- Eine von mehreren Tausend Bekanntmachungen, die von den Deutschen in polnischen Gebieten verbreitet wurden, mit Information über die Todesstrafe für jegliche Art von Hilfe für jüdische Bevölkerung

DIE ALLGEGENWART DER ANGST

Die Androhung der Todesstrafe führte dazu, dass die meisten Leute sich fürchteten, Juden zu helfen, die das Überleben außerhalb der Ghettos versuchten. Jeder Reflex des Mitgefühls, der durch die strengen Vorschriften des deutschen Rechts so drastisch bedroht war, wurde zum Akt des Heldentums. Gleichzeitig gab es auch solche Menschen, die sich den Anordnungen der Besatzer, über solche Fälle zu informieren, beugten. Oft geschah dies aus Angst, für das Unterlassen einer Meldung zur Verantwortung gezogen zu werden (einschließlich dem nächsten Umfeld). Manchmal reichte ein deutscher Spitzel im Dorf, um eine ganze lokale Gemeinschaft durch die Angst vor kollektiven Vergeltungsmaßnahmen zu lähmen. Die Bedingungen des Kampfes um das eigene Überleben, unter die das Besatzungsregime alle Bewohner Polens setzte, begünstigten auch Haltungen der Gleichgültigkeit gegenüber dem Schicksal anderer. Es gab auch Menschen, die gezielt versteckte Juden suchten, weil die Deutschen dafür Belohnungen und Privilegien anboten und sie diese Gratifikationen erhalten wollten – auch um den Preis von Menschenleben. In den Städten entstand die asoziale Gruppe der sogenannten „szmalcowniki“ (Erpresser), die versteckte Juden oder Polen, die sie versteckten, mit der Drohung, sie zu denunzieren, erpressten.

Ähnliche Phänomene betrafen auch einen Teil der jüdischen Bevölkerung, die in die Ghettos eingesperrt war. Im täglichen Überlebenskampf, in einer Atmosphäre, in der der Tod an jeder Hausecke drohte, kam es auch hier zu Erscheinungsformen der Gleichgültigkeit gegen das Schicksal anderer aus Sorge um das eigene Überleben. Auch in den Ghettos gab es Gruppen von Menschen, die im Interesse von Privilegien und materiellen Vorteilen Glaubensgenossen dem sicheren Tod auslieferten. Auch dort verbreiteten inoffizielle Mitarbeiter, die die Gestapo unter der Bevölkerung angeworben hatte, die allgemeine Angstpsychose. Manche von diesen Personen nutzten die Deutschen auch außerhalb der Ghettos, um gegen Reflexe der Unterstützung für untergetauchte Juden vorzugehen.

All dies war vor allem die Konsequenz der unmenschlichen Vorschriften, die das Deutsche Reich geschaffen hatte und durchsetzte und hierdurch „rechtlich“ und real Verbrecher prämierte, während es elementare menschliche Regung mit dem Tode strafte.

Das Ausmaß der Verbrechen, die das Reich nicht nur selbst beging, sondern in die es auch die mit ihm kollaborierenden Staaten hineinzog, beweist ein weiteres Mal, wie richtig die Entscheidung Polens war, konsequent gegen Hitlers Staat zu kämpfen. Trotz riesiger Opfer

und Verluste hat sich die Republik Polen nie mit irgendeiner Form der Zusammenarbeit mit den Deutschen befleckt.

Daher galten einzelne Bürger Polens, die eventuell auf individueller Grundlage mit dem Besatzungsregime gegen die Zivilbevölkerung und die Strukturen des polnischen Untergrundstaates zusammenarbeiteten, als Vaterlandsverräter. Für solchen Verrat verhängte der Untergrundstaat auch Todesurteile. Soweit möglich, führte die konspirative polnische Justiz Prozesse durch, und der bewaffnete Untergrund vollstreckte diese Urteile gegenüber sowohl uniformierten Beamten der Besatzer als auch zivilen Spitzeln, Erpressern und sonstigen Verrätern. Leuten dieses Schlages drohten die Behörden des Untergrundstaats durch Erklärungen, die in der konspirativen Presse veröffentlicht wurden, generell strenge Strafen nach einem künftigen Sturz der deutschen Besatzung an.

Es muss an dieser Stelle erwähnt werden, dass die deutschen Behörden nirgends im besetzten Europa so drakonische Strafen für das Verstecken von Juden oder ihre Unterstützung in irgendeiner Form androhten, als in Polen, Serbien und den besetzten Teilen der Sowjetunion.

DIE „BLAUEN“ POLIZISTEN

Dass Polen jeden Gedanken an eine Kapitulation gegenüber oder eine Kollaboration mit den Deutschen ablehnte, hatte auch andere Konsequenzen. Polen übergab keinen seiner Polizeiapparate zur Zusammenarbeit mit den Besatzern. Deutschland hatte also in den eroberten polnischen Gebieten keine zur Kollaboration bereite staatliche Struktur zur Verfügung, die über einen eigenen Polizeiapparat verfügt hätte – anders als etwa in Frankreich oder sogar im Protektorat Böhmen und Mähren. Dort wurde die Kontinuität der Vorkriegspolizei aufrechterhalten, die gemeinsam mit der ganzen staatlichen Struktur unter den neuen Bedingungen im Dienste der Besatzer und auch zur Realisierung von deren Zielen weiterarbeitete. In Frankreich erhielten die Polizisten des Vichy-Regimes ihre Befehle von ihren bisherigen Vorgesetzten, über denen der Chef ihres eigenen dem deutschen Sieger untergeordneten Staates stand. Die französischen Polizisten, die an der Oberfläche weiterhin ihrem eigenen Staat dienten, wurden so mit der Zeit mit Zustimmung ihrer eigenen Führer auch zu Mitwirkenden an der deutschen Politik gegenüber der jüdischen Bevölkerung.

Im Generalgouvernement war es anders. Da den Deutschen kein Polizeiapparat zur Verfügung stand, der im Namen der Republik Polen dienen würde, gründeten sie, auf Basis eigener

Verordnungen, eine neue Polizei im GG, wozu sie die Bürger des unterworfenen Staats nutzten. Hans Frank gründete somit die sog. Polnische Polizei im Generalgouvernement. Diese hatte aber mit dem polnischen Staat nichts gemeinsam. Deutschland schuf diese Truppe als organisatorische Untereinheit der deutschen Ordnungspolizei. Sie bestand zum Großteil aus Bürgern des unterworfenen Staates, polnischen Polizisten der Vorkriegszeit, die unter Androhung strengster Strafen gezwungen wurden, der von den Deutschen geschaffenen Formation beizutreten. Das Reich schuf diese Formation für lokale Zwecke, ohne einer eigenen vertikalen zentralisierten Hierarchie, und sie war den Besatzungsbehörden sowie den lokalen Formationen der deutschen Gendarmerie vollkommen untergeordnet. Zwar nutzten die Deutschen zur Uniformierung ihrer „Polnischen Polizei“ dunkelblaue Uniformvorräte der Vorkriegszeit, aber die Angehörigen dieser Polizei trugen keinerlei staatliche Hoheitszeichen auf der Uniform.

IM DEUTSCHEN DIENST

Die Deutschen benutzten die Polizisten, die sich ihren Anordnungen unterordneten, in erster Linie zu Ordnungs- und Hilfsaufgaben. Die meisten Beamten nahmen diesen Dienst als eine Form des Zwangs wahr, was aber natürlich den Umfang ihrer Ausnutzung durch die Besatzer nicht vermindert. Ein Teil der „blauen“ Beamten versuchte nur zu überleben und beschränkte sich – soweit das möglich war – auf Aktivitäten, die einem normalen Polizeidienst ähnelten (Bekämpfung der gewöhnlichen Kriminalität). Ein Teil von ihnen arbeitete insgeheim gegen die Deutschen und nahm Verbindung zum auf die Unabhängigkeit orientierten Untergrund auf – was aber natürlich im Verborgenen geschehen musste. Am sichtbarsten wurden jedoch die Haltungen von Verrätern, die durch übergroße Dienstbereitschaft und Übereifer bei der Erfüllung deutscher Aufträge versuchten, sich eine Beförderung oder eine Karriere im Dienste der Besatzer zu verschaffen. Nicht selten gehörte dazu auch die Beteiligung an verbrecherischen Handlungen gegen die eigenen jüdischen und polnischen Mitbürger. Deshalb drohte der Untergrundstaat auch ihnen in gedruckten Mitteilungen mit strenger Bestrafung. Vollstreckt wurden diese Strafen laufend während der ganzen Besatzungszeit. Viele eifrige Mitarbeiter der Deutschen aus dieser Formation wurden aufgrund von Urteilen der geheimen Gerichte des Polnischen Untergrundstaates erschossen. Für die Zeit nach Kriegsende war eine rücksichtslose Abrechnung angekündigt.

Aus all diesen Gründen hatte die polnische Gesellschaft in ihrer Mehrheit eine negative Einstellung zu diesem Apparat. Zur Unterscheidung von der Vorkriegspolizei, die dem

unabhängigen polnischen Staat diente und die Sicherheit der Bevölkerung schützte, nannte man diese Polizisten die „blauen“. Das Wort vom „blauen Polizisten“ bekam im Sprachgebrauch schnell eine pejorative Bedeutung als Synonym von Dienstleister gegenüber den Besatzern. Der Untergrundstaat vollstreckte auch Todesurteile gegenüber den „blauen Polizisten“ für deren eifrigen Dienst zugunsten des Dritten Reichs.

In den Ghettos richteten die Deutschen für ihre eigenen Bedürfnisse als Hilfspolizei einen Jüdischen Ordnungsdienst ein. Abgekürzt wurden seine Anhänger die „OD-Männer“ genannt. Auch er sollte theoretisch Hilfsaufgaben wahrnehmen und die allgemeine Kriminalität bekämpfen; unter den realen Bedingungen der Ghettos wurde die Formation jedoch schnell zu einer verhassten Truppe von Gehilfen der Deutschen gegen andere Juden. Nur ein Teil der Beamten versuchte, Verfügungen der Besatzer zu sabotieren. Diejenigen, die den Deutschen eifrig zu Willen waren, wurden ebenso zu Zielen von Liquidationsaktionen von Seiten der jüdischen Untergrundorganisationen.

Der dienstleistungsfähige Teil beider dieser vom Deutschen Reich geschaffenen Formationen beteiligte sich auch an Besatzungsverbrechen und verfolgte Juden, die sich illegal außerhalb der Ghettos aufhielten, sowie auch Soldaten des polnischen Untergrunds. Daher galt das Verhalten vieler „blauer“ Polizisten und OD-Männer in der christlichen und jüdischen Bevölkerung Polens als Ausdruck von Verrat am eigenen Staat und an der Nation.

Zu verbrecherischen Tätigkeiten auf dem Gebiet des Generalgouvernements zogen die Deutschen auch die „Ukrainische Polizei“ heran. Diese setzte sich im Unterschied zur „blauen“ Polizei aus Freiwilligen zusammen. Die Ukrainer waren eine nationale Minderheit, die die Deutschen – auch als Freiwillige – in die „blaue“ Polizei aufnahmen, obwohl diese Bewerber in der Regel keine Erfahrung als Polizisten hatten. Ab 1941 wurden auch polnische Freiwillige in die „blaue“ Polizei rekrutiert. In der Regel dienten diese neuen Polizisten den Besatzern eifrig.

Als Deutschland 1941 Teile der Sowjetunion besetzte, kam es in hunderten von Kleinstädten und Ortschaften zu Grausamkeiten und Verbrechen vor allem an der jüdischen Bevölkerung. Deutsche Einsatzgruppen vollzogen Massenhinrichtungen von Juden oder inspirierten Akte von antijüdischer Selbstjustiz von Seiten der Zivilbevölkerung. Hintergrund solcher Aktivitäten war die vorherige Betätigung einiger Juden im Rahmen der bolschewistischen Staatsmacht. Oft aber handelte es sich einzig um einen Vorwand, um gegenüber ganzen jüdischen Gemeinschaften den Grundsatz der Kollektivhaftung anzuwenden. In manchen Ortschaften nahmen auch Polen an solchen Verbrechen teil. Antijüdische Aktivitäten wurden

in den deutsch besetzten Gebieten von den Deutschen ermutigt und unterstützt; die Täter entgingen nicht nur der Verfolgung, sondern genossen die Protektion der Wehrmacht und anderer Dienste und Behörden des Reiches. Dies hat zur Entstehung eines Gefühls von Straflosigkeit bei denjenigen beigetragen, die an den Verbrechen beteiligt waren. Zu solch einem Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung kam es in der Kleinstadt Jedwabne, die die Deutschen in den ersten Tagen ihres Angriffs auf die Sowjetunion im Jahre 1941 eingenommen hatten.

Von Seiten des Deutschen Reiches waren solche verbrecherischen Haltungen erwünscht. Gleichzeitig widersprachen sie auf das Schärfste den Pflichten der Bürger gegenüber der Republik Polen, welche Bestandteil des Alliiertenlagers war und den Kampf gegen die Deutschen fortsetzte.

„DIE ENDLÖSUNG“

1941 waren die Deutschen siegestrunken. Der im Juni dieses Jahres begonnene Angriff auf die UdSSR verschaffte ihnen die Herrschaft über riesige Räume im Ostteil Europas. Auch wenn ihre Offensive auf Moskau im Dezember 1941 gestoppt und zurückgeworfen wurde, waren sie doch überzeugt, dass sie letztlich siegen würden. Im Zusammenhang hiermit



- Haupttor des deutschen Vernichtungslagers KL Auschwitz (AIPN)



- In KL Auschwitz und Auschwitz II (Birkenau) wurden von den Deutschen Juden aus ganz Europa ermordet. Auf dem Foto: ungarische Juden, die in das Lager gebracht wurden, Mai 1944 (Yad Vashem)

gingen sie die Verwirklichung längerfristiger ideologischer Konzepte an. Sie waren überzeugt davon, dass sie als Sieger eine neue Weltordnung gestalten würden.

Im Laufe der Zeit entschieden die Deutschen, die jüdische Bevölkerung Europas zu vernichten. 1942 wurden technische Regelungen getroffen, und man begann mit dem Völkermord in großem Maßstab. In Polen lebten insgesamt 3 Millionen jüdische oder von Juden abstammende polnische Bürger. Vor allem aus logistischen Gründen machte Hitler Polen zum Zentrum der deutschen Operation, die gesamte jüdische Bevölkerung auszurotten. Schon auf der Regierungssitzung des Generalgouvernements vom 16. Dezember 1941 sagte der deutsche Generalgouverneur Hans Frank völlig offen: „Die Juden sind auch für uns außergewöhnlich schädliche Fresser. Wir haben im Generalgouvernement schätzungsweise 2,5 Millionen, vielleicht mit den jüdisch Versippten und dem, was alles daran hängt, jetzt 3,5 Millionen Juden. Diese 3,5 Millionen Juden können wir nicht erschießen, wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen“.

DIE OPFER DER DEUTSCHEN KONZENTRATIONS- UND VERNICHTUNGS- LAGER KL AUSCHWITZ UND KL AUSCHWITZ II (BIRKENAU)



Die Deportierten nach KL Auschwitz und KL Auschwitz II (Birkenau) in den Jahren 1940–1945:

Nationalität / Kategorie	Anzahl
Juden	1,1 Mio.
Polen	140 – 150 Tsd.
Roma und Sinti	23 Tsd.
Sowjetische Gefangene	15 Tsd.
sonstige	25 Tsd.
Insgesamt	~ 1,3 Mio.

Die Ermordeten in KL Auschwitz und KL Auschwitz II (Birkenau) in den Jahren 1940–1945:

Nationalität / Kategorie	Anzahl
Juden	1 Mio.
Polen	70 – 75 Tsd.
Roma und Sinti	21 Tsd.
Sowjetische Gefangene	15 Tsd.
sonstige	10 – 15 Tsd.
Insgesamt	~ 1,1 Mio.

Quellennachweis: <http://www.auschwitz.org/historia/liczba-ofiar/deportowani-wg-narodowosci>
<http://www.auschwitz.org/historia/liczba-ofiar/liczba-zamordowanych>



- Deutsche Soldaten vertreiben jüdische Einwohner aus einem Gebäude bei der Liquidierung des Ghettos in Warschau, 1943 (AIPN)

Der Holocaust war keine Ansammlung spontaner Morde von Seiten einzelner Verbrecher. Er war ein Großprojekt des deutschen Staates. Ohne das Engagement des gesamten Staatsapparats des Deutschen Reiches, ohne die Heranziehung von Militär und Polizei, ohne den Erlass verbrecherischer Gesetze hätte Hitler niemals einen solchen Grad an verbrecherischer und völkermörderischer Effizienz erreicht.



Im besetzten Polen wurde ein Netz deutscher Konzentrationslager nach dem Vorbild derer aufgebaut, die im Innern des Reiches bereits seit den dreißiger Jahren bestanden. Das größte Symbol des in Polen verübten Völkermordes ist bis heute das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. Es wurde 1940 zunächst für polnische politische Gefangene geschaffen, und Polen stellten in der ersten Phase der Lagergeschichte auch die Mehrheit der Inhaftierten dar. Später bauten die Deutschen dann in der Nähe das eigentliche Vernichtungslager Auschwitz II – Birkenau. Mit der Zeit wurden hierhin Juden aus dem gesamten besetzten Europa transportiert, und ab 1942 wurde der ganze Lagerkomplex in einen Ort der massenhaften Vernichtung der jüdischen Bevölkerung verwandelt.

DIE WICHTIGSTEN DEUTSCHEN KONZENTRATIONS-
UND VERNICHTUNGSLAGER IN DEN GRENZEN
DES SOG. GROSSDEUTSCHLANDS
IN DEN JAHREN 1941–1944

GEGENWÄRTIGE GRENZEN
DEUTSCHLANDS UND DER NACHBAR-
STAATEN AUF DEM HINTERGRUND
DES „GROSSDEUTSCHLANDS“
AUS DEN JAHREN 1941–1944





-  Deutsche Konzentrationslager
Jahr der Errichtung
-  Deutsche Vernichtungslager
Jahr der Errichtung



- Aufständische aus dem Warschauer Ghetto, von Deutschen gefangen genommen (AIPN)

Die Führung des Deutschen Reiches hatte einen Plan der sogenannten Endlösung der Judenfrage vorbereitet. Unter dieser Formulierung verbarg sich die Entscheidung, Millionen jüdischer Menschen und solcher, die die Deutschen zu Juden erklärten, zu ermorden. Im März 1942 begannen die Deutschen im Rahmen der sog. Aktion Reinhardt mit der Auflösung der Ghettos in Polen. Die Bewohner wurden in die Vernichtungslager abtransportiert. Sie begingen auch Massenmorde vor Ort. Um das System des Massenmordes in den Lagern effizienter zu machen, begannen die Deutschen, ihre Opfer in speziell dafür errichteten Gaskammern mit Giftgas zu töten. Neben Auschwitz und Birkenau wurden auch andere deutsche Vernichtungslager wie Bełżec, Treblinka, Sobibór, Majdanek und Kulmhof zu Schauplätzen des Massenmordes. Das hinderte die Deutschen nicht daran, unabhängig hiervon weitere kollektive Morde in hunderten polnischer Städte und Ortschaften zu begehen.

In Auschwitz-Birkenau ermordeten die Deutschen bis 1945 insgesamt etwa eine Million Juden aus ganz Europa, über 70.000 Polen, 20.000 Sinti und Roma sowie 15.000 sowjetische Gefangene und eine etwa ebenso hohe Zahl von Gefangenen anderer Kategorien.



- Deutsche Soldaten 1943 bei der Liquidierung des von Deutschen während der Besetzung von Warschau eingerichteten jüdischen Wohnbezirkes (AIPN)

Während der Auflösung der Ghettos stießen die Deutschen auf organisierten Widerstand der todgeweihten jüdischen Bevölkerung. Der wichtigste Akt kollektiven Widerstands war der Aufstand, der im April 1943 im Warschauer Ghetto ausbrach. Er wurde hauptsächlich von Untergrundkämpfern der Jüdischen Kampforganisation sowie des Jüdischen Militärbundes getragen. Die Deutschen schlugen den Aufstand mit brutalen Mitteln nieder und machten das Ghetto dem Erdboden gleich.

SOWJETISCHER TERROR

Tragisch gestaltete sich das Schicksal auch jener Millionen polnischer Bürger, die in den Gebieten lebten, die von der Roten Armee besetzt wurden. Auch hier stand den Bewohnern der besetzten und rasch in die ukrainische, weißrussische und später auch litauische Sowjetrepublik integrierten Regionen rücksichtsloser Terror bevor.

TERROR DER OKKUPANTEN, DEPORTATIONEN UND UMSIEDLUNGEN AUF POLNISCHEN GEBIETEN IN DEN JAHREN 1939–1944



Die erste Phase der sowjetischen Okkupation betraf die Jahre 1939–1941. Dann wurde die sowjetische Herrschaft in diesen Gebieten zunächst durch den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges unterbrochen, der die UdSSR auch den Besitz der ostpolnischen Gebiete kostete. Stalin nutzte diese Zeit für eine brutale Unterdrückungspolitik gegenüber der Bevölkerung. An Brutalität kam dieser sowjetische Terror an die Grausamkeit des deutschen heran, und an Ausdehnung ging er nicht selten noch weiter.

Schon in den ersten Wochen nach ihrer Invasion in Polen begingen Rote Armee und NKWD zahlreiche Gewaltverbrechen. Blutiger Rache war u.a. die Zivilbevölkerung von Grodno ausgesetzt, weil sie heldenhaft versucht hatte, die Stadt vor den sowjetischen Panzern zu verteidigen.

Die Sowjets gingen schnell daran, alle Merkmale der Existenz des polnischen Staates zu zerstören. Zunächst übernahmen von den Kommunisten eingesetzte Revolutionskomitees die Macht. Danach ersetzten sogenannte Sowjets verschiedener Ebenen die bisherige staatliche und kommunale Verwaltung. Deren Bedeutung blieb jedoch in Wahrheit weit hinter der von eilig auf die Beine gestellten Strukturen der bolschewistischen Partei und der politischen Polizei zurück. Die Bevölkerung der besetzten Gebiete musste sich an eine zuvor unbekannte Struktur der Staatsverwaltung anpassen, in der die Verwaltung der kommunistischen Partei und die lokalen sowie regionalen Strukturen des NKWD die Hauptrolle spielten. Das Russische und – je nach Region – das Ukrainische oder Weißrussische wurden zu staatlichen Unterrichtssprachen. An die Stelle des polnischen Schulwesens trat das sowjetische. Neue Lehrpläne und sowjetische Lehrbücher ersetzten die polnischen. Aus dem Osten wurden russische Beamte und deren Familien herangeholt; die Lehrerschaft wurde durch kommunistische Kader ersetzt.

Die Grundlagen einer freien Marktwirtschaft wurden zerschlagen. Neue, hohe Steuern, ein Währungsumtausch zu einem Kurs, der den Zloty drastisch unterbewertete und erste Versuche, die Landwirtschaft zu kollektivieren, führten zu einer rasch fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung.

Obwohl die offizielle sowjetische Propaganda, anders als die deutsche, die Menschen rechtlich nicht nach Nationalitäten unterschied, waren die Sowjets in der Praxis doch konsequent bemüht, nationale Minderheiten gegen die „polnischen Bourgeois und Großgrundbesitzer“ auszuspielen. Besonders die jüdische, ukrainische und weißrussische Minderheit wurden gern genutzt, um Gegner des Bolschewismus aufzuspüren und neue lokale Strukturen der sowjetischen Macht aufzubauen. Die offizielle Propaganda stellte den bisherigen Eliten auch die polnische Arbeiter – und Bauernschaft gegenüber, und sie machte den sozialen Unterschichten – oft mit Erfolg – Angebote sozialen Aufstiegs und lockte mit der Übergabe konfiszierten Grundbesitzes. Wiederum ähnlich wie unter der deutschen Besatzung, wurden

vor allem die Vertreter der patriotischen intellektuellen Eliten zur Vernichtung vorgesehen: Mitglieder propolnischer politischer Organisationen, Adlige, Beamte, Polizisten und Offiziere der polnischen Armee, Militäransiedler sowie alle Personen, die sich um die Unabhängigkeit Polens verdient gemacht hatten. Neben den unmittelbar Betroffenen wurden auch gegen ihre näheren und entfernteren Verwandten Repressionen angewandt; faktisch lief es nicht nur auf die Sowjetisierung der besetzten Gebiete hinaus, sondern auch auf ihre Entpolonisierung.

Sowjets und Deutsche liquidierten parallel zueinander die staatstragenden polnischen Eliten. Beide Besatzer griffen in hohem Maße auf die Unterstützung durch Spitzel und Verräter zurück. Die polnischen Kommunisten versuchten in breitem Umfang zu kollaborieren; Ähnliches galt für diejenigen, die für sich unter den neuen politischen und sozialen Umständen die Chance materieller Vorteile und politischer Karriere erblickten.

MASSENVERBRECHEN UND DEPORTATIONEN

In den Jahren 1940/41 organisierten die Sowjets insgesamt vier große Deportations- und Verbannungsoperationen von polnischen Bürgern. Ziel waren Lager oder Orte der Zwangs-



■ Goldmine an der Kolyma, 1938. Auf dem Horizont ist das Lager zu sehen (T. Kizny, Zusammenarbeit mit D. Roynette, *Gulag*, Warszawa 2015, S. 294)

ansiedlung in den Tiefen der UdSSR. Diese bis ins Detail durchgeplanten Großaktionen beruhten darauf, dass praktisch gleichzeitig mehrere zehntausend Menschen verhaftet wurden; sie fanden im Februar, April und Juni 1940 sowie nochmals im Mai/Juni 1941 statt. Die immer noch unvollständigen sowjetischen Quellen, die nach dem Ende der UdSSR zugänglich geworden sind, dokumentieren die Personalien von 327.000 deportierten polnischen Bürgern. Dies ist nur ein Teil der Opfer. Diese Daten umfassen jedoch nicht alle Personen, welche deportiert wurden, sondern nur einen Teil davon, nämlich die Opfer der vorgenannten vier Großdeportationen. Es ist bekannt, dass nicht alle Deportierten registriert und nicht alle Todesfälle protokolliert wurden. Polnische Schätzungen gehen von einem Mehrfachen dieser Opferzahlen aus.

Auch außerhalb dieser Operationen verhafteten die Sowjets systematisch praktisch täglich Einzelpersonen, ganze Familien und Bevölkerungsgruppen und deportierten sie nach Osten. Schon ab dem Herbst 1939 wurden einige zehntausend polnische Bürger im Rahmen einer „Säuberung des Grenzstreifens“ ins Innere der UdSSR deportiert. Neben Polen wurde auch eine große Anzahl polnischer Juden, die aus der deutschen in die sowjetische Okkupationszone geflohen waren, zu Opfern dieser Aktionen.



■ Warschauer Denkmal der Gefallenen und Ermordeten im Osten, errichtet auch zum Gedenken der Opfer des sowjetischen Angriffes 1939 (Foto: Maciej Korcuć)

MASSENDEPORTATIONEN DER POLNISCHEN STAATSBÜRGER



AUS DEN DURCH UDSSR BESETZTEN GEBIETEN IN DEN JAHREN 1939–1941



- ✕ Sklavenarbeitslager, in die polnische Staatsbürger in den Jahren 1939–1941 verbannt wurden
- Ansammlungen der polnischen Staatsbürger, Opfer von Massendeportationen der NKWD in den Jahren 1939–1941
- Durch die UdSSR besetzte Gebiete Polens (ab 1939) und der baltischen Staaten (ab 1940)

Alle diese Deportationen fanden unter unmenschlichen Umständen statt und bildeten den Anfang des Leidenswegs der Bevölkerung Ostpolens in der Sowjetunion. Die fürchterlichen Transportbedingungen führten dazu, dass ein großer Teil der Deportierten schon vor dem Erreichen der Bestimmungsorte starb. Für die hohe Sterblichkeit unter den Deportierten waren auch die anschließenden Lebensbedingungen verantwortlich: schwerste Zwangsarbeit in den Lagern, bei der Rodung von Wäldern und in Bergwerken, der allgegenwärtige Terror und die Gewalt im Alltag, schließlich unvorbereitete Ansiedlungsorte in der freien Steppe in Kasachstan.

Parallel zu den Deportationen gab es 1939–1941 im ganzen sowjetisch besetzten Osten Polens umfangreiche Verhaftungsaktionen. Mehr als 100.000 Menschen kamen in die Gefängnisse; viele von ihnen wurden bei individuellen und Massenhinrichtungen ermordet.

Die Verbrechen des NKWD und die Repressionen dauerten 1939–1941 bis in die letzten Tage der sowjetischen Besatzung an. Erst als die Wehrmacht 1941 in die östlichen Gebiete Polens eindrang, endete diese Gewalt.

Gleichzeitig beriefen die Sowjets rechtswidrig und zwangsweise polnische Bürger in die Rote Armee ein. Etwa 100.000–200.000 Polen wurden während der ersten sowjetischen Besatzung mit Gewalt rekrutiert. Tausende von ihnen starben anschließend in fremder Uniform nach der deutschen Aggression gegen die UdSSR.

Symbol aller sowjetischen Grausamkeiten und Verbrechen an der polnischen Bevölkerung wurde der Name einer Ortschaft bei Smolensk: Katyn.

DAS VERBRECHEN VON KATYN

Unter den Gefangenen, die sie während ihrer Aggression im Jahre 1939 gemacht hatten, sonderten die Sowjets die Offiziere ab, die in Gefangenenlager transportiert wurden. Die meisten von ihnen wurden in den Lagern von Kozielsk, Ostaszkow und Starobielsk festgehalten. Nach mehrmonatigen Vorbereitungen wurde mit einem Beschluss vom 5. März 1940 entschieden, mit einer „Sonderaktion“ in Gestalt der rücksichtslosen Ermordung von über 10.000 gefangenen polnischen Offizieren zu beginnen. In der Mehrheit waren dies Reserveoffiziere, also im Zivilberuf ebenfalls Vertreter der polnischen Intelligenz. Man brachte sie in speziellen Gefangenenwaggons zu den Hinrichtungsorten in Kalinin (Twer), Katyn und Charkow. Dort wurde jeder einzeln durch einen Schuss in den Hinterkopf ermordet. Gräber ermordeter polnischer Offiziere befinden sich auch in Bykownja bei Kiew und wahrscheinlich in Kuropaty bei Minsk.

Insgesamt fielen dem Verbrechen von Katyn fast 22.000 ausgewählte und nacheinander umgebrachte Offiziere der polnischen Armee sowie Beamte der Vorkriegspolizei sowie andere Vertreter der polnischen Eliten zum Opfer.

Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Politbüros der Kommunistischen Allunionspartei (Bolschewiki) von 1940 über den Beschluss zur Ermordung der polnischen Offiziere:

Beschluss vom 5. März 1940

144. Verfahren des Volkskommissariats für Inneres der UdSSR

1. Zur weiteren Bearbeitung durch das Volkskommissariat für Inneres der UdSSR:
 - 1) Die Verfahren von 14700 Personen, die sich in Kriegsgefangenenlagern aufhalten, ehemaligen polnischen Offizieren, Beamten, Grundbesitzern, Polizisten, Spionen, Gendarmen, Ansiedlern und Gefängniswärter,
 - 2) wie auch die Verfahren der verhafteten und in Gefängnissen in den westlichen Bezirken der Ukraine und Belorusslands festgehaltenen 11000 Personen, die Mitglieder verschiedener konterrevolutionärer Spionage – und Sabotageorganisationen, ehemalige Großgrundbesitzer, Fabrikanten, ehemalige polnische Offiziere, Beamte und Überläufer sind – beschleunigt abzuschließen. Es ist die Höchststrafe – Tod durch Erschießen – zu verhängen.
[...]

Der Sekretär des Zentralkomitees J. Stalin

Quelle: *Katyn. Dokumenty ludobójstwa. Dokumenty i materiały archiwalne przekazane Polsce 14 października 1992 r.* [Katyn. Dokumente des Völkermords. Dokumente und Materialien, die Polen am 14. Oktober 1992 übergeben wurden], Warszawa 1992, S. 28.

DIE KATYN-LÜGE

Bei der Entscheidung über die Ermordung der Polen war den Sowjets klar, dass dieses Verbrechen an ausgewählten tausenden Offizieren niemals offengelegt werden dürfe. Deshalb fanden alle Tötungen in Hinrichtungsstätten des NKWD statt. Der Wald von Katyn war für gewöhnliche Anwohner gesperrt. Das änderte sich nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges, als die Deutschen dieses Gebiet eroberten. 1943 machten sie die sowjetischen Verbrechen



▪ Leichen der polnischen Offiziere, die 1940 durch die sowjetische NKWD in Katyn ermordet wurden. Auf dem Foto: Exhumierung, die von den Deutschen im Wald von Katyn im Frühling 1943 durchgeführt wurde

öffentlich. Obwohl sie wussten, wie viele Verbrechen sie selbst verübt hatten, wussten sie auch, dass diese Wahrheit das völkermörderische Antlitz der Sowjetunion als eines der Alliierten enthüllen würde. Deshalb ließen sie die Exhumierung der Leichen der ermordeten Offiziere zu.

Die Sowjetunion reagierte mit Gegenvorwürfen: das eigene Verbrechen sollte mit Hilfe halbsbrecherischer Argumente den Deutschen in die Schuhe geschoben werden. Nach dem Sieg strebte die UdSSR an, die Deutschen auch für das Verbrechen von Katyn im Lichte des „Völkerrechts“ anzuklagen. Während des Nürnberger Prozesses führten die Sowjets also 1946 das Verbrechen von Katyn in die Anklageakten gegen die Führung des Deutschen Reiches ein. Da sie aber nur einen der vier Richter stellten, waren sie nicht in der Lage, den Prozess völlig zu manipulieren. Als im Laufe des Verfahrens die wirklichen Umstände des sowjetischen Verbrechens ans Licht zu kommen begannen, zogen sie den Anklagepunkt Katyn rasch zurück. Jahrzehntlang waren, solange die Sowjetunion existierte, die Dokumente mit dem Beschluss, polnische Offiziere bei Katyn zu ermorden, eines ihrer am besten gehüteten Staatsgeheimnisse. Zu dem Panzerschrank mit der streng geheimen „Akte Nr. 1“ hatten nur die jeweiligen Führer des sowjetischen Staates und der Partei Zugang. Erst 1990 gab die

sowjetische Führung zu, dass dieses Verbrechen von der Sowjetunion begangen wurde. 1992 übergab der russische Präsident Polen Kopien einiger Schlüsseldokumente.

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg war das Thema Katyn in allen von der Sowjetunion verklavten Ländern tabu. Die Offenlegung der Wahrheit über das sowjetische Verbrechen war mit schweren Repressionen bedroht. Im kommunistischen Nachkriegspolen verlangte das von Stalin aufgezwungene Regime sogar von den Zeugen der Exhumierung und den Familienmitgliedern der Opfer Erklärungen darüber, dass das Verbrechen von den Deutschen begangen worden sei. Nur wenige ließen sich darauf ein, und das Wort „Katyn“ wurde im Laufe der Zeit zu einer Parole, die die sowjetischen Mörder anklagte.

DIE VERNICHTUNG DER POLEN IN WOLHYNEN

Die verbrecherische Effizienz, mit der die Deutschen den Holocaust in die Tat umsetzten, zeigte, dass die Vernichtung ganzer Völker möglich war. Zur Methode des Völkermords als eines Werkzeugs, um eigene politische Ziele zu erreichen, griffen auch die Untergrundstrukturen der „Ukrainischen Aufständischen Armee“ (ukrainisch: Ukrajinska Powstanska Armija, UPA), die auf die Errichtung einer unabhängigen Ukraine hinarbeitete, deren Grenzen auch Teile des Territoriums der Zweiten Polnischen Republik einschließen sollten. Ein Teil der ukrainischen Aktivisten war sich darüber im Klaren, dass Polen Teil der Antihitlerkoalition war, und leitete daraus die Befürchtung ab, dass Polen nach einem Sieg der Alliierten die Möglichkeit bekommen werde, den Staat in seinen östlichen Vorkriegsgrenzen wieder zu errichten. Einige kamen zu dem Ergebnis, dass unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Volksabstimmungen nach dem Ersten Weltkrieg nur die vollständige Beseitigung der polnischen Bevölkerung von Wolhynien und Ostgalizien nach dem Vorbild der deutschen Judenpolitik eine Garantie dafür bieten könne, dass diese Regionen definitiv zur Ukraine gehören würden.

In diesem Kontext fassten die Führer der UPA den Beschluss, hunderte koordinierter Angriffe auf von Polen bewohnte Ortschaften zu starten, die die vollständige Ermordung der polnischen Bevölkerung zum Ziel hatten. Deshalb verübten Kämpfer der UPA 1943/44 im deutsch besetzten Südosten Polens eine systematische Auslöschung der polnischen Zivilbevölkerung. Diesem Völkermord fielen mehr als 100.000 Polen zum Opfer. Die ukrainischen Aktionen sollten innerhalb kurzer Zeit zur vollständigen Vernichtung der polnischen Bevölkerung in den strittigen Regionen führen.

Einer der Höhepunkte dieser von der UPA koordinierten Aktionen war der sogenannte Blutsonntag am 11. Juli 1943. An diesem Tag griffen ukrainische Kampfgruppen gleichzeitig 99 polnische Dörfer in Wolhynien an und ermordeten ganze Familien wehrloser Zivilisten. Dies trug in hohem Maße zur Beseitigung eines wesentlichen Teils der polnischen Bevölkerung dieses Gebiets bei. Es überlebten nur diejenigen, die sich in größeren Städten oder solchen Dörfern verstecken konnten, wo starke polnische Selbstverteidigungskräfte entstanden waren. Auch spontane polnische Vergeltungsaktionen gegen ukrainische Dörfer, denen rund 15.000 Ukrainer zum Opfer fielen, trugen letztlich dazu bei, den Wahnsinn dieser Verbrechen zu bremsen.

Den Abschluss der Depolonisierung dieser Gebiete bildeten die von der sowjetischen Herrschaft organisierten Umsiedlungsaktionen, die kurz nach der erneuten Besetzung dieser Gebiete von der Roten Armee durchgeführt wurden.



■ Wolhynien. Durch Wald bewachsene Überreste eines Friedhofes – alles was von dem Dorf Ostrówka übriggeblieben ist. Dieses Dorf steht für Hunderte von polnischen Ortschaften, deren Bevölkerung durch die Ukrainische Aufständische Armee in den Jahren 1943–1944 ermordet wurde (Foto: Maciej Korcuć)



DER POLNISCHE UNTERGRUNDSTAAT

STAATLICHE KONSPIRATION

Trotz aller Schläge, die sie hatten einstecken müssen, verloren die Polen nicht die Hoffnung auf eine Wende des Kriegsglücks und darauf, dass sie ihre Unabhängigkeit wiedererlangen würden. Im terrorisierten Polen entstanden im Namen und mit Vollmacht der legalen polnischen Regierung geheime staatliche Strukturen. Zu ihnen gehörte nicht nur die im Untergrund aufgebaute Kampforganisation, sondern auch Dienststellen der Zivilverwaltung, die mit Vollmacht der polnischen Exilregierung tätig waren. Unter den Bedingungen allumfassenden Terrors schufen die Polen eine praktisch parallele Realität auf Grundlage der Aktivitäten der konspirativ tätigen staatlichen Strukturen.

Schon während des Verteidigungskrieges von 1939 wurde auf Befehl des polnischen Oberbefehlshabers mit dem Aufbau von Untergrundstrukturen begonnen. Am Vortag der Kapitulation Warschaws flog am 27. September 1939 mit einem Sonderflugzeug ein Emissär der obersten militärischen Führung ein, der mit Vollmachten zur Schaffung einer staatlichen bewaffneten Widerstandsorganisation ausgestattet war. Deshalb waren die in der Konspiration entstandenen bewaffneten Organisationen integrale Bestandteile der kämpfenden polnischen Armee. Als erste dieser Gruppen entstand der „Dienst am Sieg Polens“ (polnisch: Służba Zwycięstwu Polski, SZP) unter dem Kommando von General Michał Karaszewicz-Tokarzewski. Sie wurde später umgebaut in den „Bund für den Bewaffneten Kampf“ (polnisch: Związek Walki Zbrojnej, ZWZ),



▪ General Stefan Rowecki – Oberkommandierender des Verbandes für den Bewaffneten Kampf, und anschließend Oberkommandierender der Heimatarmee (bis zum 30. Juni 1943). Durch die Gestapo verhaftet und in KL Sachsenhausen ermordet (Foto aus der Sammlung von Krystyna Rowecka-Trzebicka)

der anfänglich von General Kazimierz Sosnkowski befehligt wurde und anschließend von General Stefan Rowecki, Deckname „Grot“. Trotz zahlreicher Verluste durch Kämpfe und Verhaftungen in beiden Besatzungsgebieten wurden die Strukturen des ZWZ immer wieder mühsam aufgebaut.

1942 wurde der ZWZ in „Heimatarmee“ (polnisch: Armia Krajowa, AK) umbenannt. Nachdem General „Grot“ von den Deutschen verhaftet worden war, trat General Tadeusz Komorowski, Deckname „Bór“, an seine Stelle. Letzter Oberkommandierender der AK war General Leopold Okulicki, Deckname „Niedźwiadek“. Die zahlenmäßige Stärke der Heimatarmee wird für das Jahr 1944 auf etwa 350.000 Soldaten geschätzt, die in allen Regionen Polens kämpften. Sie besaß in allen ehemaligen Wojewodschaften Polens und auch im Ausland



▪ Soldaten der Heimatarmee in der Region Wilna 1944 (KARTA)

organisierte Strukturen. In den einzelnen Regionen entstanden Bezirkskommandos, darunter gab es Inspektorate, die jeweils mehrere Distrikte umfassten, von denen jeder im Großen und Ganzen einem Landkreis der Vorkriegszeit entsprach. Auf diese Weise wurden unter der Bezeichnung „Heimatarmee“ im ganzen besetzten Polen trotz aller Repressionen, Verhaftungen und Erschießungen die polnischen Streitkräfte wieder aufgebaut; sie bereiteten sich darauf vor, im Rahmen eines sogenannten allgemeinen Aufstandes gleichzeitig gegen beide Besatzungsmächte vorzugehen. Die AK unterhielt Funk- und Kurierverbindungen mit der polnischen Regierung und dem militärischen Oberkommando der polnischen Streitkräfte im Exil.

DER LAUFENDE KAMPF

Den Widerstandskampf im Alltag, also bewaffnete Angriffe und Sabotageaktionen, führten zur Zeit der größten Siege der Feinde Polens streng geheime definierte Einheiten der Untergrundarmee. Die polnische Heimatarmee griff Gefängnisse und Gefangenentransporte an, sie attackierte im Hinterland der Front Einheiten der Besatzer. Gegen Verräter und Gestapospitzel wurden Todesurteile verhängt und vollstreckt. Mit dem Tode war durch die Untergrundjustiz



- Soldaten eines Partisanentrupps der Heimatarmee (Wojewódzka Biblioteka Publiczna w Lublinie)

zu verurteilen, wer zum Schaden polnischer und jüdischer Mitbürger handelte. Organisiert wurden auch Anschläge auf besonders eifrige Täter des Verfolgungsapparats und hohe Vertreter der Besatzungsbehörden. Eines der bekanntesten Beispiele hierfür ist das gelungene Attentat auf den für seine Grausamkeit und Brutalität bekannten Höheren SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau, Franz Kutschera, im Februar 1944.

Im Rahmen der sogenannten Verschmelzungsaktion war die Führung der Heimatarmee bemüht, unter ihrem Kommando möglichst viele auf die Unabhängigkeit Polens orientierte bewaffnete Organisationen zu vereinen. Solche Verschmelzungsverträge wurden u.a. mit den gesamtpolnischen bewaffneten Strukturen der Nationalen Bewegung (Nationale Militärorganisation, 1942) und der Bauernpartei (Bauernbataillone, 1943) unterzeichnet. Im März 1944 wurde ein ähnlicher Verschmelzungsvertrag mit den „Nationalen Streitkräften“ (NSZ) abgeschlossen, den jedoch nur ein Teil der Nationalisten akzeptierte. Einige Einheiten kämpften weiter unter dem Kürzel NSZ, andere schlossen sich der AK an.

▪ Kapitän Witold Pilecki – Soldat der Heimatarmee, Begründer des Widerstandes im KL Auschwitz, Autor von Berichten über die deutschen Verbrechen. 1948 wurde er durch die Kommunisten zum Tode verurteilt und ermordet (Foto aus der Sammlung von Zofia Pilecka-Optułowicz)



Außerdem betrieb die AK Aufklärung im Hinterland der Wehrmacht. Kontinuierlich gingen Berichte über deutsche Truppenbewegungen hinter der Ostfront an die westlichen Alliierten. So wurden z.B. die deutschen Vorbereitungen zur Produktion der neuen Raketenwaffe V-2 erkannt und gemeldet, die nach deutschem Plan das Kriegsglück wenden und ihnen den Sieg einbringen sollte. Im Mai 1944 gelang Kämpfern der AK ein Bravourstück: sie brachten sich in den Besitz einer vollständigen V-2, bauten sie auseinander und dokumentierten jedes der 25.000 Einzelteile; die wichtigsten Informationen wurden dann im Rahmen der Aktion „Brücke III“ nach London gesandt. Auf einem von der AK vorbereiteten Feldflugplatz bei Tarnów landete ein britisches Flugzeug und nahm die vorbereiteten Unterlagen sowie Kuriere mit.

Es wurden sogar Schritte unternommen, um eine Konspiration innerhalb des Konzentrationslagers Auschwitz zu organisieren. Der AK-Offizier Witold Pilecki ließ sich freiwillig während einer Razzia verhaften, um nach seinem Transport zum KL Auschwitz dort unter den Gefangenen eine Konspirationslagerstruktur zu organisieren, welche der gegenseitigen Hilfe und Selbstverteidigung dienen sollte. Nach seiner Flucht fertigte er einen ausführlichen Bericht über das Funktionieren des Lagers an und setzte den Kampf im Untergrund fort.

DIE ZIVILVERWALTUNG

Die im Untergrund tätige Zivilverwaltung entstand unter Leitung der von der polnischen Exilregierung eingesetzten „Abordnung der Regierung für das Inland“. Die Bezeichnung sollte verdeutlichen, dass es sich nicht um eine spontane oder selbständige, sondern um eine legale, im Namen der höchsten verfassungsmäßigen Behörden der Republik Polen tätige Institution handelte. Die Strukturen der Untergrundverwaltung waren auf den verschiedensten Lebensgebieten tätig: von einer konspirativen Justiz über Informations- und Propagandaaktivitäten, illegale Schulausbildung bis hin zur Erarbeitung von Plänen zum Wiederaufbau des Landes. Generelles Ziel der Untergrundverwaltung war es, ein zur Übernahme der Macht und Gewährleistung ihrer Kontinuität befähigtes Instrument der Exekutive für den Moment des erwarteten Zusammenbruchs der Besatzung zu besitzen.

Der Ausbau der zivilen Institutionen des Polnischen Untergrundstaates dauerte in allen Jahren der Besatzung an. Gemeinsam mit den im Untergrund tätigen politischen Parteien wurde ein konspiratives Leben in einem Ausmaß organisiert, wie es in keinem anderen von Deutschland besetzten Land vorkam. Schnell begann man auch, neben den Strukturen des militärischen Untergrunds Anfänge einer politischen Vertretung zu schaffen. Sie stützten sich auf Gruppen, die die wichtigsten politischen Strömungen repräsentierten, die im Untergrund tätig waren. Dazu gehörten Anhänger der Bauernpartei, Nationalisten, Sozialdemokraten und Vertreter kleinerer politischer Gruppierungen. Schon 1940 entstand das „Politische Abstimmungskomitee“ (PKP), das die Exilregierung als politische Vertretung des Inlands anerkannte. 1943 wurde das PKP in die „Polnische Politische Vertretung“ umgebildet. Das erlaubte, am 9. Januar 1944 im Untergrund einen „Rat der Nationalen Einheit“ (RJN) zu gründen, der den konspirativen Ersatz des polnischen Parlaments darstellte. Der Rat entstand aus den großen politischen Parteien des Untergrunds: der „Volkspartei“ (SL „Roch“), der Nationalpartei

(SN), der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS-WRN – letzteres für „Freiheit, Gleichheit, Unabhängigkeit“) sowie der Partei der Arbeit (SP). Vertreter verschiedener kleinerer Gruppen wurden dazu kooptiert. Vorsitzender des RJN war der Sozialist Kazimierz Pużak von der PPS.

DAS LEBEN IM UNTERGRUND

Der an der Spitze der konspirativen Exekutive stehende Inlandsabgeordnete der Regierung bekam 1944 den Rang eines stellvertretenden Chefs der Exilregierung. Ende Juli 1944 berief Jan Stanisław Jankowski (SP), der diese Funktion ausübte, einen im Einvernehmen mit der Exilregierung tätigen „Inlandsministerrat“. Im gehörten neben Jankowski seine drei Stellvertreter im Rang von Ministern an: Adam Bień (SL), Antoni Pajdak (PPS) und Stanisław Jasiukowicz (SN).

In ganz Polen waren zivile Behörden im Auftrag der Exilregierung tätig: Bezirks- und Kreisabteilungen der Regierung. Sie leiteten real das konspirative Leben der Gesellschaft.

Da die Besatzer das polnische Ober- und Hochschulwesen aufgelöst hatten und der Unterricht in den Volksschulen nur äußerst eingeschränkt stattfand, bauten die Polen auch ein Netz konspirativer Schulen im Untergrund auf. Es stand unter der Leitung der Abteilung für Bildung und Kultur der Regierungsabteilung. Trotz aller deutschen Verbote und schwerer Strafen für ergriffene Beteiligte besuchten sehr viele Kinder und Jugendliche diese illegalen Schulen. Im Generalgouvernement gingen etwa 166.000 Kinder auf die konspirativen Grund- und Oberschulen; dazu kamen weitere 25.000 in den sowjetisch besetzten Ostgebieten und 22.000 in den ins Reich eingegliederten Westgebieten Polens. Es gab sogar im Untergrund tätige Hochschulen bis hin zur Universität; in der Illegalität fanden kulturelle Veranstaltungen und wissenschaftliche Diskussionen statt. All dies ist in seinem Ausmaß absolut einzigartig im deutsch besetzten Europa.

Auch illegale Publikationen von der Zeitung bis zum Buch fanden eine breite Leserschaft. Sie wurden auf Matrizen getippt und abgezogen und anschließend über illegale Vertriebsnetze ausgeliefert. Das illegale polnische Veröffentlichungswesen kam trotz zahlreicher Verhaftungen und der Verhängung von Todesurteilen nie zum Erliegen. Zu den größten und wichtigsten Titeln zählte das vom Oberkommando der AK herausgegebene „Biuletyn Informacyjny“ (Informationsbulletin) mit einer Auflage bis zu 50.000 und die „Wiadomości Polskie“ (Polnische Nachrichten) mit 20.000 Exemplaren. Organ der Regierungsabteilung war die

BŁOGOSŁAWIENI, KTÓRZY W CZASIE GROMÓW
NIE UTRACILI RÓWNOWAGI DUCHA

Kasprowicz



BIULETYN informacyjny

Rok V

Warszawa, 28 października 1943 r.

Nr. 43 (198)

Zawiadomienie

Organizacja pod nazwą „Komenda Zbrojnego Wyzwolenia” rozsyła ostrzeżenia i wyroki oraz organizuje akcje pseudo-wojskowe. Jest to działalność samowolna i bezprawna.

KIEROWNICTWO WALKI PODZIEMNEJ

21.X.1943 r.

KOLEJNA FALA TERRORU

Przez Warszawę w bieżącym roku przeszły już dwie wielkie fale terroru: ogromne łapanki w połowie stycznia, kiedy na Pawiak ścignięto około 15.000 ludzi, z których ponad połowę wywieziono do Majdanka oraz potworny mord masowy więźniów Pawiaka w ostatnich dniach kwietnia, gdy bestjałsko wybito granatami i wystrzelano około 600 kobiet i mężczyzn. Obecnie przewala się przez stolicę trzecia kolejna fala terroru, która jak dotąd spowodowała uwięzienie w łapankach i aresztowaniach domowych około 6000 ludzi oraz rozstrzelanie na ulicach miasta ponad 100 mężczyzn i kobiet.

Cierpienia stolicy są tylko częścią cierpień Kraju. Wystarczy uprzytomnić sobie główne ciosy choćby z ostatniego półroczka: 1. niewysłowioną męczarnię powiatu zamojskiego i paru sąsiednich, gdzie około stu tysięcy ludzi zostało wysiedlonych, przeszło przez potworne obozy, przy czym w sposób zwierzęcy odrywano dzieci od matek. 2. spowodowane przez Niemców i Sowietów morderstwa „rezunów” ukraińskich na Wołyniu, w których potworną śmierć znalazło około

20.000 mężczyzn, kobiet i dzieci. 3. lipcowy terror w bilostoczczyźnie i komuzyńskim, gdzie wymordowano w ciągu paru dni około 1.500 ludzi.

To co wylczyliśmy, to tylko główne pozycje. I tylko z ostatniego roku. A pozycje „drobniejsze”? A lata poprzednie? I — niestety — miejmy odwagę spojrzeć prawdzie w oczy: terror październikowy nie jest ostatnim aktem naszych cierpień.

Zaiste, straszliwie doświadczą Opatrzność naród polski.

* * *

Ostatnie warszawskie rozstrzelania uliczne prowadzone są przy akompaniamencie propagandy niemieckiej pod hasłem: „sami jesteście winni! POCO NAS PROWOKUJECIE!”

Cóż za bezczelne i jakież perfidne oszustwo! Więc Niemcy nie zaczepiają tych, co na nich nie napadają? A za co wymordowali Żydów? Za co spadły na stolicę we wrześniu 1940 r. pierwsze olbrzymie łapanki do Oświęcimia, nie poprzedzone ani jednym strzałem do Niem

- In der Zeit der Besetzung Polens wurden durch die Strukturen des Polnischen Staates im Untergrund sowie durch politische Gruppierungen Konspirationspresse und Flugblätter herausgegeben. Auf dem Foto: erste Seite von „Biuletyn Informacyjny“ vom 28. Oktober 1943 (AIPN)

„Rzeczpospolita Polska“ (Republik Polen) mit einer Höchstauflage von 15.000 Stück. Auch die politischen Parteien und bewaffneten Gruppen hatten ihre eigenen Zeitungen.

Der Untergrundstaat unterhielt auch seine eigene Justiz. Zivile und Militärgerichte verurteilten Verräter und Spitzel; auch gewöhnliche Kriminelle wurden zum Tode verurteilt.

WIDERSTAND GEGEN DEN HOLOCAUST

Zu den vielen Aktivitäten des Polnischen Untergrundstaates gehörte auch der Aufbau und der Betrieb eines geheimen Vorläufigen Komitees zur Hilfe für Juden. Es wurde später in einen Rat der Hilfe für Juden umbenannt und erhielt die Tarnbezeichnung „Żegota“.

Der Rat entstand im Dezember 1942 als Dienststelle der Regierungsabordnung für das Inland und wurde aus nach Polen geschmuggelten staatlichen Geldmitteln finanziert. In ihm saßen Vertreter der im Untergrund tätigen politischen Parteien sowie Persönlichkeiten, die sich für die Unterstützung von Juden einsetzten, die sich vor den Deutschen versteckten.

Obwohl für jede Art von Hilfe für Juden die Todesstrafe drohte, wurden u.a. falsche „arische“ Personenstandsdokumente ausgestellt (insgesamt über 50.000 Stück), der Rat gewährte finanzielle und organisatorische Unterstützung bei der Suche nach Verstecken und bei der Versorgung untergetauchter Juden. Bei der Unterbringung jüdischer Kinder in polnischen Familien oder Klöstern war er vermittelnd tätig. Dadurch wurden trotz aller Gefahren von Seiten der Besatzungsmacht über 2000 Kinder gerettet.

1944 unterstützte die „Żegota“ über 4000 Personen und nutzte dafür Finanzmittel und organisatorische Ressourcen des Untergrundstaates.

Nachdem die Deutschen die Aktion der Massenmorde an der jüdischen Bevölkerung angefangen hatten, war der polnische Staat der Initiator der ersten Handlungen der internationalen Gesellschaft, deren Ziel die Kritik und das Stoppen der deutschen Verbrechen war. Die polnischen Exilbehörden alarmierten die Welt mit Informationen über den deutschen Terror, die Konzentrationslager und die ablaufende Vernichtung des jüdischen Volkes. Die präsentierten Daten wurden im Westen bezweifelt (auch durch die dort vorhandenen jüdischen Gesellschaften). Viele Politiker meinten es sei unmöglich, dass solch eine, durch die Deutschen erschaffene, Völkermordmaschinerie überhaupt existieren könne. Manche vermuteten sogar, dass der polnische Staat absichtlich die Skala der Verbrechen aufblähte, welche auf seinem Gebiet von den Deutschen gegen die Juden verübt werden.

Damit die Anführer der westlichen Staaten an die Realien der deutschen Besatzung, des Terrors und des Völkermords an den Juden glauben, sammelten die Strukturen des Polnischen Untergrundstaats Informationen über die Vernichtung und haben diese mithilfe der polnischen Regierung übermittelt. Aus diesem Grund wurde einer der AK-Offiziere, Jan Karski, konspirativ in ein Ghetto und ein Lager eingeführt und danach in den Westen geschmuggelt: Damit er als Augenzeuge der deutschen Verbrechen über diese direkt berichten konnte. Infolge Bemühungen der polnischen Regierung wurde Karski vom Präsidenten der Vereinigten Staaten angehört. Sein Rapport, seine Publikationen und andere Aktivitäten der polnischen Regierung trugen dazu bei, dass die Welt über die ungeheure Größe der deutschen Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung in Kenntnis gesetzt wurde.

Dank dieser Bemühungen gelang es Ende 1942 das Problem der Holocaust-Kritik und der Verteidigung der jüdischen Bevölkerung, die auf den Besatzungsgebieten dem deutschen Terror ausgesetzt war, zu einem Tagungspunkt der Vereinten Nationen zu machen. Die Alliierten waren hier aber nicht optimistisch gestimmt: Sie befürchteten nämlich, dass dies dazu beitragen könnte, dass der Druck zunehmen kann, um schnell eine zweite Front in Europa zu öffnen. Anfang November 1942 und dann nochmals im Dezember richtete die polnische Regierung – aufgrund ihrer damals noch starken Position im Alliiertenlager – ein umfangreiches Memorandum an die Alliierten, in welchem die Vernichtung der Juden, die die Deutschen in den Besatzungsgebieten realisierten, beschrieben wurde. Polen bemühte sich darum, dass gemeinsam Schritte unternommen werden, welche den durch die Deutschen durchgeführten Völkermord stoppen. Aufgrund dieser Bemühungen wurde durch ein Dutzend alliierter Staaten am 17.12.1942 eine Deklaration abgegeben, in welcher offiziell die „bestialische Politik der kaltblütig durchgeführten Vernichtung“ kritisiert wurde. Man äußerte auch die Determination bezüglich der Bemühungen, dass die Täter dieser Verbrechen bestraft werden. Es war das erste Dokument von internationalem Rang, das den Holocaust verurteilte.

Parallel appellierte schon seit Monaten sowohl die polnische Regierung als auch ein Teil der polnischen Juden an die Alliierten, dass demonstrative Vergeltungsaktionen gegen Deutsche durchgeführt werden – damit dadurch die verbrecherische Politik des Dritten Reiches gestoppt wird. Diese Bemühungen blieben jedoch fruchtlos..

Aus Protest gegen die Passivität der freien Welt gegenüber der Vernichtung der Juden durch die Deutschen nahm sich im Mai 1943 Szymon Zygielbojm das Leben. Er hielt sich im Westen auf und war Mitglied des Nationalrates, den der polnische Exilpräsident berufen hatte.

Interalliierte Erklärung zur Vernichtung der Juden. Der Text wurde dank der Bemühungen Polens angenommen.

Gemeinsame Deklaration, die gleichzeitig am 17. Dezember 1942 in London, Moskau und Washington abgegeben wurde.

Die Regierungen Belgiens, der Tschechoslowakei, Griechenlands, Luxemburgs, der Niederlande, Norwegens, Polens, der Vereinigten Staaten von Amerika, des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und Jugoslawiens sowie des französischen Nationalkomitees wurden auf zahlreiche Berichte aus Europa aufmerksam gemacht, dass die deutschen Behörden, sich nicht damit zufrieden geben, Personen jüdischer Rasse in allen Gebieten, auf die ihre barbarische Herrschaft ausgedehnt wurde, die elementarsten Menschenrechte zu verweigern, verwirklichen nun Hitlers oft wiederholte Absicht, das jüdische Volk in Europa zu vernichten. Aus allen besetzten Ländern werden Juden unter entsetzlichen Bedingungen und mit brutaler Gewalt nach Osteuropa transportiert. In Polen, das zum wichtigsten nationalsozialistischen Schlachthof ernannt wurde, werden die vom deutschen Invasoren gegründeten Ghettos systematisch von allen Juden geleert, mit Ausnahme einiger weniger hochqualifizierter Arbeiter, die für die Kriegsindustrie benötigt werden. Man hört nie wieder von denjenigen Personen, die weggeführt werden. Die gesunden Menschen werden langsam in Arbeitslagern zu Tode gearbeitet. Die Schwachen sterben vor Kälte und Hunger oder werden in Massenhinrichtungen absichtlich massakriert. Die Zahl der Opfer dieser blutigen Grausamkeiten wird auf viele Hunderttausende völlig unschuldiger Männer, Frauen und Kinder geschätzt.

Die oben genannten Regierungen und das französische Nationalkomitee verurteilen auf das Schärfste diese bestialische Politik der kaltblütigen Vernichtung. Sie erklären, dass solche Ereignisse die Entschlossenheit aller freiheitsliebenden Völker, die barbarische Hitler-Tyrannie zu stürzen, nur stärken können. Sie bekräftigen ihre feierliche Entschließung, um sicherzustellen, dass die für diese Verbrechen Verantwortlichen nicht unbestraft davonkommen, und dass sie die zu diesem Zweck erforderlichen praktischen Maßnahmen umsetzen werden.

Quelle: *Republic of Poland. The mass extermination of Jews in German occupied Poland*, London, New York, Melbourne 1942.



VI

EIN FEINDSELIGER „ALLIIERTER“

DER TOTALITÄRE ALLIIERTE

Am 22. Juni 1941 griffen deutsche Truppen die Sowjetunion an. Damit begann der Krieg zwischen den beiden totalitären Besatzungsmächten, die bisher zusammengearbeitet hatten. Innerhalb weniger Wochen verdrängten die Deutschen die Sowjets vollständig vom Territorium Polens. Vom Standpunkt Polens war das Ende der Zusammenarbeit der beiden Feinde der Republik ein günstiger Umstand. Er bot die Chance, die Aussicht auf eine Wiedererlangung der polnischen Unabhängigkeit näher zu bringen.

Die blamablen Niederlagen der Sowjetunion und ihre gigantischen Verluste an Menschen und Material zeigten, dass eine Niederlage des sowjetischen Staates im Bereich des Möglichen lag, und dass nur eine sofortige nachdrückliche Hilfe des Westens die UdSSR vor einer Katastrophe retten konnte. Ein Triumph Hitlers an der Ostfront wäre vom britischen Standpunkt die schlechteste aller Optionen gewesen. Denn es war klar, dass das siegreiche Deutsche Reich in dieser Situation mit den sowjetischen Bodenschätzen im Rücken sein gesamtes militärisches Potential gegen Großbritannien richten würde. Das hätte dessen Existenz in ernsthafte Gefahr gebracht.

Daher erkannte Großbritannien trotz seines Bewusstseins vom verbrecherischen Charakter der sowjetischen Diktatur die UdSSR unverzüglich als seinen Verbündeten an, ohne irgendwelche Vorbedingungen zu stellen. Das entsprach aus britischer Sicht elementarster Staatsraison. Großbritannien hatte nie Krieg gegen die Sowjetunion geführt, aber die Briten waren, anders als die Polen, keine Opfer des sowjetischen Totalitarismus geworden.

Polen musste als Opfer beider Aggressoren einen anderen Blick auf die Verhältnisse haben. Aus polnischer Sicht war der Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges zunächst einmal der langerwartete Moment, an dem die Solidarität der Aggressoren zerbrach. Jetzt bekämpften



■ Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Abkommens in London am 30. Juli 1941. Das Abkommen unterzeichnen: der Premierminister der Republik Polen und der Oberbefehlshaber General Władysław Sikorski (links) und der UdSSR Botschafter in Großbritannien Iwan Majski. In der Mitte am Tisch der britische Außenminister Anthony Eden und der britische Premierminister Winston Churchill (NAC)

sich die beiden verbrecherischen Erobererstaaten auf Leben und Tod. Ihre Zusammenarbeit im Rahmen des Ribbentrop-Molotow-Paktes hatte zum Verlust von Polens Freiheit beigetragen. Daher lag im tiefer verstandenen Interesse Polens als Opfers beider totalitärer Staaten weder eine wesentliche Stärkung noch der definitive Sieg des einen oder des anderen Staates.

Allerdings hatte sich auch für Polen die Situation geändert. Die Exilregierung in London konnte gegenüber der vollzogenen Umkehrung der Allianzen und der sich anbahnenden britisch-sowjetischen Zusammenarbeit auch nicht gleichgültig bleiben. Sie musste irgendeine Position beziehen. Es war eine Tatsache, dass die Wehrmacht die Sowjets aus Polen hinausgeworfen hatte; und solange die Rote Armee Niederlagen einstecken musste, war der sowjetische Totalitarismus keine unmittelbare Bedrohung Polens, wie in den Jahren 1939 bis 1941. Deutschland war in blitzartigem Tempo zum Besatzer fast des gesamten polnischen Territoriums geworden.

In dieser Situation war die Regierung Polens bestrebt, ihr Verhältnis zur Sowjetunion zu normalisieren. Sie folgte damit auch enormem Druck der Briten. Gleichzeitig bot eine eventuelle Verständigung auf der Grundlage der wechselseitigen Respektierung der Souveränität die

Chance, jene hunderttausende polnischer Bürger aus sowjetischen Konzentrationslagern und Orten der Zwangsansiedlung herauszubekommen, die bis zu diesem Zeitpunkt noch lebten. Für sie lag hierin die einzige Chance auf eine Wende ihres Schicksals.

Nach schwierigen Verhandlungen wurde am 30. Juli 1941 eine Vereinbarung unterzeichnet, die die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion wiederherstellte. Anschließend wurde auch ein Militärabkommen abgeschlossen. Moskau erklärte offiziell, dass die zwischen Ribbentrop und Molotow abgeschlossenen Verträge gegenstandslos geworden seien. In einem gesonderten Protokoll, das der Vereinbarung beigelegt wurde, sagte die Sowjetunion die Freilassung der in der Sowjetunion inhaftierten Polen zu.

EINE ARMEE EHEMALIGER SKLAVEN

In gesonderten polnisch-sowjetischen Verträgen wurde vereinbart, dass unter den freigelassenen polnischen Bürgern die Rekrutierung von in der UdSSR aufzustellender Militäreinheiten beginnen sollte, die der polnischen Regierung unterstehen sollten. Kommandant der auf diese Weise geschaffenen polnischen Armee in der UdSSR wurde der – aus einem Moskauer NKWD-Gefängnis freigelassene – polnische General Władysław Anders. Die militärische Ausbildung und die Aufstellung weiterer Divisionen nahm ihren Lauf. Zehntausende erschöpfter und ausgehungerte polnischer Zivilisten schlugen sich an die Aufstellungsorte der neuen Einheiten durch, weil sie sich dort Unterstützung beim Überleben nach der Hölle der sowjetischen Lager erhofften.

Aber trotz aller zwischenstaatlichen Vereinbarungen erschwerten und sabotierten die Sowjets die Befreiung aller polnischen Staatsbürger aus den Lagern und Verbannungsorten. Sie versuchten, den Zustrom polnischer Bürger, die aus nationalen Minderheiten stammten, in die Anders-Armee zu vereiteln, darunter auch entsprechende Versuche von Seiten tausender polnischer Juden. Die polnische Regierung kämpfte auf diplomatischer Ebene darum, dass auch sie für die polnische Armee optieren könnten. Auch die nichtjüdischen Polen sahen sich immer größeren Behinderungen ausgesetzt. Mit der Zeit begannen die Russen zu verlangen, die Polen Division um Division an die Front zu schicken, ohne die Aufstellung der verbliebenen Einheiten abzuwarten. Das hätte angesichts der Eigenart der sowjetischen Kriegsführung, ohne Rücksicht auf eigene Verluste zu kämpfen, zur raschen Vernichtung der polnischen Einheiten geführt. Polen stand dagegen auf dem Standpunkt, dass die polnischen Einheiten als einheitlicher operativer Großverband den Kampf aufnehmen sollten.



■ Polnische Kinder, die in das Landesinnere der UdSSR 1940 deportiert und nach der Unterzeichnung des polnisch-sowjetischen Abkommens befreit wurden (IPMS/KARTA)

1942 tauchte ein Problem auf: die Sowjets reduzierten die Lebensmittelrationen für die polnischen Einheiten. Das war deshalb besonders gefährlich, weil die militärischen Rationen auch dafür ausreichen mussten, einige zehntausend Zivilisten am Leben zu halten, die nach ihrer Freilassung aus den Lagern an den Stationierungsorten der polnischen Einheiten nach Überlebenschancen suchten. Um dieses Problem zu lösen, wurde erst ein Teil der Einheiten, dann der ganze Rest mitsamt der Zivilbevölkerung nach Persien evakuiert, das damals unter britischer Verwaltung stand. Die Evakuierung verlief im vollen Einvernehmen mit den sowjetischen Behörden. Im Zusammenhang mit ihr gab es damals keinerlei Spannungen. Auf diese Weise verließen zwischen Frühjahr und Herbst 1942 über 100.000 Menschen gemeinsam mit der Anders-Armee die Sowjetunion. Das gab ihnen eine Chance zu überleben, aber auch eine, das sowjetische „unmenschliche Land“ endgültig zu verlassen.

EINE SIEGESCHANCE

Die polnischen Behörden rechneten damit, dass sie die Rekrutierung auf dem Gebiet der UdSSR würden fortsetzen können. Schnell zeigte sich allerdings, dass die Sowjets alle solche Versuche definitiv unterbanden.



■ Soldaten der polnischen 1. Selbständigen Brigade der Fallschirmspringer mit dem Oberbefehlshaber General Kazimierz Sosnkowski (NAC)



- Gedenkabzeichen der Selbständigen Brigade der Karpaten-Schützen, die in Afrika bei der Verteidigung von Tobruk gekämpft hat

Zu dieser Zeit wurden in Schottland Einheiten des 1. Polnischen Korps militärisch ausgebildet. Es entstanden Spezialkräfte, darunter 1941 die 1. Selbständige Fallschirmjägerbrigade. Sie sollte im Augenblick, an dem der allgemeine Aufstand begann, über Polen abspringen. Es entstanden auch „Nacht-und-Nebel-Einheiten“ aus Soldaten, die individuell mit dem Fallschirm abspringen und den laufenden Kampf der Heimatarmee unterstützen sollten.

Polnische Soldaten kämpften auch an den Fronten dieser Zeit. Zu den britischen Truppen in Nordafrika gehörte 1941–1942 die polnische „Selbständige Karpatenschützenbrigade“, die u.a. an den erbitterten britisch-deutschen Kämpfen zur Verteidigung von Tobruk und an weiteren militärischen Operationen in dieser Region teilnahm (El Gazala, Bardia, Umgebung von Alexandria).

Anschließend wurden die in Afrika kämpfenden polnischen Einheiten in den britischen Mandatsgebieten im Nahen Osten mit den aus der Sowjetunion evakuierten Einheiten verschmolzen und bildeten die Polnische Armee im Osten. Aus ihr entstand später das 2. Polnische Korps unter dem Kommando von General Anders; es wurde 1943 nach Italien verlegt und war daran beteiligt, die Deutschen von der Apenninhalbinsel zu verdrängen.

Der Beitritt der Vereinigten Staaten zum Zweiten Weltkrieg im Dezember 1941 war für die Polen eine Quelle zusätzlichen Optimismus. US-Präsident Franklin Delano Roosevelt hatte vielfach seine Bewunderung für den ungebrochenen Widerstandsgeist der polnischen Nation zum Ausdruck gebracht. Er stärkte damit Hoffnungen auf eindeutige Unterstützung nicht nur des



■ General Władysław Anders – Befehlshaber des 2. Polnischen Korps. Seine Soldaten haben Monte Cassino erobert (NAC)

Wiederaufbaus Polens in seinen Vorkriegsgrenzen, sondern auch auf eine Korrektur der Grenzen im Westen und Norden auf Kosten Deutschlands, deren strategisch ungünstiger Verlauf dem Deutschen Reich seinen Angriff und die Eroberung Polens im September 1939 erleichtert hatte.

Am 14. August 1941 hatten Roosevelt und Churchill gemeinsame Grundsätze ihrer Kriegsziele formuliert, die später als „Atlantikcharta“ bekannt wurden. Sie wurde das grundlegende Dokument, auf das sich in den späteren Jahren die Vereinten Nationen in ihrem Kampf gegen die Achsenmächte beriefen. Auch die Sowjetunion hatte diese Prinzipien unterzeichnet. In diesem Dokument wird jede Art von Grenzänderung von eroberten Staaten ohne Einwilligung der betroffenen Bevölkerung kategorisch abgelehnt. Damit war den sowjetischen Bemühungen um eine völkerrechtliche Anerkennung ihrer 1939–1941 entstandenen Westgrenzen ein zumindest formales Hindernis in den Weg gelegt.

**Auszug aus dem Text der Atlantik-Charta. Panzerschiff „Prince of Wales“,
14. August 1941**

Gemeinsame Erklärung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und von Premierminister Churchill in Vertretung der Regierung Seiner Königlichen Majestät im Vereinigten Königreich, welche es nach einem Treffen für angemessen halten, bestimmte gemeinsame Grundsätze zu verkünden, auf denen ihre jeweilige nationale Politik und ihre Hoffnungen für die Zukunft der Welt beruhen:

Erstens streben ihre Länder zu keiner territorialen oder sonstigen Erweiterung;
Zweitens werden sie keinerlei Gebietsveränderungen zustimmen, die nicht mit dem frei zum Ausdruck gebrachten Willen der betroffenen Bevölkerungen übereinstimmen;

Drittens achten sie das Recht aller Völker, selbst die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen, und sie streben an, all jenen, denen sie mit Gewalt genommen wurden, ihre souveränen Rechte und ihre Autonomie zurückzugeben;
[...]

Quelle: *Historia powszechna 1918–1945. (Wybór tekstów źródłowych)*, oprac. B. Łyczko-Grodzicka, M. Pułaski, [B. Łyczko-Grodzicka, M. Pułaski (Hg.), Allgemeine Geschichte 1918–1945. Auswahl von Quellentexten] Kraków 1981, S. 220.

TRÜGERISCHE HOFFNUNGEN

Seit sie Verbündete der totalitären Sowjetunion geworden waren, leiteten die Angelsachsen ihre Kriegspropaganda so, dass Informationen über die verbrecherische Natur der UdSSR verwischt

oder verschwiegen wurden. Sie unternahmen große Anstrengungen, um ein Bild von der Sowjetunion als einer „anderen Form der Demokratie“ zu schaffen. Einige wollten sogar glauben, dass der imperialistische Charakter von Stalins Staat sich unter dem Eindruck der Niederlagen zu verändern beginne. Es ist nicht zu bestreiten, dass schon die Tatsache der Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion mediale Bemühungen solcher Art erleichterte.

Leider hatte sich in Wirklichkeit die Natur des sowjetischen Staates nicht grundlegend geändert. In den Augen der Polen bestätigten die tragischen Erfahrungen der sowjetischen Okkupation 1939–1941 das Bild der Diktatur Josef Stalins als nicht minder unterdrückerisch als die Herrschaft von Hitlers Staat. Zwar war die düstere Wahrheit über das Verbrechen von Katyń zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt; aber die Regierung Polens erhielt aus dem besetzten Land detaillierte Berichte über die Deportationen, Verbrechen und Brutalitäten der sowjetischen Behörden gegenüber den Bewohnern der besetzten Gebiete in der zurückliegenden Zeit.

Wie schon erwähnt, war eines der Motive, die Beziehungen mit der UdSSR 1941 wieder anzuknüpfen, der Wunsch, das schwere Schicksal hunderttausender polnischer Bürger in sowjetischen Lagern und Zwangsansiedlungsorten zu beenden. Es war klar, dass Stalin als bisheriger Verbündeter Hitlers keine der verbrecherischen Entscheidungen zurücknehmen würde, die zuvor das Leben von Millionen Menschen total umgewandelt hatten. Wissen über das erschütternde Ausmaß der sowjetischen Repressionen vor 1941 war nicht nur den polnischen Behörden zugänglich. Nachfragen über den Verbleib tausender „vermisster“ Offiziere, die Polen zum Dienst in den neu aufgestellten Einheiten der polnischen Armee heranziehen wollte, quittierten die Russen mit verschiedenen, gelegentlich einander widersprechenden, Erklärungen über deren angebliche „Flucht“ aus der UdSSR.

Unter diesen Umständen wurde es für viele offenkundig, dass im Osten sowohl ein endgültiger Sieg des totalitären Deutschlands, als auch ein Sieg der totalitären UdSSR die polnischen Hoffnungen auf eine Wiedergewinnung von Freiheit der Bürger und Unabhängigkeit des Staates bedrohen würde.

Die für Polen vorteilhafteste Entwicklung der Ereignisse im Osten wäre gewesen, dass die beiden totalitären Mächte einander in unentschiedenen Kämpfen weit ostwärts der polnischen Grenzen ausgeblutet und ihre Militärpotentiale gegenseitig geschwächt hätten. So weit, dass keiner dieser Staaten seine imperialen Pläne zur Versklavung anderer Nationen noch hätte realisieren können. Dann wäre ähnlich wie 1918 die Bezwingung des geschwächten Deutschlands durch die Staaten des Westens möglich geworden.

Hoffnungen knüpften die polnischen Behörden auch an alliierte Überlegungen, die Invasion des europäischen Kontinents auf der Balkanhalbinsel zu beginnen. Für diese Option sprach sich vor allem der britische Premier Winston Churchill aus. Eine solche Invasion hätte Chancen darauf eröffnet, dass Polen durch angelsächsische verbündete Kräfte befreit worden wäre, in deren Reihen die Polnischen Streitkräfte im Westen gekämpft hätten. Wäre dieses Szenario zum Tragen gekommen, hätte sich die Möglichkeit ergeben, Deutschland in Westeuropa zu besiegen, noch bevor sich die Rote Armee Polen hätte nähern können. Das hätte den Polen die Chance gegeben, das militärische und politische Potential eines freien Staates wieder aufzubauen, der seine Souveränität und seine Grenzen vor eventuellen aggressiven Umtrieben der kommunistischen Sowjetunion verteidigt hätte.

SOWJETISCHE SABOTAGE

Die polnischen Befürchtungen vor Russland waren nur allzu berechtigt. Stalin verzichtete nur vorübergehend darauf, seine feindlichen Absichten gegenüber Polen übermäßig herauszustellen. Aber er unternahm schon in den ersten Monaten nach der Unterzeichnung der Vereinbarungen mit Polen insgeheim Initiativen, die gegen Buchstaben und Geist der sowjetisch-polnischen Abkommen verstießen. Schon im Sommer 1941 ordnete er in Moskau an, die der Sowjetunion unterstehenden kommunistischen Sabotagestrukturen im deutsch besetzten Teil Polens wieder aufzubauen. Speziell ausgebildete Gruppen kommunistischer Funktionäre wurden in den nächsten Monaten nach Zentralpolen geschleust und begannen unter dem Namen „Polnische Arbeiterpartei“ (PPR) tätig zu werden. In den östlichen Gebieten Polens operierten sowjetische Partisanenabteilungen und Sabotagetrupps, die ohne Absprache mit den polnischen Behörden tätig waren und nicht selten eine Bedrohung für die polnische Bevölkerung darstellten.

Schon damals war Stalin bemüht, die Briten zur Anerkennung der 1939 vorgenommenen Abtrennung der Osthälfte Polens zu bewegen. Er bemühte sich darum, dass die Bug-Linie als Westgrenze der UdSSR anerkannt wird. Trotz der Verpflichtungen gegenüber Polen war London 1942 zu Zugeständnissen in dieser Angelegenheit bereit. Dies wurde bei den Vorbereitungen für die Unterzeichnung eines neuen militärischen und politischen Traktats zwischen den Briten und den Sowjets deutlich. Moskau forderte, dass seine Grenzen von 1941, die Ostpolen und andere annektierte Gebiete (die baltischen Staaten, das rumänische Bessarabien und die Bukowina) umfassten, in den Traktat aufgenommen werden. Diese äußerst ungünstigen Lösungen wären für die polnischen Behörden inakzeptabel gewesen. Im Jahre

REICHWEITE DER DEUTSCHEN OSTFRONT IN DEN JAHREN 1941–1942

Maciej Korkuc/Maciej Mikulski



1942 hatte Polen jedoch noch eine relativ starke Position im Lager der Alliierten. In dieser Angelegenheit gewann es einen mächtigen Verbündeten in der Person des Präsidenten der Vereinigten Staaten, der sich dann persönlich entschieden gegen die Annahme der territorialen Forderungen Stalins aussprach und an die Grundsätze der Atlantik-Charta erinnerte. Er zwang das Vereinigte Königreich, sich den sowjetischen Forderungen in dieser Hinsicht zu widersetzen. Er versprach auch persönlich Premierminister Sikorski, dass er einen solchen Ansatz für das polnische Territorium nicht zulassen würde. Polen betrachtete dies auch als einen Erfolg seiner eigenen Diplomatie. Moskau musste mit Unmut akzeptieren, dass der britisch-sowjetische Pakt nicht die von Stalin gewünschten Grenzerklärungen enthalten würde.

PLATZ IM LAGER DER ALLIIERTEN

Bis Ende 1942 wurde Polen als Subjekt behandelt und hatte eine relativ starke Position unter den Alliierten. Der polnische Staat besaß zu diesem Zeitpunkt immer noch die reale Unterstützung des amerikanischen Verbündeten in Sachen eigener Grenzen und territorialer Integrität und versuchte auch die Sowjets zu zwingen die Annexion der baltischen Staaten und rumänischen Gebiete, die 1940 von der UdSSR erobert wurden, aufzuheben.

Damals war Polen Organisator von gemeinsamen Initiativen und Reden der von Deutschland besetzten europäischen Länder. In einer solchen Atmosphäre suchte es auch die Stigmatisierung der deutschen Gräueltaten und Verbrechen am jüdischen Volk durch die internationale Gemeinschaft, indem es auch die unvermeidliche Bestrafung aller Verbrecher ankündigte.

1942 musste sich die Sowjetunion vor allem darauf konzentrieren, dem deutschen militärischen Erfolg an der Ostfront entgegenzuwirken.

Als sich Ende 1942 die Niederlage der Achsenmächte auf den Hauptkriegsschauplätzen abzeichnete, konnte Polen damals trotz schmerzlicher Verluste immer noch an die Möglichkeit glauben, den Krieg als eine der nicht nur freien und souveränen Siegermächte zu beenden, aber auch als ein Staat, welcher über die Nachkriegsordnung des Kontinents mitentscheiden wird.

Erst im folgenden Jahr wurde diese Perspektive durch die feindlichen Aktionen Stalins gegen die Republik Polen im Lager der Alliierten zunichte gemacht. Ihr Hintergrund war die Zunahme der Stärke der Sowjetunion nach den Frontsiegen gegen Deutschland und der endgültigen Übernahme der militärischen Initiative 1943. Was noch schlimmer ist, fiel dies mit einer Änderung der Grundsätze der Politik des US-Präsidenten zusammen, die zu größeren Zugeständnissen gegenüber Stalins Handeln führte als zuvor.



VII

FREIHEIT – ABER NICHT FÜR DIE POLEN

DER POLITISCHE DURCHBRUCH

1943 wendeten sich die Rahmenbedingungen für die Pläne zur Verwirklichung des Wiederaufbaus des unabhängigen Polens zum Schlechteren. Der sowjetische Sieg bei Stalingrad brachte den definitiven Durchbruch an der Ostfront. Stalin eröffnete sich die Perspektive eines siegreichen Durchmarschs der Roten Armee in Richtung Westen und damit der Realisierung seiner imperialen Pläne zur Eroberung mindestens eines Teils von Europa. Mehr noch: Moskau konnte jetzt anfangen sein Bestreben, den Einflussbereich der bolschewistischen Revolution auszuweiten, unter realer Duldung seitens der Staaten des Westens ins Leben zu rufen. Das erhöhte weltweit die propagandistische Tragweite der kommunistischen Ideologie.

Polen war das größte Land, das die UdSSR von Deutschland trennte. Stalin war – anders, als er es nach außen darstellte – in Wahrheit weder an Freundschaft noch an Zusammenarbeit mit Polen interessiert. Er wollte freie Hand bei der Entscheidung über die künftigen Grenzen und die Gesellschaftsordnung Polens, über seine Regierung und das Schicksal seiner Bewohner. Die Geschichte hat gezeigt, dass er nicht nur den Raub fast der Hälfte des Territoriums der Republik Polen anstrebte, sondern auch konsequent darauf abzielte, den ganzen Reststaat zu versklaven.

Damals war Polen immer noch ein politisch bedeutendes Mitglied des antideutschen Bündnisses, auch wenn es wegen seines beschränkten militärischen Potentials sicher nicht in der ersten Reihe stand. Daher ging der Kreml Schritt für Schritt vor. Seine aggressive Politik gegenüber Polen gliederte sich in viele Etappen. War eine seiner Forderungen erfüllt,

kam der Moment, die nächste zu stellen. In den ersten Monaten des Jahres 1943 bemühte sich Stalin, das Ansehen und die Bedeutung Polens im Rahmen der alliierten Koalition zu mindern, dann ging es ihm darum, Polen nach und nach aus dem Bündniszusammenhang hinauszudrängen, so dass es schließlich von einem Subjekt der internationalen Politik zu deren Objekt herabgewürdigt wurde.

Der Kreml begann mit provokativen Aktivitäten, die die Spannungen im polnisch-sowjetischen Verhältnis erhöhten. So zwang er der polnischen Bevölkerung, die aus den sowjetischen Lagern und Zwangsansiedlungsorten befreit worden war, erneut die sowjetische Staatsbürgerschaft auf. Unmittelbar darauf befahl er den sich in der Sowjetunion aufhaltenden polnischen Kommunisten, das Entstehen eines sogenannten Bunds Polnischer Patrioten in der Sowjetunion bekanntzugeben. Dieses Gebilde gab vor, unabhängige Kräfte zu vereinen, die kritisch gegenüber der Londoner Exilregierung Polens eingestellt waren. In Wahrheit war es ein weiteres und völlig von Moskau abhängiges Instrument der antipolnischen Politik und Propaganda der UdSSR. Moskau war konsequent bestrebt, die Spannungen in den bilateralen Beziehungen zu eskalieren zu lassen.

AGGRESSION INNERHALB DER KOALITION

Um diese Zeit, im Frühjahr 1943, änderte US-Präsident Franklin Delano Roosevelt seine Haltung zu den sowjetischen Gebietsansprüchen. Er ließ den Grundsatz fallen, das gesamte Territorium des polnischen Verbündeten gegen sowjetische Forderungen zu verteidigen. Dies kam in seinen Äußerungen anlässlich des Besuchs des britischen Außenministers in Washington eindeutig zum Ausdruck. Es bedeutete, dass die USA nicht mehr vorhatten, alle Grundsätze der Atlantikcharta auch bezüglich Polens und der anderen kleinen und mittleren Staaten Mittel – und Osteuropas durchzusetzen, die imperialen Ansprüchen der Sowjetunion ausgesetzt waren. Der Präsident wies auch Appelle einiger seiner Beamten zurück, die Russen mit der Forderung zu konfrontieren, die Souveränität Polens zu respektieren, wenn sie weiterhin in großem Umfang Waffen und militärische Ausrüstung aus den USA erhalten wollten.

Roosevelts Äußerungen waren zunächst gegenüber den Briten inoffiziell gefallen; aber die Nachricht über die Änderung des amerikanischen Standpunkts hinsichtlich der sowjetischen Forderungen gelangte schnell auch in den Kreml. Unter diesen Bedingungen kam Stalin zu dem Ergebnis, dass er über die Forderungen hinaus, die Osthälfte des polnischen

Territoriums zu annektieren, nunmehr zu einer neuen Etappe seiner antipolnischen Politik übergehen könne.

Vor allem wollte sich der sowjetische Diktator der diplomatischen Einschränkungen entledigen, die sich aus der Pflege zwischenstaatlicher Beziehungen zwischen der UdSSR und Polen ergaben. Er suchte einen bequemen Vorwand, die Beziehungen abubrechen. Die Wahl fiel schließlich auf das Bekanntwerden des von der UdSSR verübten Verbrechens von Katyn und kleidete sich in die Form sowjetischer Entrüstung über die „deutschen Betrugsmanöver“. Die sowjetischen Behörden verkündeten, das Verbrechen sei von Deutschland verübt worden, und sie verlangten von Polen eine eindeutige Bestätigung ihrer Lügen. Dem konnte Polen selbstverständlich nicht zustimmen.

So brach Moskau am 25. April 1943 die diplomatischen Beziehungen zu Polen ab. Dies bedeutete die vollständige Auflösung aller polnischen Vertretungen in der UdSSR und gleichzeitig den Verlust jedweden diplomatischen und konsularischen Schutzes für Polen auf dem Gebiet der Sowjetunion. Eine Eskalation der sowjetischen Forderungen gegenüber Polen ging damit einher; jetzt betrafen sie schon nicht mehr nur sein Territorium, sondern auch die personelle Zusammensetzung seiner Regierung.

Auf diese Weise wurde die Republik Polen als einziges aktives Mitglied der antideutschen Koalition schon während des Krieges Ziel einer bündnisinternen Aggression seitens der UdSSR. In der ersten Phase äußerte sich diese aggressive Politik vor allem auf diplomatischem und propagandistischem Gebiet; in der nächsten – ab 1944 – kam die aktive Nutzung militärischer und polizeilicher Mittel hinzu.

Die starken sowjetischen Partisanengruppierungen, die in den deutsch besetzten Bezirken Wilna und Nowogródek² aktiv waren, erhielten schon damals den Befehl, die Abteilungen der polnischen Heimatarmee AK mit aller Brutalität zu bekämpfen und zu beseitigen. Damals begannen auch Mordaktionen an der die AK unterstützenden polnischen Bevölkerung.

Ende 1943 erhielt Stalin bei der alliierten Kriegszielkonferenz in Teheran direkt aus dem Munde von Roosevelt und Churchill die geheime Einwilligung in die Annexion der Osthälfte Polens. Sie äußerte sich darin, dass die westlichen Alliierten die sog. Curzon-Linie als Ostgrenze Polens akzeptierten. Unter diesen Umständen intensivierte der Krenl hinter dem Rücken der Alliierten seine Vorbereitungen zum Aufbau konkurrierender „polnischer“ Machtstrukturen.

² Heute: Nawagrudok in Belarus (A.d.Ü.)



▪ General Kazimierz Sosnkowski – Oberbefehlshaber der Polnischen Streitkräfte in den Jahren 1943–1944 (NAC)

DER PLAN „STURM“

Im Polnischen Untergrundstaat hatte man sich die ganzen Besatzungsjahre über auf den sogenannten „Allgemeinen Aufstand“ vorbereitet. Konspirative Militärstrukturen waren aufgebaut, Partisanengruppen ausgebildet und Waffen gesammelt worden, um im richtigen Augenblick

mit Unterstützung polnischer Luftwaffen- und Luftlandeeinheiten aus dem Westen gegen die Deutschen loszuschlagen. Als Zeitpunkt war der Moment in Aussicht genommen, zu dem die deutsche Übermacht zusammenbrechen würde. Anschließend hätte Polen durch die westlichen Alliierten und polnische Streitkräfte befreit werden sollen. Eine Realisierungschance hätte dieses Konzept gehabt, wenn der Plan einer angelsächsischen Invasion auf dem europäischen Kontinent aus Richtung der Balkanhalbinsel verwirklicht worden wäre. Auch als die Angelsachsen (nicht zuletzt unter sowjetischem Druck) das Balkan-Szenario fallenließen, waren noch nicht alle Hoffnungen vergebens. Bestärkt wurden sie durch die erfolgreiche alliierte Offensive in Italien, in deren Verlauf bis zum Dezember 1943 Sizilien und die ganze Südhälfte der Apenninenhalbinsel besetzt worden waren.

Immer realistischer wurde jedoch die Perspektive, dass die den polnischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit feindlich gegenüberstehende Rote Armee von Osten her nach Polen eindringen würde. Die militärischen Pläne mussten also in einer Weise geändert werden, die durch ihren militärischen und politischen Widerhall die UdSSR gezwungen hätten, gegenüber Polen die Grundsätze der Atlantikcharta anzuerkennen und die polnische Souveränität zu respektieren.

In dieser Situation entstand eine neue Konzeption antideutscher Aufstandsaktivitäten der Heimatarmee. Sie erhielt den Decknamen „Sturm“ und bestand darin, dass nicht mehr gleichzeitig im ganzen Land bewaffnete Operationen aufgenommen werden sollten, sondern in einzelnen Regionen direkt vor dem Eindringen sowjetischer Truppen. Die Absicht war, im unmittelbaren Hinterland der Deutschen lokale Aufstände auszulösen, mit polnischen Kräften größere und kleinere Ballungsräume zu befreien, um gegenüber den Sowjets als Verbündete und Hausherrn in den betreffenden Gebieten auftreten zu können. Die bestehenden illegalen Militär- und Verwaltungsstrukturen sollten ihre Tätigkeit offenlegen und eine legale polnische Verwaltung und Polizei bilden, die gleichzeitig die Bereitschaft zum weiteren Kampf gegen die Deutschen an der Seite der Sowjets im Rahmen der Anti-Hitler-Koalition erklären sollten. Dahinter stand die Kalkulation, dass die Sowjets aus politischen und propagandistischen Gründen sowie unter dem Druck der angelsächsischen Alliierten nicht umhin kommen würden, die polnischen Machtorgane und ihre Souveränität zu respektieren.

Nach der Logik des Krieges setzte Polen darauf, dass ihre militärische Anstrengung sich in medialen und politischen Auswirkungen innerhalb des alliierten Lagers niederschlagen würde. Andere Druckmittel hatte es nicht mehr.



■ Einmarsch der Trupps der Heimatarmee in Szczepreszyn, Region Lublin, im Rahmen der Aktion „Burza/Sturm“, 26. Juli 1944 (AIPN)

VERGEBLICHE ANSTRENGUNGEN

Im Januar 1944 überschritt die Rote Armee zum zweiten Mal im Laufe des Zweiten Weltkriegs die polnische Ostgrenze. Am 20. Januar 1944 gab die Exilregierung Polens eine Erklärung darüber ab, dass „die Polnische Nation sowjetische Ansprüche auf die Ostgebiete des Polnischen Staates kategorisch und unbedingt zurückweist“.

Die ersten polnischen Partisaneneinheiten der Heimatarmee, die den „Sturm“-Plan umsetzten, kämpften in Wolhynien. Einheiten aus den Regionen Wilna und Nowogródek beteiligten sich im Juli 1944 an mehrtätigen Kämpfen mit den Deutschen um die Stadt Wilna. Die Rote Armee schloss sich den Zusammenstößen in der Stadt an. Die Heimatarmee nahm auch an den Kämpfen um Lemberg und hunderte anderer Städte und Ortschaften teil.

Während der Kämpfe an der Front nutzten die sowjetischen Kommandeure die Hilfe der AK und äußerten vielfach offiziell ihre Dankbarkeit für die polnischen Soldaten, die sie bei den Kämpfen mit den Deutschen unterstützt hatten. Nach Abschluss der Kämpfe dagegen verhafteten die Sowjets auf heimtückische Weise (unter anderem bei speziell arrangierten

-
- General Tadeusz Bór-Komorowski – Hauptkommandierender der Heimatarmee in den Jahren 1943–1944 (NAC)



gemeinsamen „Stabsbesprechungen“) den Führungskader der AK. Gleichzeitig begannen sie mit der Entwaffnung und Inhaftierung tausender einfacher Soldaten der AK. Einen Teil gliederten sie zwangsweise in Einheiten ein, die Moskau unterstellt waren, andere wurden verhaftet und in Lager im Inneren der Sowjetunion verschickt. Diejenigen, die versuchten, ihre Freiheit zu behalten und Widerstand leisteten, wurden von den Sowjets rücksichtslos ermordet. Sowjetische Repressionen in massenhaftem Umfang trafen auch wieder die polnische Zivilbevölkerung. Die neue Besatzung Ostpolens war eine Tatsache geworden.

Diese Aktivitäten betrafen Gebiete, auf die die Sowjetunion unverhohlenen Ansprüche erhob. Die Polen hatten aber keine Ahnung, wie sich die Sowjets westlich der Bug-Linie („Curzon-Linie“) verhalten würden, also auf Gebieten, deren Zugehörigkeit zu Polen sie offiziell nicht in Frage stellten. Starke Einheiten der Heimatarmee eröffneten den Kampf also auch in den Regionen Lublin und Rzeszów, im östlichen Masowien, im Krakauer Land und Landkreis Kielce. Dabei befreiten sie selbständig hunderte von Ortschaften.

Es stellte sich aber heraus, dass Stalin – statt die rechtmäßigen Behörden Polens anzuerkennen – auch hier seine eigenen imperialen Szenarien realisierte. In Moskau entstand ein vollständig von der Sowjetunion abhängiges „Polnisches Komitee zur Nationalen Befreiung“ (PKWN). Die UdSSR erklärte dieses Komitee zur einzigen legalen Staatsmacht in

Polen westlich der Curzon-Linie. Auf beiden Seiten des Bug gingen die blutigen sowjetischen Repressalien gegen tausende Soldaten der AK und anderer auf die polnische Unabhängigkeit orientierten Organisationen sowie gegen Beamte der Verwaltung des Polnischen Untergrundstaates weiter. Auf diese Weise schlug die UdSSR als ein Mitglied des alliierten Lagers gegen ein anderes Mitglied der Alliierten zu. Stalin hatte vor, auf diese Weise die Strukturen des Polnischen Untergrundstaates vollständig zu zerstören, um auf polnischem Territorium einen vollkommen neuen Staat zu installieren, der völlig vom Kreml abhängig war.

Auszug aus der Erklärung der Regierung der Republik Polen vom 5. Januar 1944 im Zusammenhang mit dem neuerlichen Überschreiten der Vorkriegsgrenzen Polens durch die Rote Armee:

Die Polnische Nation hat sich als erste dem deutschen Ansturm entgegengestellt und sieht sich seit über vier Jahren trotz unermesslicher Opfer und Leiden ständiger Gewalt ausgesetzt, ohne einen Quisling hervorgebracht zu haben. Polen hat jeden Kompromiss und jede Zusammenarbeit mit dem Angreifer abgelehnt [...] Die Polnische Nation hat daher das Recht, im Augenblick der Befreiung von der feindlichen Besatzung völlige Gerechtigkeit und Genugtuung zu erwarten. Die möglichst zügige Wiederherstellung der souveränen staatlichen Macht Polens über die dem Feind entrissenen Gebiete der Republik sowie die Sicherung von Leben und Besitz seiner Bürger sind unerlässliche Bedingungen dieser Gerechtigkeit. [...] Die Regierung Polens als einzig rechtmäßige, von den Polen im In- und Ausland, den alliierten Regierungen und allen freien Staaten anerkannte Instanz und Ausdruck des Willens der Polnischen Nation [...] stellt das unveräußerliche Recht Polens auf seine Unabhängigkeit, wie es in den allen Vereinten Nationen gemeinsamen Prinzipien der Atlantikcharta sowie in geltenden internationalen Vertragswerken feierlich bekräftigt wurde, fest. [...] Die Regierung Polens erwartet, dass die Sowjetunion die Rechte und Interessen der Republik Polen und ihrer Bürger respektiert.

Quelle: *Oczekujemy uszanowania praw Rzeczypospolitej i jej obywateli. Oświadczenie Rządu RP* [Wir erwarten Respekt für die Rechte der Republik und ihrer Bürger. Erklärung der Regierung der Republik Polen], in: „Dziennik Polski i Dziennik Żołnierza“ [Polnische und Soldatenzeitung], 6.1.1944, Nr. 4

DER WARSCHAUER AUFSTAND

Der spektakulärste Akt des Kampfs um das Recht der Republik Polen auf Unabhängigkeit war der Warschauer Aufstand, der am 1. August 1944 ausbrach – als sich sowjetische Einheiten

BIULETYN INFORMACYJNY

WYDANIE CODZIENNE

Rok 6

Warszawa, środa 2 sierpnia 1944 r.

Nr. 33-242

Dowódca Armii Krajowej dał rozkaz do walki z wrogiem

ŻOŁNIERZE STOLICY

Wydałem dziś upragniony przez Was rozkaz do [awnej] walki z odwiecznym wrogiem Polski, najeźdźcą niemieckim. Po pięciu blisko latach nieprzerwanej i twardej walki prowadzonej w podziemiach konspiracji! stajecie dziś otwarcie z bronią w rękę, by Ojczyźnie przywrócić Wolność i wymierzyć zbrodniarzom niemieckim przykładową karę za terror i zbrodnie dokonane na ziemiach Polski.

Warszawa, 1.VIII-1944 r.

Dowódca Armii Krajowej
(-) BÓR

- Befehl des Befehlshabers der Heimatarmee General Bór-Komorowski über die Aufnahme eines offenen Kampfes gegen den deutschen Aggressor im besetzten Warschau („Biuletyn Informacyjny”, 2. August 1944)

bereits der Weichsel näherten. In den von der Heimatarmee befreiten Bezirken der Hauptstadt nahmen staatliche Strukturen Polens ihre Arbeit auf. Stalin hatte nicht damit gerechnet, dass eine im Untergrund geschaffene Armee aus Menschen, die im Alltag das Leben gewöhnlicher Zivilisten führten, imstande sein würde, lang und mit einigem Erfolg reguläre und bis an die Zähne bewaffnete Einheiten der deutschen Armee zu kämpfen.

Gleichzeitig verdarb der Wiederaufbau der freien Republik Polen auf dem Gebiet ihrer Hauptstadt Stalin seine Pläne, die prosovjetsche Marionettenregierung des PKWN nach Warschau zu verlegen. Er dementierte auch die von den Sowjets verkündete falsche These, die Heimatarmee stehe nur auf dem Papier, und die einzige ernstzunehmende Widerstandskraft in Polen seien die Kommunisten. Am besten hätte es den Erwartungen Moskaus entsprochen, wenn die Deutschen den Aufstand schnell niedergeschlagen und die Hauptkräfte des polnischen Untergrundstaats vernichtet hätten.

Deshalb bestritt Stalin zunächst, dass in Warschau überhaupt irgendwelche Kämpfe ausgebrochen seien. Schnell stellte sich allerdings heraus, dass die Deutschen nicht in der Lage waren, den Aufstand innerhalb weniger Tage zu ersticken. Daraufhin wurde im Kremli

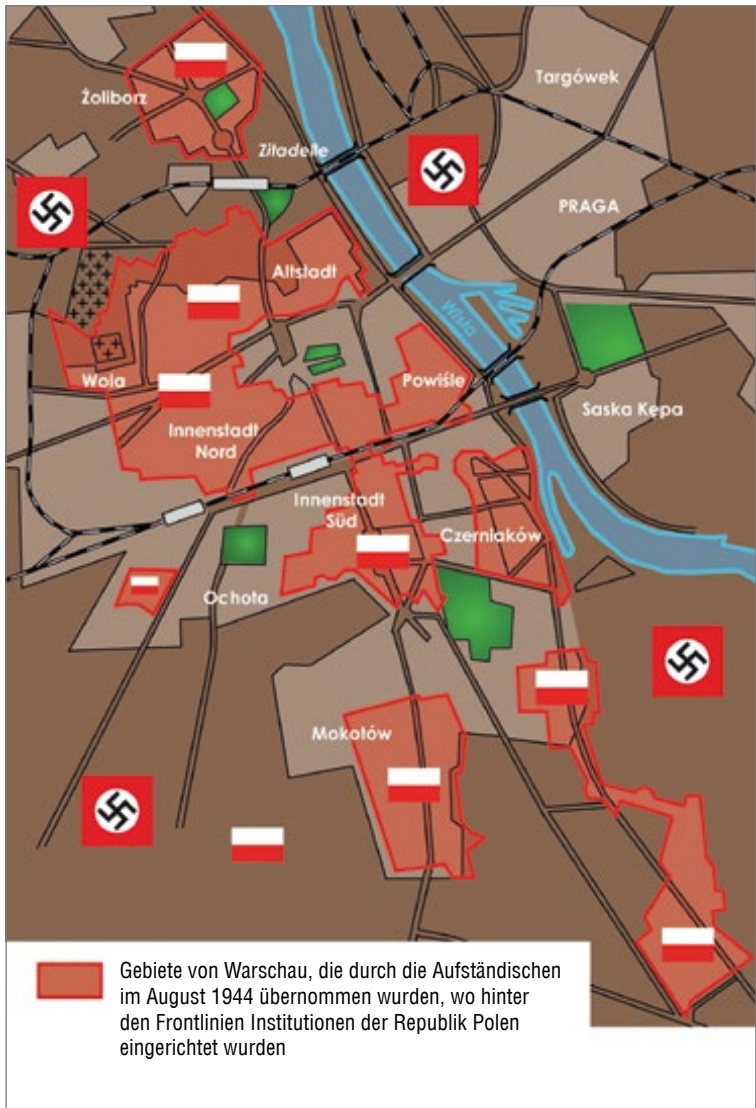


▪ Gruppe von Aufständischen in Warschau im August 1944 (Wikimedia Commons)

die Entscheidung getroffen, feindselige Schritte gegen den polnischen Aufstand zu unternehmen. Zunächst stoppte Stalin die Offensive, die die Rote Armee bis vor die Tore von Warschau gebracht hatte, und verzichtete auf die Realisierung früherer Pläne, die Stadt zu erobern. Stalin gab Hitler Zeit, die polnischen Kräfte völlig zu zerschlagen.

Unterdessen hatten die westlichen Alliierten eingewilligt, die Aufständischen aus der Luft mit Waffen, Munition und Lebensmitteln zu versorgen. Mitte August 1944 wandten sie sich mit der Bitte an die Sowjets, ihre Flugzeuge, aus denen die Unterstützung abgeworfen wurde, auf Flughäfen hinter der sowjetischen Front zwischenlanden und auftanken zu können. Das hätte erlaubt, die Hilfe der Alliierten für die Stadt zu vervielfachen. Denn bis dahin hatten die Flugzeuge, statt mehr Ausrüstung für die Aufständischen an Bord nehmen zu können, ein Maximum an Treibstoff tanken müssen, um wieder auf ihre Startbasen in Italien zurückkehren zu können. Dies war die Zeit, in der der Aufstand seine größten Erfolge erzielte. Damals hätte die Hilfe wirklich in die Hände der AK-Soldaten gelangen können. Die Sowjets jedoch verweigerten ihre Mitwirkung. Sie wollten nicht, dass die kämpfenden

WARSCHAUER AUFSTAND IN DEN ERSTEN WOCHEN DER KÄMPFE IM AUGUST 1944





■ Die Deutschen verlassen das von den polnischen Aufständischen eroberte PASTA-Gebäude in der Innenstadt von Warschau (AIPN)

DEUTSCHE UND SOWJETISCHE MASSNAHMEN GEGEN DIE POLNISCHEN TRUPPS, DIE DEN WARSCHAUER AUFGSTAND 1944 UNTERSTÜTZEN WOLLTEN



Gebiete, wo polnische Trupps der Heimatarmee, die den Warschauer Aufstand unterstützen wollten, angegriffen, im Kampf zerschlagen bzw. entwaffnet bzw. blockiert wurden durch:

- die Deutschen
- die Sowjets
- Linie der sowjetisch-deutschen Front
- Marschrichtungen der Trupps der Heimatarmee

Maciej Korcuć/Maciej Mikulski

Polen gestärkt würden. Der britische Botschafter, den der sowjetische Vizeaußenminister Andrej Wyschinskij in dieser Sache empfing, erhielt eine vielsagende Botschaft: „Die sowjetische Regierung kann dem nicht zustimmen. Der Ausbruch der Kämpfe in Warschau, in die die Zivilbevölkerung hineingezogen wurde, ist ausschließlich das Werk von Abenteurern. Die Sowjetregierung kann hierzu nicht die Hand reichen“.

Mitte August 1944 rief der Oberkommandierende der Heimatarmee, General Tadeusz Bór-Komorowski, alle gut bewaffneten Abteilungen der AK auf, der kämpfenden Hauptstadt zu Hilfe zu kommen. Sowohl deutsche, als auch sowjetische Truppen unternahmen militärische Manöver, um die Stärkung der Unterstützung für die in der Hauptstadt kämpfenden polnischen Soldaten zu verhindern. Deutsche Truppen stoppten und bekämpften AK-Abteilungen aus dem nördlichen und westlichen Masowien, dem Bezirk Radom-Kielce und aus der Region um Krakau. Die Sowjets suchten, entwaffneten und zerschlugen polnische Partisanenabteilungen, die sich aus den Regionen Podlasie, östliches Masowien, den Regionen Lublin, Rzeszów und Lwów in Richtung Warschau auf den Weg gemacht hatten. Paradoxiereise war dies die letzte Manifestation der tatsächlichen (wenn auch nicht formell vereinbarten) sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit in diesem Krieg, die auf die Umsetzung militärischer und politischer Ziele abzielte, welche wieder gegen die Republik Polen gerichtet waren.

DIE KAPITULATION

Unter diesen erschwerenden Umständen kämpften die Soldaten der AK zwei Monate lang heldenhaft auf den Barrikaden der Hauptstadt gegen die Deutschen, die in einer gigantischen Übermacht waren. Hitler beeilte sich, die Möglichkeiten zu nutzen, die ihm das Anhalten der sowjetischen Offensive bot. So konnte die erdrückende Übermacht der deutschen Einheiten insbesondere an schweren Waffen und Munition gegen die Aufständischen zum Tragen kommen.

In den Bezirken von Warschau, die sie zurückeroberten, verübten die Deutschen massenhafte Kriegsverbrechen: sie ermordeten etwa 150.000 Bewohner der Hauptstadt. Später behauptete die kommunistische Propaganda jahrzehntelang, die Ermordeten seien „Opfer des Aufstands“ gewesen. In Wahrheit waren sie die Opfer weiterer Massenmorde der Deutschen außerhalb des Frontgebiets.

Die Sowjets behielten ihre Ablehnung von Landungen britischer und amerikanischer Hilfsflüge für die Aufständischen bis in die zweite Septemberwoche bei. Dann bemerkten sie

die propagandistischen Kosten dieses Verhaltens: in der internationalen Presse erschienen Artikel, die die wirklichen Ziele Moskaus entlarvten: den Deutschen die schnelle Niederschlagung des Aufstands zu ermöglichen. Mitte September besetzten die Sowjets die rechts der Weichsel gelegenen Teile von Warschau. Erst jetzt, wo in den Händen der Aufständischen nur noch kleine Teile der ursprünglich befreiten Gebiete von Warschau waren, stimmten die Sowjets aus propagandistischen Erwägungen heraus kleineren Landungsoperationen auf dem westlichen Flussufer zu. Doch die Operation sollte nur von begrenztem Ausmaß – einer Armee im Rahmen einer Front – sein und nur von einem einzelnen aus Polen bestehenden taktischen Verband durchgeführt werden. Eine mit so begrenzten Ressourcen durchgeführte Operation hatte nichts mehr gemein mit der ursprünglich geplanten und nach dem Ausbruch des Aufstandes abgeblasenen Großoffensive unter Beteiligung großer Mengen von Panzern, Artillerie und Flugzeugen. Jetzt wurden die Landungsoperationen ohne entsprechende Unterstützung gestartet; so brachten sie auch keine messbaren militärischen Ergebnisse, sondern endeten in einer blutigen Niederlage. Auch andere Aktivitäten der Sowjets in der Schlussphase des Aufstands hatten nur noch propagandistischen Sinn und keine praktischen Ergebnisse mehr.

Anfang Oktober 1944 unterzeichneten die Aufständischen nach langen 63 Tagen eines erbitterten Kampfes mit weit überlegenen feindlichen Kräften die Kapitulation gegenüber den Deutschen.

Nachdem er die Kontrolle über Warschau zurückgewonnen hatte, befahl Hitler, die Stadt dem Erdboden gleichzumachen. Die gesamte noch lebende Zivilbevölkerung wurde zum Verlassen von Warschau gezwungen. Während die Sowjets weiter zuschauten, sprengten die Deutschen systematisch Haus um Haus, Straße um Straße in die Luft und zerstörten, was noch von Warschau übrig geblieben war.

DIE AUSNUTZUNG DER POLEN DURCH DIE SOWJETUNION

Auch an den Kämpfen mit Deutschland an der Ostfront waren Polen beteiligt, denen die Sowjets die Möglichkeit verwehrt hatten, sich Formationen anzuschließen, die der Regierung der Republik Polen unterstanden.

1943 verkündete die UdSSR nach dem Abbruch der Beziehungen zu Polen, dass im Rahmen der Roten Armee neue polnische militärische Formationen aufgestellt würden – in völliger Abhängigkeit von den Sowjets, auch wenn sie unter polnischen Bezeichnungen

und unter polnischen Nationalsymbolen auftraten. Zum Kommandeur dieser Truppe ernannte Stalin Zygmunt Berling, einen wegen Desertion degradierten ehemaligen Oberstleutnant der polnischen Armee und heimlichen Mitarbeiter des NKWD. Die von ihm aufgestellte Division diente Stalin als wichtiges Instrument einer neuen Phase der propagandistisch-diplomatischen Intrige gegen Polen.

Die Mehrheit der hierhin eingezogenen einfachen Soldaten sah in diesen Einheiten eine Möglichkeit, nach Polen zurückzukehren. Aus politischen Gründen schickten die Sowjets einen Teil dieser Einheiten im Oktober 1943 noch vor dem Abschluss ihrer militärischen Ausbildung an die Front. Bei Lenino in Weißrussland erlitten sie hohe Verluste. Wenig später verkündete die Sowjetunion die Bildung eines „1. Polnischen Korps“, das im Dezember 1943 rund 32.000 Soldaten umfasste.

Diese Einheiten wurden politisch kontrolliert und indoktriniert, und für jede Form der Äußerung von Auffassungen, die mit der ihnen aufgezwungenen Ideologie und Propaganda nicht übereinstimmten, drohten den Soldaten Repressalien.

Nachdem sie ab 1944 erneut polnische Gebiete kontrolliert hatten, vergrößerten die Sowjets die ihnen unterstehenden polnischen Einheiten systematisch durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und die Einziehung von Soldaten, die vorher in auf die polnische Unabhängigkeit gerichteten Einheiten gekämpft hatten. Bis zum August 1944 waren diese Truppen auf zwei Armeen mit über 107.000 Soldaten angewachsen, und bis Ende 1944 erreichte ihre Stärke 275.000 Mann. Weiterhin unterstanden diese Einheiten der Sowjetunion, nicht der polnischen Regierung. Polen hatten keinerlei Einfluss darauf, wie diese Formationen militärisch oder politisch eingesetzt wurden. Gleichwohl zeichneten sie sich an den Orten, wo sie eingesetzt wurden, durch hohe Kampfmoral aus.

Polen aus diesen Einheiten nahmen u.a. an den Kämpfen gegen die Deutschen zum Halten von Brückenköpfen an der Weichsel teil. Sie beteiligten sich auch an der schon erwähnten Landungsoperation am linken Weichselufer und anschließend im September 1944 an den Kämpfen darum, die dort erkämpften Brückenköpfe zu halten. Die einfachen Soldaten, die keinen Einblick in die Kulissen der sowjetischen Entscheidungen hatten, gingen davon aus, dass es tatsächlich darum gehe, der noch kämpfenden Hauptstadt effizient zu Hilfe zu kommen. In Wahrheit waren die Sowjets auch zu diesem Zeitpunkt nicht daran interessiert, Warschau einzunehmen, sondern sie warteten ab, bis die Deutschen den Aufstand niedergeschlagen haben würden.



▪ General Stanisław Maczek – Befehlshaber der 1. Panzerdivision, die u.a. an der Befreiung Frankreichs, Belgiens und der Niederlanden beteiligt war (NAC)

Im Februar und März 1945 wurden Einheiten einer der polnischen Armeen bei den Kämpfen um den Durchbruch am Pommernwall eingesetzt. Anschließend nahmen den Sowjets unterstehende polnische Einheiten am Sturm über die Oder und an der Eroberung von Berlin sowie an blutigen Kämpfen in der Lausitz im Rahmen des sowjetischen Vorstoßes auf Prag teil.

DIE „ENIGMA” UND DIE BEFREIUNG EUROPAS

In den Jahren 1944–1945 nahm die Polnische Armee an der Befreiung von Italien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden teil.



- „For your freedom and ours” – ein Plakat aus 1944, gewidmet den polnischen Soldaten, die Monte Cassino erobert haben (Imperial War Museums)

Einheiten des 2. Polnischen Korps von General Władysław Anders, das sich überwiegend aus Polen zusammensetzte, deren Evakuierung aus der Sowjetunion nach Persien und in den Nahen Osten gelungen war, wurden Ende 1943/Anfang 1944 nach Italien verlegt. Im Mai 1944 eroberten polnische Soldaten in schweren Kämpfen u.a. den Monte Cassino und eröffneten damit den Alliierten den Weg nach Rom. Später befreiten sie Dutzende Städte und Ortschaften in Italien von den Deutschen – darunter Piedimonte und Ancona (Juni/Juli 1944) sowie Bologna (April 1945).

Polnische Schiffe beteiligten sich an der Organisation und Sicherung der alliierten Landung in der Normandie. Polnische Marinesoldaten nahmen auch an der Schlacht im Atlantik, an der Organisation von Konvois nach Murmansk sowie an den Kampfhandlungen im Mittelmeer und im Ägäischen Meer teil. Ab August 1944 kämpften sie auf dem westeuropäischen Kriegsschauplatz in der Schlacht von Falaise (8.–22. August 1944) und beteiligten sich an der Befreiung von Ypern und Gent in Belgien sowie Breda in den Niederlanden (28.–30. Oktober 1944). Die 1. Selbständige Fallschirmjägerbrigade kämpfte vom 21.–15. September 1944 bei Arnhem. Polen nahmen auch an den Kämpfen an der Maas teil. Im Mai 1945 eroberten sie Teile von Norddeutschland, darunter die Hafenstadt Wilhelmshaven.










▪ Die polnische Fahne in den Ruinen des Monte Cassino Klosters (IPMS/KARTA)

BILDUNG UND DER KAMPFWEG DES 2. POLNISCHEN KORPS DES GENERALS WŁADYSŁAW ANDERS





-  Deutsches Reich, seine Verbündeten und die besetzten Gebiete vor dem 22. Juni 1941
-  Der weiteste Reichweite der Ostfront in den Jahren 1941–1942
-  Grenzen Polens 1939
-  Orte, an denen polnische Trupps unter General Anders gebildet wurden
-  Verlagerung der Trupps der Anders Armee, der Weg deren Evakuierung aus der UdSSR und der Kampfweg der Karpaten-Schützen in Afrika
-  Kampfweg des 2. Polnischen Korps des Generals Anders in Italien
-  Verlagerung der Soldaten des 2. Polnischen Korps nach Großbritannien nach Ende des Krieges



- Marian Rejewski – polnischer Mathematiker und Kryptologe, der 1932 den Code der deutschen Chiffriermaschine „Enigma“ geknackt hat. Da diese Daten an Großbritannien weitergegeben wurden, konnten die heimlichsten Pläne für militärische Maßnahmen der Deutschen während des Krieges entschlüsselt werden (Foto aus der Sammlung von Janina Sylwestrzak)

Wenn man die Beiträge von Polen am Sieg über das Deutsche Reich würdigt, können die Verdienste polnischer Kryptologen (mit Marian Rejewski an erster Stelle) nicht unerwähnt bleiben. Sie haben als erste das Geheimnis der deutschen Chiffriermaschine „Enigma“ geknackt. Schon Anfang der 1930er Jahre war es Polen gelungen, nicht nur den Schlüssel zu brechen, sondern auch genaue Kopien der Maschine herzustellen. In den folgenden Jahren perfektionierten die Kryptologen sie und bauten eine sogenannte kryptologische Bombe – einen Apparat zur maschinellen Entzifferung deutscher Geheimdokumente. Unmittelbar vor Kriegsbeginn übergaben die Polen ihre Exemplare der „Enigma“ und sämtliche Unterlagen dem französischen und britischen Geheimdienst. Das brachte die Arbeiten der Alliierten an der Deciffrierung deutscher Depeschen und Befehle entscheidend voran.

Der Bruch der Chiffren der „Enigma“ ermöglichte das Abfangen deutscher Befehle und Militärplanungen. Dies trug zum Erfolg zahlreicher alliierter Operationen bei.



▪ Kriegsfriedhof der polnischen Soldaten, die im Kampf zur Befreiung Italiens gefallen sind. Loreto bei Ancona (Foto: Maciej Korkuć)

KRIEG OHNE SIEG

In zeitlicher Reihenfolge beteiligten sich Streitkräfte der Republik Polen an Kämpfen um die Freiheit Norwegens, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens, Belgiens und der Niederlande. Die befreiten Gesellschaften Westeuropas konnten nach dem Abschütteln der deutschen Besatzung in aller Ruhe zum normalen Leben und zum Wiederaufbau ihrer Staaten übergehen.

Obwohl Polen eindeutig zum Sieg über Deutschland im Zweiten Weltkrieg beigetragen hatte, hatte es, von der Roten Armee besetzt, wie es war, diese Möglichkeit nicht. Polens Verbündete lieferten das Land dem Staat Stalins auf Gnade und Ungnade aus. Die Sowjetunion annektierte fast die Hälfte des Vorkriegsterritoriums der Republik Polen und versklavte den Rest. Sie machte den Wiederaufbau der unabhängigen Republik Polen unmöglich. Deren rechtmäßige Regierung, die seit 1939 den Unabhängigkeitskampf geleitet hatte, musste im Exil bleiben.

Die Macht innerhalb Polens übten kommunistische Behörden aus, die von der UdSSR eingesetzt und von der sowjetischen Armee und dem NKWD geschützt wurden. Die Kommunisten in Polen wussten, dass sie in der Gesellschaft keine breitere Unterstützung genossen. Nur gestützt auf sowjetische Bajonette konnten sie sich an der Macht halten.

Es ist kein Zufall, dass lange Zeit in ganz Polen die Hauptlast des Kampfes gegen den Widerstand der Gesellschaft auf den in Polen stationierten Schützen – und Grenzschutzregimenten des NKWD lastete. Auch sie führten in den Gebieten, die sie der deutschen Okkupation entrissen hatten, großangelegte Befriedungsaktionen durch. Gemeinsam mit den unter sowjetischer Aufsicht geschaffenen Dienststellen des kommunistischen „Amtes für Sicherheit“ (polnisch: Urząd Bezpieczeństwa, UB) verübten sie blutige Repressionen: Morde, Verhaftungen und Verbannungen in Lager im Innern der UdSSR. Obwohl der Terror allgemein herrschte, war seine Hauptstoßrichtung doch gegen die Strukturen des Polnischen Untergrundstaates, politische Aktivisten und Soldaten der AK sowie gegen andere um die polnische Unabhängigkeit kämpfende Strukturen gerichtet.

Viele der Festgenommenen wurden in rasch organisierten Lagern des NKWD untergebracht (u.a. in Skrobów und Rembertów). Aber auch die ehemaligen deutschen Konzentrationslager wurden als Infrastruktur der Repression genutzt. Zu trauriger Berühmtheit gelangte das ehemalige Außenlager des KZ Auschwitz in Jaworzno; es diente in den Nachkriegsjahren als Zentrales Arbeitslager. Ein Teil der ehemals deutschen Baracken des Auschwitz-Birkenau wurde mit neuen Gefangenen angefüllt. Auf diesem Gelände schuf das NKWD die Lager Nr. 22 und 78. Auch unter der Regie des UB entstandenen kommunistische Lager. Dort wurden außer Deutschen auch verhaftete Polen festgehalten.

Aus den Memoiren des kommissarischen Oberbefehlshabers, General Władysław Anders, Eintragung über den Tag der Kapitulation Deutschlands:

Als der Noten- und Depeschenwechsel wegen der von Sowjetrußland festgenommenen Vertreter des Widerstands gegen die Deutschen in Polen an Schärfe zunahm und die Aussicht auf den Frieden in Europa verdüsterte, kam die Nachricht, dass die Kampfhandlungen in Europa durch die bedingungslose Kapitulation Deutschlands beendet worden waren. Die Kapitulation war am 7. Mai um 2.41 in Reims unterschrieben worden, und später in Berlin um 0.16 am 8. Mai. Es war zweifellos ein großer Tag in der Weltgeschichte und Anlass zu großer Erleichterung für Millionen Menschen. Wir Polen konnten uns leider der allgemeinen Freude dieses Augenblicks nicht anschließen. Selbst die Bitterkeit des alleingelassenen Kampfes im September 1939 in Polen zu Beginn des ganzen Elends war geringfügig angesichts der Einsamkeit im Unglück inmitten der Siegesfreude der Alliierten. An dem Sieg, zu dem wir mit so ungeheuren Blutopfern und durch jahrelanges Leiden beigetragen hatten, hatten wir keinen Anteil. Der polnische V-Day war noch nicht gekommen.

Quelle: W. Anders, *Bez ostatniego rozdziału. Wspomnienia z lat 1939–1946* [Ohne letztes Kapitel. Erinnerungen aus den Jahren 1939–1946], o.O., o.J., S. 332.

NEUE VERBRECHEN

Die Sowjets richteten überdies provisorische Lager auf freiem Feld ein: die Menschen wurden dort in Gruben festgehalten, die in die Erde gegraben, in aller Eile provisorisch überdacht und mit Stacheldrahtverhauen umzäunt worden waren. Als Beispiel für den sowjetischen Terror mag das Durchgangslager des NKWD dienen, das von August bis Mitte November 1944 beim Stab der 1. Ukrainischen Front und dem Hauptquartier von Marschall Iwan Konjew in der Ortschaft Trzebuska bei Rzeszów bestand. Unter extrem inhumanen Bedingungen durchliefen 1700–2500 Gefangene dieses Lager. Sie wurden während der Verhöre physischer und psychischer Folter ausgesetzt. Einen Teil der Verdächtigen transportierten die Sowjets in Lager im Innern der UdSSR ab. Andere wurden im Schutze der Nacht zu einem Wald bei der Ortschaft Turza gebracht, wo sie systematisch ermordet wurden.

Ein anderes Symbol des sowjetischen Terrors der Nachkriegsjahre ist der sogenannte Hinterhalt von Augustów. Er fand im Juli 1945 statt und umfasste den Nordosten Polens um die Stadt Suwałki und den Süden der Republik Litauen. Von sowjetischer Seite waren 45.000 Soldaten der 1. Belorussischen Front und der 62. Division der Truppen des sowjetischen



▪ Die sterblichen Überreste der Soldaten der Heimatarmee, die durch Sowjets in Turza bei Rzeszów im Herbst 1944 ermordet wurden, als die Rote Armee erneut in Polen einmarschiert ist. Foto aus der Exhumierung, die in den 90er Jahren des 20. Jh. durchgeführt wurde (Foto: Maciej Korcuć)



■ Denkmal der Soldaten der Heimatarmee – Opfer der sowjetischen Verbrechen in den Wäldern an der Ortschaft Turza bei Rzeszów im Herbst 1944 (Foto: Maciej Korcuć)

Innenministeriums sowie Angehörige von Formationen, die den polnischen Kommunisten unterstanden, beteiligt. Diese Soldaten durchkämmten Dorf um Dorf, um alle festzunehmen, die den unabhängigkeitsorientierten polnischen Untergrund unterstützten.

Die Festgenommenen wurden verhört, geschlagen und gefoltert. Sowjetische Offiziere bestimmten, wer abtransportiert und in Massenhinrichtungen getötet werden sollte. Nur im Rahmen dieser einen Fahndungsaktion wurden – soweit das polnische Gebiet betroffen war – mindestens 1878 polnische Staatsbürger festgenommen. Mindestens ein Drittel von ihnen kehrte nicht nach Hause zurück.

Zum Gesamtbild des Terrors müssen auch die von den Kommunisten verwalteten Gefängnisse und Gewahrsame gerechnet werden, die im ganzen Land verteilt waren und in denen Zehntausende einsaßen.

Die Deportationen ins Innere der UdSSR dauerten an. Zwischen 1944 und den späten vierziger Jahren verhafteten, internierten, und deportierten die sowjetischen Geheimdienste allein auf dem Gebiet, das Polen nach den Vereinbarungen von Jalta geblieben war, mindestens 45–50.000 polnische Staatsbürger polnischer Nationalität – darin sind polnische Bürger anderer Nationalitäten nicht berücksichtigt. Brutal unterdrückt wurde auch die polnische Bevölkerung in den Gebieten, die sich die Sowjetunion angeeignet hatte.

Die sowjetischen Verhaftungen der Nachkriegszeit hatten auch eine wirtschaftliche Dimension. In der UdSSR fehlte es nach dem Krieg an qualifizierten Bergleuten; deswegen wurden Sklavenarbeiter zur Arbeit in den Bergwerken angefordert. So wurden nach dem Einmarsch der Roten Armee nach Oberschlesien Männer zwischen 17 und 50 Jahren verhaftet und in Zwangsarbeitslager in der Sowjetunion abtransportiert.

Die Situation der Polen unter der Herrschaft der Roten Armee, geschildert durch den von den Kommunisten ernannten Wojewoden von Krakau in einer vertraulichen Aktennotiz vom Juni 1945:

Die Einstellung der Bevölkerung zu den sowjetischen Soldaten, die zu Beginn vorbehaltlos wohlwollend oder sogar freundschaftlich war, beginnt sich auf Dauer zu verschlechtern. Grund dafür sind überall die übermäßigen Beschlagnahmen und Leistungsanforderungen gegenüber der Bevölkerung sowie – in noch höherem Maße – Ausschreitungen von Soldaten der Roten Armee. Die Berichte der Landräte enthalten ganze Litaneien von Übergriffen gegen Leben und Besitz der Bürger, von Überfällen mit und ohne Raubcharakter, Vergewaltigungen von Frauen und sogar minderjährigen Mädchen sowie von Morden an Männern, die diese zu verteidigen suchten. Solche Vorfälle sind an der Tagesordnung. [...] Die Verbitterung und Angst sowie das Gefühl der Ungewissheit hat die Bevölkerung in einem solchen Maße erfasst, dass dieses Thema heute als eines der am schwierigsten zu bewältigenden gelten muss.

Quelle: Archiwum Państwowe w Krakowie, zespół Urzędu Wojewódzkiego II, sygn. 905, Sprawozdanie sytuacyjne mianowanego przez komunistów wojewody krakowskiego Adama Ostrowskiego za czerwiec 1945 r., k. 22 [Staatsarchiv Krakau, Wojewodschaftsamt II, Sign. 905, Situationsbericht des von den Kommunisten ernannten Wojewoden Adam Ostrowski für den Juni 1945, Bl. 22].

- Ortschaft Giby in Nordosten von Polen. Gedenkstätte der durch den sowjetischen NKWD ermordeten Polen im Rahmen der Razzia von Augustów im Sommer 1945 (Foto: Maciej Korcuć)



TERROR IM ANGEEIGNETEN GEBIET

In den in die Sowjetunion eingegliederten Ostgebieten Polens gingen die Pazifizierungen und die Bekämpfung der polnischen Partisanen – die Sowjets nannten sie „weiße Polen“ oder „Agenten der Londoner Regierung“ weiter. Im Bezirk Nowogródek kam es infolge von Pazifizierungsaktionen gegen Männer, die sich der Einberufung zum Wehrdienst in sowjetischen oder der UdSSR unterstehenden Einheiten entziehen wollten, dazu, dass „die Bevölkerung in panische Angst versetzt ist und sich in den Wäldern oder wo sie sonst dazu Gelegenheit findet, versteckt. Alle Männer, die im Versteck aufgefunden werden, werden ohne Gerichtsurteil an Ort und Stelle erschossen. Viele Hinrichtungen wurden auch öffentlich durch Erhängen vollstreckt. Ebenso werden ganze Abteilungen von Männern ermordet, die irgendwelche Verbindungen zur AK hatten; ihre Höfe werden überwiegend niedergebrannt. Festgenommene Männer, die sich nicht versteckt hielten, werden entweder in sowjetische Arbeitsbataillone gesteckt oder ins Innere Russlands deportiert. Nur ein sehr geringer Anteil von ihnen wurde für die Berling-Armee rekrutiert“, heißt es in den Unterlagen der polnischen Exilregierung, die für eine Anklageschrift gegen die UdSSR wegen Aggression und Terror gesammelt wurden.

Schon während der Kriegszeit hatten die Sowjets im Bezirk Wilna, der jetzt auf die Sowjetrepubliken Litauen und Weißrussland aufgeteilt wurde, den Widerstand des polnischen bewaffneten Untergrunds und der Zivilbevölkerung gewaltsam gebrochen. Zum Beispiel wurden im Frühjahr 1945 mit großem Aufwand in der Umgebung von Wilna, Troki, Grodno, Oszmiana und Molodeczno „Banditengruppen liquidiert“. „In den genannten Regionen waren den ganzen Winter über weißpolnische Banden der ‚Heimatarmee‘ aktiv“, teilte der Stab der Truppen des sowjetischen Innenministeriums für den Bezirk Weißrussland im April 1945 mit. „[...] Die Liquidierung der Banditen – und Aufständischenformationen geschieht stufenweise, Abschnitt für Abschnitt, von Osten und Westen aus in Richtung der Landkreise Oszmiana, Iwa und Orany; von Süden und Südwesten aus verläuft die Säuberungsaktion der Kreise Lida und Raduń sowie des Südteils des Kreises Troki der Litauischen Sowjetrepublik.“ Allein an dieser Operation waren 3500 Soldaten der Truppen des sowjetischen Innenministeriums beteiligt, die insgesamt 3174 Personen „festnahmen oder töteten“. Ähnliche Operationen gingen auch in den folgenden Monaten weiter.

Nach den Massakern der UPA an der polnischen Zivilbevölkerung und den von den sowjetischen Behörden angeordneten neuerlichen Umsiedlungen der polnischen Bevölkerung in Gebiete westlich der neuen Grenze verschwand die polnische Bevölkerung fast vollständig aus den ehemaligen polnischen Wojewodschaften Wolhynien, Lemberg, Tarnopol und Stanisławów.

NEUE GRENZEN

Im Februar 1945 stimmten die USA und Großbritannien in Jalta hinter dem Rücken der Polen ganz offiziell der Einverleibung der Osthälfte Polens in die UdSSR zu.

Es war klar, dass Polen als Opfer der deutschen Aggression territoriale Zugewinne auf Kosten des Angreiferstaats bekommen musste. Schließlich wurde auf der Konferenz von Potsdam bestätigt, dass Polen den Süden Ostpreußens sowie das Land östlich der Oder und Lausitzer Neiße bekommen sollte.







Die Sowjets kreierten auf dieser Grundlage die Legende einer „Westverschiebung“ Polens, die die Wahrheit über die mit Gewalt erfolgte sowjetische Annexion der polnischen Ostgebiete verschleiern sollte. Eine andere Sache war, dass die Zugewinne im Westen und Norden die territorialen Einbußen im Osten nicht ausglich. Unter dem Strich verkleinerte sich die Fläche Polens in den neuen Grenzen im Vergleich zum Vorkriegsstatus um 20 Prozent. Polen verlor wichtige kulturelle Zentren (Lemberg und Wilna), die Ölvorkommen von Drohobycz sowie Ländereien, in denen seit Jahrhunderten Millionen von Polen gelebt hatten.

Schon vor dem Eintreffen der sowjetischen Truppen flohen mehrere Millionen Deutsche aus dem Osten oder wurden von den deutschen Behörden evakuiert. Auf der Konferenz von Potsdam entschieden die siegreichen Mächte, dass alle Deutschen, die noch östlich von Oder und Lausitzer Neiße lebten, in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands auszusiedeln seien. Diese Umsiedlungen betrafen noch weitere 3,5 Millionen Deutsche.

▪ Die Konferenz von Jalta, Februar 1945. Die westlichen Alliierten machten weitere Zugeständnisse an Stalin, der polnische Gebiete im Osten annektieren und den Rest des Landes zu seinem Satellitenstaat machen wollte. Von links: der Premierminister von Großbritannien Winston Churchill, der USA Präsident Franklin Delano Roosevelt, UdSSR Staatschef Josef Stalin (Library of Congress)

ZERSTÖRUNGEN UND PLÜNDERUNGEN

Die Zerstörungen in Polen waren enorm. Schätzungen ergaben, dass das Volksvermögen um 38 Prozent zurückgegangen war. Die neuen Gebiete im Westen konnten diese Verluste nur dem Schein nach kompensieren, denn auch sie waren vom Krieg katastrophal zugerichtet worden. Die Situation verschlimmerte sich durch das Verhalten der Russen, die eroberte Städte bewusst zerstörten. Das betraf sowohl Großstädte wie Danzig als auch kleinere Ortschaften wie Neisse in Niederschlesien. Vorgefundene Industriebetriebe wurden von der Roten Armee massenhaft beraubt, die die gesamte von den Deutschen hinterlassene Infrastruktur als eigene Kriegsbeute behandelte. Mit Zügen transportierten die Sowjets Industrieanlagen, Kraftwerke und Fernmelde-netze ab. Ganze Fabriken, Betriebe und Produktionslinien wurden demontiert. Geräte wurden ebenso abtransportiert wie Maschinen und Agrarprodukte. Auch aus Zentralpolen demontierten die Sowjets einen Teil der industriellen Infrastruktur und transportierten sie ab.

Den ganzen Krieg über hatten die Deutschen in organisierter Weise polnische Kunstwerke und Kulturgüter geraubt. Plünderung auf eigene Rechnung war unter den deutschen



■ Von den Deutschen zerstörtes Warschau (Ausschnitt mit Blick auf die Ruinen der Altstadt), 1945 (NAC)



- Nysa in Niederschlesien wurde durch die Rote Armee 1945 besetzt. Nachdem die Kampfmaßnahmen beendet wurden, ist die Stadt von den Sowjets in Brand gesetzt worden (gemeinfrei)

Besatzungsfunktionären allgemein verbreitet. Ebenso gab es organisierte Formen des Diebstahls von Kunstgegenständen aus Privatwohnungen, Schlössern und Kirchen.

Auch als die Deutschen vertrieben waren, ging die Zerstörung polnischer Kulturschätze in den von der Roten Armee besetzten polnischen Gutshäusern und Schlössern weiter. Von den Dutzenden an Beispielen seien hier nur der Palast in Przeclaw bei Mielec erwähnt, wo Rotarmisten die jahrhundertealte Bibliothek auf dem Schlosshof verbrannten, oder der Palast der Familie Szembek in der Region Krakau, der 1945 bis auf die Grundmauern niedergebrannt wurde. Im Auftrag Stalins gingen die Kommunisten an die Enteignung und Vernichtung des polnischen Adels. Das war der erste Schritt auf dem Weg zur Zerstörung der bisherigen Sozialstruktur Polens.

DIE DEMOGRAPHISCHE KATASTROPHE

Der militärische Überfall Deutschlands und seiner Verbündeten auf Polen verursachte riesige Bevölkerungsverluste, die selbst in historischen Zeiträumen schwierig aufzuholen sein wird. Polen kam aus dem Krieg als ein auch in demographischer Hinsicht dezimiertes Land heraus. Fast sechs Millionen polnischer Bürger verloren ihr Leben; die Hälfte davon waren vom

Deutschen Reich ermordete Juden und polnische Bürger jüdischer Herkunft.

Enorme Massen polnischer Bevölkerung wurden aus ihrer von der UdSSR annektierten Heimat herausgerissen und aus den Ostgebieten in die ehemals deutschen Gebiete im Westen und Norden umgesiedelt.

Das wahre Ausmaß der demographischen Katastrophe infolge des Krieges demonstriert ein Vergleich mit Spanien. Vor dem Krieg war die polnische Bevölkerung gegenüber der spanischen um etwa ein Drittel umfangreicher. 1938 hatte Spanien fast 10 Millionen Bürger weniger (25,3 Millionen) als Polen (34,7 Millionen). 1945 dagegen lebten in Polen fast 3 Millionen weniger Menschen als in Spanien, das damals eine Bevölkerungszahl von 26,8 Millionen Bürgern erreicht hatte. Die Bevölkerung Polens zählte nach Vernichtung, Deportation und Versklavung nur noch 23,9 Millionen Menschen.

Auf Kosten des vom totalitären Dritten Reichs vom Zaun gebrochenen und mit dem Sieg der totalitären UdSSR beendeten Krieges gehen auch immaterielle Verluste wie das Fehlen der Unabhängigkeit, die Versklavung durch die Sowjetunion, der kommunistische Terror, die Beseitigung der freien Marktwirtschaft und die anschließenden Jahrzehnte der Kommandowirtschaft im totalitären System. Stalin verbot Polen, sich am Marshallplan zu beteiligen.

DER VERSKLAVTE VERBÜNDETE

Als auf der Konferenz von San Francisco zwischen April und Juni 1945 die Vereinten Nationen entstanden, konnte sich niemand vorstellen, dass zu den Gründernationen nicht auch Polen gehören würde, das sich der deutschen Aggression als erstes Land entgegengestellt hatte. Aber so kam es. Stalin widersetzte sich kategorisch einer Vertretung Polens durch die rechtmäßige Regierung der Republik Polen, die nach wie vor im Exil war. Umgekehrt verweigerten die Westmächte dem kommunistischen Marionettenregime die Anerkennung, das Polen von Stalin aufgezwungen worden und inzwischen aus dem PKWN von 1944 hervorgegangen war.

Infolgedessen war Polen das einzige Gründungsmitglied der UNO, das paradoxerweise auf der Gründungskonferenz nicht vertreten war.

1945 setzte Stalin konsequent sein Zerstörungswerk an den staatlichen Strukturen Polens fort, die im Inland im Rahmen des Polnischen Untergrundstaates entstanden waren. Auf der Konferenz von Jalta bestätigten die Führer der drei Mächte die von der UdSSR bereits praktisch vollzogene Annexion der Ostgebiete Polens. Gleichzeitig kündigten sie rechtswidrig – weil

entgegen den Grundsätzen der Atlantikcharta und entgegen der rechtmäßigen polnischen Regierung – die Bildung einer neuen provisorischen Regierung für die polnischen Gebiete westlich des Bug an. Es sollte eine Körperschaft werden, an der nicht näher bezeichnete „demokratische Führer aus Polen und der polnischen Emigration“ beteiligt sein sollten. Ihre Aufgabe war gemäß der Ankündigung die Durchführung ungehinderter freier demokratischer Parlamentswahlen.

Gestützt auf solche Beschlüsse lud die Sowjetunion im März 1945 die nach wie vor im Untergrund lebenden Führer des Polnischen Untergrundstaates zu Gesprächen über die Zukunft Polens ein. Trotz versprochener Sicherheitsgarantien wurden sie nach zweitägigen Gesprächen entführt, verhaftet und in ein Moskauer Gefängnis transportiert.

Im Juni 1945 veranstaltete die UdSSR einen Schauprozess, in dem rechtswidrig die ganze Gruppe der polnischen Führer angeklagt war. Auf diese Weise waren sie vor der Bildung der „Nach-Jalta-Regierung“ aus dem Verkehr gezogen.

Drei der zu langjährigen Haftstrafen verurteilten polnischen Politiker und Militärführer – darunter Vizepremier Jan Stanisław Jankowski, sein Stellvertreter Stanisław Jasiukowicz und der Oberkommandierende der AK, General Leopold Okulicki – kamen nie mehr aus dem sowjetischen Gefängnis frei. Sie starben dort als weitere Opfer des sowjetischen Regimes.



▪ General Leopold Okulicki, der letzte Oberkommandierende der Heimatarmee. Im März 1945 durch die NKWD verhaftet und nach einem politischen Gerichtsprozess gegen die Leitung des Polnischen Untergrundstaates schuldig gesprochen. Nach Jahren wurde von den Sowjets zugegeben, dass er 1946 „im Gefängnis verstarb“ (Studium Polski Podziemnej/KARTA)

DIE SOWJETISCHEN GARNISONEN

Die „Jalta-treue“ sog. Provisorische Regierung der Nationalen Einheit (TRJN) wurde de facto im Juni 1945 in Moskau gegründet. Entgegen den Ankündigungen war sie nur eine Erweiterung der früheren, kommunistischen Regierung, die sich aus Gefolgsleuten Stalins



■ Tomasz Arciszewski – der Premierminister der Republik Polen im Exil von November 1944 bis Juli 1947 (NAC)

zusammensetzte. Aus dem unabhängigkeitsorientierten Lager wurden nur wenige Politiker zugelassen; an ihrer Spitze stand der ehemalige Premierminister Stanisław Mikołajczyk von der Bauernpartei „Polnische Volkspartei“. Er selbst und seine Partei wurden von Anfang an majorisiert und trotz formaler Vertretung innerhalb der Regierung als Opposition behandelt und rücksichtslos bekämpft.

Auch wenn die TRJN kaum als für die polnische Gesellschaft repräsentativ angesehen werden konnte, knüpften die westlichen Alliierten gemäß den Ankündigungen von Jalta mit ihr diplomatische Beziehungen an. Gleichzeitig brachen sie die Beziehungen zur legalen Regierung Polens in London unter Premierminister Tomasz Arciszewski und Präsident Władysław Raczkiewicz ab. Die USA und Großbritannien taten dies

am 5. Juli 1945. Einige Dutzend anderer Staaten folgten ihrem Beispiel.

Stalin hatte unterdessen nicht vor, die in Jalta angekündigten freien Wahlen stattfinden zu lassen. Er war sich der Tatsache voll bewusst, dass die kommunistische Partei in Polen keinen breiten gesellschaftlichen Rückhalt besaß. In dieser Hinsicht unterschied sich die Situation in Polen diametral von der in der benachbarten Tschechoslowakei, wo die kommunistische Partei große Unterstützung genoss und die Parlamentswahlen des Jahres 1946 auch ohne Fälschung gewann.

In Polen verstanden die von der UdSSR an die Macht gebrachten Kommunisten, dass sie in wirklichen Wahlen keine Chance auch nur auf einen bedeutenden Stimmenanteil haben würden – von einem Wahlsieg ganz zu schweigen. Deshalb wussten sie wirklich freie Wahlen stets zu verhindern. 1947 veranstalteten sie zwar eine Wahl, aber die wirklich in die Urnen eingeworfenen Stimmzettel wurden nie ausgezählt. Stattdessen wurden Ergebnisse bekanntgegeben, die sich auf gefälschte Wahlprotokolle stützten, die Stalins Gefolgsleute unter der Aufsicht der kommunistischen politischen Polizei (UB) in vollem Umfang präpariert hatten. Auf dieser Grundlage wurde dann der Sieg der Kommunisten verkündet.

Damals und in den kommenden Jahrzehnten stützte sich die Macht der Kommunisten über Polen auf die Garnisonen der sowjetischen Armee im Lande. Bereits im Mai 1945 wurde aus der aufgelösten 2. Belorussischen Front die sog. Nordgruppe der Roten Armee (ab 1946: der Sowjetarmee) gebildet, die auf Dauer in Polen bleiben sollte. Nach Schätzungen war sie bei ihrer Gründung etwa eine halbe Million Soldaten stark.

Auszug aus einem Bericht der polnischen Untergrundorganisation „Freiheit und Unabhängigkeit“ (WiN) über die Tätigkeit der von der Sowjetunion geschaffenen kommunistischen Staatsmacht unterstehenden politischen Polizei („Amt für Sicherheit“) im Jahre 1945:

Bis vor kurzem hat das NKWD das UB als eine Art Hilfsorganisation behandelt. Inzwischen ist es selbständig geworden. Ermittlungen und Fahndungen führt ein Offizier des NKWD, der alle Fälle zur Kenntnis nimmt [...] Die andauernde Abhängigkeit des UB vom NKWD wird im Moment mit einem Mantel des Geheimnisses bedeckt [...]. Das UB hält sich nicht eine Minute an die demokratischen Grundsätze bürgerlicher Freiheit, wie sie in der Verfassung garantiert sind. Verhaftungen erfolgen ohne gerichtlichen Beschluss oder Anordnung der Staatsanwaltschaft, und Verhaftete werden bis zu zehn Monaten ohne Gerichtsbeschluss festgehalten. Sie sitzen diese Zeit in Geheimgefängnissen der Staatssicherheit ab, ohne dass es irgendwelche Anzeichen für einen Fortschritt des Verfahrens gibt. Die hygienischen Bedingungen in diesen Gefängnissen sind miserabel, die Ermittlungen stützen sich auf Folter und Hunger. Polnische Bürger werden an die sowjetischen Behörden ausgeliefert und von diesen nach Russland transportiert, wo sie vor sowjetische Gerichte gestellt werden – eine komplette Vergewaltigung des Gedankens der Souveränität Polens. In den meisten Fällen erschießt das UB Gefangene, ohne dass Gerichtsurteile vorliegen [...]. Um die Sicherheit von Leben und Besitz der Bürger kümmert sich niemand. Funktionäre des UB beteiligen sich selbst und im Verbund mit geheimen Schlägertrupps der PPR an Raubüberfällen (Angehörige des absoluten Bodensatzes der Gesellschaft) und verüben heimliche Morde.

Quelle: Studium Polski Podziemnej, Londyn, Archiwum Delegatury WiN, Kolekcja 19,teczka 1, Ocena położenia wewnętrznego opracowana przez Józefa Maciołka ps. „Roman” na podstawie sprawozdań informacyjnych za rok 1945. [Forschungsstelle Polnischer Untergrund, London, Archiv der WiN-Außenstelle, Sammlung 19, Akte 1, Einschätzung der inneren Lage, erstellt von Józef Maciołek, Deckname „Roman”, auf Grundlage von Meldungen und Berichten für das Jahr 1945]

WIDERSTAND

Die rechtmäßige polnische Regierung im Exil war erneut von ihren westlichen Alliierten verlassen worden. Unter extrem schwierigen äußeren Bedingungen versuchte sie, die nächsten Jahrzehnte zu überleben, ohne den Glauben an die Wiedererlangung der Unabhängigkeit in Zukunft zu verlieren.

Bis 1947 kämpfte u.a. die Polnische Volkspartei (PSL) legal. Starke Partisanengruppen leisteten bewaffneten Widerstand gegen die Versklavung Polens. In verschiedenen Regionen kam es zu Zusammenstößen mit Pazifizierungstrupps des NKWD, kommunistischen Formationen des Amtes für Sicherheit und Truppen des Innenministeriums. Die Partisanen führten hunderte erfolgreicher Aktionen durch, befreiten Gefangene und fügten dem Feind schwere Verluste zu. Eine wichtige Rolle im unabhängigkeitsorientierten Untergrund spielten die im ganzen Land verankerte Gruppe „Freiheit und Unabhängigkeit“ (WiN) sowie die „Nationalen Streitkräfte“ (NSZ).

Bis 1947 trug der Widerstand gegen den Kommunismus in vielen Regionen Polens Merkmale eines antisowjetischen Aufstands und erreichte auch solche Ausmaße. Ab 1947 verloren immer mehr Anhänger des antikommunistischen Untergrunds die Hoffnung auf eine baldige Änderung der geopolitischen Situation und gaben nach und nach auf. Ende der vierziger Jahre waren nur noch einzelne Partisanenabteilungen in den Wäldern aktiv, und sie hatten sich in Gruppen verwandelt, die im Wesentlichen zu überleben versuchten. Der letzte Partisan fiel 1963 in einem kommunistischen Hinterhalt.

Ähnlich wie im Jahre 1939, als Polen die westliche Politik der Zugeständnisse gegenüber Deutschland durchbrach, so spielte es auch in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre eine wichtige Rolle dabei, die Führer der freien Welt aus ihrer Lethargie und ihren Zugeständnissen gegenüber Moskau zu wecken. Der Warschauer Aufstand und der Widerstand der Polen gegen die Versklavung enthüllten das wahre Gesicht der aggressiven sowjetischen Politik. George Kennan, einer der Hauptarchitekten der amerikanischen Eindämmungsdoktrin gegenüber dem Kommunismus aus dem Jahre 1947, die als „Truman-Doktrin“ in die Geschichte einging, hat sich in seinen Schriften eindeutig auf die polnische Erfahrung mit der sowjetischen Imperialpolitik im Jahre 1944 berufen, die ihm das Wesen von Stalins Politik deutlich gemacht habe.

Die Tragödie der polnischen Gesellschaft war dies, dass der Westen nicht bereit war, schon 1944–1945 die neuen Gefahren zu verstehen und mit der Politik der Zugeständnisse gegenüber Moskau schon damals zu brechen. Damals hätte man den Polen noch effizient helfen können. 1947 war Polen bereits ein versklavtes Land hinter dem Eisernen Vorhang.

Vertreter der polnischen Exilpolitik sowie der Exilbehörden appellierten ebenso wie Vertreter des unabhängigkeitsorientierten Untergrundes und auch Politiker aus Polen selbst immer wieder an das Gewissen der Führer der freien Welt.

Trotz allem hatte das Schicksal Polens als eines mit Gewalt verklavten Alliierten gewisse Auswirkungen auf Veränderungen der internationalen Politik. Nicht ohne Grund hat der britische Historiker Paul Johnson bemerkt, dass sowohl der Zweite Weltkrieg, als auch der „Kalte Krieg“ beide mit dem Widerstand Polens gegen den Totalitarismus begonnen hätten: „Die Geschichte schien an ihren Ausgangspunkt zurückzukehren, dorthin, wo sie der Pakt Stalins mit Hitler im August 1939 unterbrochen hatte. Jetzt symbolisierte Russland auf der Weltbühne die neue totalitäre Eroberungspolitik“. Auf diese Weise hatte Polen – auch wenn es selbst auf Jahrzehnte verklavt war – seinen Anteil an der Verteidigung der freien Welt gegen beide Totalitarismen. Was wäre geschehen, wenn Deutschland im Jahre 1939 nicht auf Widerstand gestoßen wäre, sondern weiter auf Zugeständnisse hätte rechnen können? Was außer dem Kampf der Polen um ihre Freiheit hätte sonst den sowjetischen Imperialismus bloßliegen können? Wie hätte sich die Weltgeschichte weiter entwickelt, wenn der Westen seine Politik der Zugeständnisse gegenüber der UdSSR nicht 1947 abgebrochen hätte, sondern erst wesentlich später? Diese Fragen lohnt es sich zu stellen – auch wenn wir nie eine Antwort auf sie werden geben können.



■ Polen unter der sowjetischen Besatzung 1945. Partisanen der Untergrundorganisation vor der Aktion im kommunistischen Gefängnis in Radom im September 1945 (AIPN)

ÜBERLEBEN

Die Folgen des Zweiten Weltkriegs und der kommunistischen Zwangsherrschaft sind immer noch spürbar und werden es noch für Jahrzehnte sein. Die Zerstörungen – auch am sozialen Gefüge – die der deutsche und der sowjetische Totalitarismus Polen zufügten, sind nicht wieder gut zu machen.

Trotz aller Schläge, die sie einstecken mussten, waren die Polen diejenige Nation, das sich in jedem Jahrzehnt des Kommunismus gegen diesen auflehnte. Auch wenn die kommunistischen Regierungen mit Unterstützung aus Moskau den Widerstand blutig niederschlugen, bewiesen die Polen ihre ständige Bereitschaft, gegen das ihnen aufgezwungene System zu kämpfen. Es kam noch oft zu großen Straßenschlachten und zu Blutvergießen im Kampf um die Freiheit – so in Poznań im Jahre 1956, an der polnischen Ostseeküste 1970 und die ganzen achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts über. Noch öfter gab es Streiks, Unruhen und Proteste. Trotz aller Bemühungen der Kommunisten konnte sich die gesellschaftliche Auflehnung auch auf Millionen von Arbeitern stützen. Ihre allgemeinen Streiks zogen 1980 das Entstehen der „Solidarność“ nach sich – der ersten unabhängigen Gewerkschaft in einem kommunistischen Land.

Die Erzählungen vom Kampf um Freiheit, vom Polnischen Untergrundstaat, vom Warschauer Aufstand und vom Nachkriegswiderstand gegen den Kommunismus haben den Widerstandsgeist einer neuen Generation von Polen gespeist. In dieser Atmosphäre verwandelte sich die „Solidarność“ mit ihren 10 Millionen Mitgliedern blitzschnell in eine soziale Massenbewegung, die in den 1980er Jahren zum Sturz des Kommunismus nicht nur in Polen (1989), sondern in ganz Mittel- und Osteuropa beitrug.

Im Falle Polens endete der Unabhängigkeitskampf, der mit dem Ausbruch des Krieges 1939 begann, erst nach 50 Jahren. Erst 1990 fanden die ersten freien und nicht manipulierten Wahlen seit der Zwischenkriegszeit statt. Damals übergab Ryszard Kaczorowski, der letzte Präsident Polens im Exil (also der letzte Nachfolger von Władysław Raczkiewicz), feierlich dem ersten Präsidenten der Dritten Polnischen Republik, Lech Wałęsa, feierlich die Insignien der Präsidentenwürde.

Die letzten sowjetischen (russischen) Soldaten verließen Polen erst im Jahre 1993 – genau 54 Jahre nach der sowjetischen Aggression des Jahres 1939 und fast 50 Jahre nach der Versklavung Polens durch die UdSSR in den Jahren 1944–1945.